

prodomo

zeitschrift in eigener sache

Philipp Lenhard

Racket und Antisemitismus

Gerhard Scheit

„... einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“?

Thorsten Fuchshuber

Rackets und Souveränität

Hans H. Keuner

Einheit und Zerfall

Jonathan Schröder

Heute fährt die 18 bis nach Istanbul

Redaktion Prodomo

„Bange machen gilt nicht“

Die Redaktion Prodomo trauert um

Manfred Dahlmann

27.12.1951 – 24.12.2017

und

Joachim Bruhn

30.1.1955 – 28.2.2019

In eigener Sache

Liebe Leserinnen und Leser,

einen Schwerpunkt der neuen *Prodomo* bilden die Texte zum Racket, die auf eine Veranstaltungsreihe der Georg-Weerth-Gesellschaft Köln zurückgehen. Der Anlass zur Durchführung dieser Veranstaltungsreihe war, wie die GWG in dem nachfolgend dokumentierten Einladungstext schreibt, das Unbehagen an der beliebigen Verwendung des Racketbegriffs. Um das im Zentrum dieser Auseinandersetzung stehende Verhältnis von Ökonomie, Souveränität und Antisemitismus kreisen aber auch die anderen Texte dieser Ausgabe mal mehr, mal weniger explizit.

Was hier theoretisch erörtert wird, tritt im Alltag längst offen zu Tage, dass wir nämlich in einer antisemitischen Gesellschaft leben, die es zwingend erforderlich macht, von einem Primat des Antisemitismus auszugehen. Ein aktuelles Beispiel aus der Tageszeitung demonstriert schlagend, wie sehr die gesellschaftlichen Verhältnisse zum Judenhass gravitieren. Im *Tagesanzeiger* aus Basel vom 14.01.2019 wird dargestellt, wie amerikanische Wahlkampfberater, die des Antisemitismus selbst vollkommen unverdächtig sind, *en passant* einen der wirkmächtigsten antisemitischen Mythen des 21. Jahrhundert geschaffen haben. Ihr Beispiel offenbart, dass Urheber antisemitischer Demagogie diese und damit ihr eigenes Handeln nicht als antisemitisch begreifen müssen, um den gesellschaftlich verbreiteten, unbewussten Regungen den adäquaten Ausdruck zu verleihen. Dies zeigt ihre Naivität, ihr Selbstbild vom rein rationalen, sich allein von empirischen Daten leitenden Wahlkampfberater; als solche wären sie vermutlich niemals so erfolgreich geworden, wüssten sie, was sie tun. Dadurch werden sie zum idealen Beispiel für die antisemitische Denkform, die einer umgekehrten Psychoanalyse gleichend, umso wirkmächtiger ist, umso weniger sie ins Bewusstsein tritt. Stimmen die unbewussten, irrationalen Regungen mit den unbewussten gesellschaftlichen Kräften überein, evoziert diese Verbindung quasi automatisch eine aktuelle Bebilderung des „ewigen Juden“. Durch ihre Methode des *trial und error* bei der empirisch gewonnenen

absoluten Feindbestimmung kommen die Wahlkampftechniker den theoretischen Erkenntnissen der Antisemitismuskritik praktisch sehr nahe.

Die in dem Artikel „Der böse Jude“ vorgestellten Wahlkampfberater der konservativen Partei der USA sind keine Ideologen im klassischen Sinne, auch wenn sie sich ganz dem Konservatismus verschrieben haben.¹ Bei ihnen handelt es sich um *pollster*, um Zahlenmenschen, die Umfrageergebnisse auswerten. Ihnen fiel auf, dass es einfacher ist, die Wählerschaft des gegnerischen Kandidaten zu demobilisieren als die eigene zu mobilisieren. Darauf aufbauend entwickelten sie die Technik des *negative campaigning*. „Die Idee ist“, schreibt der Autor des Artikels Hannes Grassegger über diese Technik, „nicht über die Vorteile des eigenen Kandidaten zu sprechen, sondern alles Schlechte auf den Konkurrenten zu projizieren, um das Vertrauen von dessen Wählern zu zerstören.“ Grundsätzlich geht es also darum, die Gesellschaft entlang bestimmter Bruchlinien zu polarisieren und die gesellschaftlichen und politischen Lager gegeneinander aufzuheizen. Zielt die Technik des *negative campaigning* auf die Demotivierung der gegnerischen Basis, bezieht die weiterentwickelte Technik des *rejectionist voting* die eigene Basis mit ein und versucht sie unter Strom zu halten. Die umkämpften Probleme werden so personalisiert, dass nicht nur die Wähler des Gegners demotiviert werden, sondern dieser auch von der eigenen Wählerschaft als Feind bestimmt wird.

Die konservativen Wahlkämpfer waren mit diesem Mittel in den USA so erfolgreich, dass sie auch von konservativen Politikern in anderen Ländern beauftragt wurden, ihren Wahlkampf zu organisieren. Im Zuge dieses Exports der erprobten Technik entpuppte sie sich und zeigte wie in einem Lackmustest das antisemitische Wesen des Politischen, das sich in nachbürgerlichen Gesellschaften wie den USA gleichwohl anders darstellt als in postnazistischen Gesellschaften wie Ungarn. Hier managten sie im Auftrag von Viktor Orbán seinen Wahlkampf in einer Situation, die

sich wie folgt darstellte: „Ungarn leidet damals unter der Finanzkrise und muss durch eine Geldspritze gerettet werden. Dies wiederum führt zu Spardiktaten der Kreditgeber – Weltbank, EU und Internationaler Währungsfonds. Also empfehlen die Amerikaner Orbán, ‚die Bürokraten‘ und das ausländische ‚Grosskapital‘ als Feind zu definieren.“ Die Kampagne für Orbán ist so erfolgreich, dass sie bald ohne relevanten politischen Gegner dastehen. Es bedarf aber nun mal eines Feindes, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, und eine weitere Wahl stand vor der Tür, also erfand man einen Feind. „Im Kern geht es um die Fortsetzung der Erzählung vom fremden ‚Grosskapital‘, das sich gegen das kleine Ungarn verschworen hat. Aber mit einer dramatischen Steigerung: Was, wenn sich plötzlich der Vorhang vor der Verschwörung des Kapitals lüftet und eine Figur hervortritt, die alles in der Hand hält. Jemand, der ‚das Grosskapital‘ nicht nur steuert, sondern verkörpert? Eine reale Person. Noch dazu in Ungarn geboren. Fremd und doch bekannt.“ Sein Name: George Soros.

Seit diesem Wahlkampf ist dieser dabei, Rothschild in der Funktion der Inkarnation des Bösen abzulösen. Auf Soros konzentriert sich weltweit der Hass, er ist die Personifikation der blinden Gewalt des Kapitalismus, die für alle Übel verantwortlich gemacht wird. Die Tragik dieser Geschichte besteht darin, dass sowohl der Gründer des Beratungsunternehmens, Arthur Finkelstein, als auch dessen Mitarbeiter, George Eli Birnbaum, Juden sind, die nicht beabsichtigten, den Juden zu schaden, sondern vielmehr politische Unterstützer Israels sind. Doch nicht als Förderer israelfeindlicher NGOs wurde Soros von ihnen als der politische Gegner angegriffen, der er sein könnte. Wäre dies nach eigener Aussage Birnbaums politische Position als Privatmann, hätte man damit außerhalb Israels sicherlich keinen Wahlkampf gewonnen, in dem es vornehmlich darum ging, das antisemitische Unbewusste der Bevölkerung abzubilden und zu bestätigen. Vor diesem Hintergrund avancierte Soros durch die antisemitische Kampagne des Beratungsunternehmens zum jüdischen Feind, den dieses doch vor allem als „perfekte[n] Gegner“ verstand, um eine demokratische Wahl zu gewinnen. Über Finkelstein sagt Birnbaum, er „habe das ‚völlig rational‘ gesehen: Soros als Gegner war nur ein Mittel zum Zweck.“ So nüchtern wurde selten konstatiert, dass die Gesellschaft, in der wie leben eine antisemitische ist. Wenn Birnbaum retrospektiv konstatiert, dass die Kampagne „keinen zum Antisemiten gemacht hat, der es nicht schon vorher war“, hat er zweifelsohne recht. Nicht zu beruhigen vermag diese Einsicht allerdings angesichts der sich zunehmend unverhohlen aus-

drückenden Judenfeindschaft in weiten Teilen der Gesellschaft sowie eines Politikbetriebs, dem es immer weniger um den politischen Streit in Sachfragen und immer mehr um die Abbildung und Bestätigung von Identität geht. Die Artikel dieser Ausgabe der *Prodomo* möchten einen Beitrag zur Kritik dieser Gesellschaft leisten.

Redaktion *Prodomo*

Köln, April 2019

Impressum:

Prodomo

V.i.S.d.P.: J. Schröder
Postfach 301045
50780 Köln

Website: prodomo-online.org

ISSN: 1867-5832

E-Mail: redaktion@prodomo-online.org

Die Prodomo ist als Online-Zeitschrift konzipiert. Die gedruckte Ausgabe kann über den ca ira-Verlag (www.ca-ira.net) bezogen und ältere Ausgaben können, sofern noch vorhanden, über die Redaktion erworben werden.

Die Artikel spiegeln die Meinung der Autoren wieder und müssen nicht mit der der Redaktion übereinstimmen.

Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Textvorschläge können per E-Mail eingesandt werden.

www.prodomo-online.org

¹ Alle Zitate im Folgenden aus dem Artikel „Der böse Jude“ von Hannes Grassegger, Tagesanzeiger 14.01.2019.

Georg-Weerth-Gesellschaft Köln	4	Zur Aktualität des Racketbegriffs. <i>Ankündigung zur Veranstaltungsreihe von 2017</i>
Philipp Lenhard	7	Racket und Antisemitismus
Gerhard Scheit	12	„... einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“? <i>Vier Versuche über den Gegenbegriff zur Resistenzkraft des Rechts</i>
Thorsten Fuchshuber	28	Rackets und Souveränität
Hannes Hermann Keuner	41	Einheit und Zerfall <i>Anmerkungen zur Lage der Ideologiekritik</i>
Jonathan Schröder	49	Heute fährt die 18 bis nach Istanbul <i>Ereignisse und Ereignislosigkeit rund um den Besuch Erdogans in Köln</i>
Redaktion Prodomo	54	„Bange machen gilt nicht“ <i>Materialistische Schnipsel gegen die intellektuelle Regression</i>
Niklaas Machunsky	61	Was bleibt von Marx? <i>Anmerkungen zu Jan Gerbers Buch “Marx in Paris”</i>
Ralf Frodermann	70	Im Federmieder

2017 veranstaltete die *Georg-Weerth-Gesellschaft Köln* eine Vortragsreihe unter dem Titel „Schutz, Beute und Vernichtung. Zur Aktualität des Racketbegriffs“. Aus den Vorträgen sind drei Texte für die Prodomo entstanden. Neben den Texten dokumentieren wir auch den Ankündigungstext der GWG Köln, der ebenso wie der Text von Phillip Lenhard eine Darstellung des Problems des Begriffs ist, der bis heute eine zentrale Kategorie der Ideologiekritik ist.

Zur Aktualität des Racketbegriffs

Ankündigung zur Veranstaltungsreihe von 2017

Georg-Weerth-Gesellschaft Köln

Die Rede vom Racket erfreut sich unter Gesellschaftskritikern – besonders, wenn sie sich in die Tradition der Kritischen Theorie stellen – großer Beliebtheit. Vom „Racket der Ärzte“ und „antirasistischen Rackets“ über russische Oligarchen und der Türkei unter Erdogan bis zur Islamischen Republik Iran und der Organisierten Kriminalität können mit diesem Begriff offenbar all jene organisatorischen Formen persönlicher Abhängigkeiten und jede Herrschaft jenseits von Tausch und Vertrag bezeichnet werden, die sich nicht unmittelbar in den herkömmlichen Begriffsapparat fügen wollen, wobei mal die Beutegemeinschaft, mal die Schutzfunktion durch Gehorsam und mal die politische Diskursheftigkeit die wichtigste Bestimmung des Racketbegriffs bilden.

Dementsprechend bleibt der Begriff oftmals seltsam unbestimmt, sodass jegliche Besonderheit der verschiedenen For-

men der Herrschaft verloren zu gehen droht. Wenn der Begriff des Rackets dadurch aber nicht einmal mehr ermöglicht, zwischen der Mafia und der SS, zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und Hamas zu unterscheiden, verliert er nicht nur jeden kritischen Gehalt, sondern trägt ganz postmodern seinen Teil zur Zerstörung jeglicher politischen Urteilskraft bei.

In der Kritischen Theorie der 1930er und 1940er Jahre hingegen, in deren textlichen Fragmenten der Begriff des Rackets Erwähnung findet, schien er vielmehr gerade jene geschichtlichen Entwicklungen fassen zu wollen, die die bisherige marxistische Klassentheorie obsolet werden ließen.

Dieser war seit Ende des 19. Jahrhunderts, als die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zunehmend in den Staat integriert wurden, der Bezug zur gesellschaftlichen Realität abhanden gekommen. Ebenso wenig vermochte es der traditionelle Marxismus, den durch das Bündnis von Kapital und Arbeit entstehenden Volks-

staat begrifflich zu fassen, der zunehmend als Gesellschaftsplaner in Form eines bürokratischen Sozial- und Verwaltungsstaates auftrat. Dieser ersetzte durch Interventionen und deficitspending die über den Markt vermittelte Zirkulation, zugleich wurden durch das Regieren in Form von Notverordnungen und Präsidialkabinetten aufgrund fehlender parlamentarischer Mehrheiten die Gewaltenteilung und durch temporäre Verhängung des Ausnahmezustands die individuellen Bürgerrechte eingeschränkt, obwohl gleichzeitig Konkurrenz, relative Mehrwertproduktion und Rechtsstaat formell weiter fortbestanden.

Der Begriff des Rackets, soweit er von Max Horkheimer als gesellschaftliche Organisation der Verteilung von Beute und Gewährung von Schutz im

Gegenzug zu rückhaltlosem Gehorsam verstanden wird, scheint daher wie ein Versuch, diese Abschaffung der gesellschaftlichen Vermittlung theoretisch zu fassen. Gleichzeitig wirft dies die Frage der Souveränität auf, da unklar bleibt, ob eine in miteinander konkurrierende und verfeindete Rackets zerfallende Gesellschaft überhaupt noch in Einheit zu bringen ist und worin diese Einheit bestehen könnte.

Soweit eine Theorie des Rackets bei diesen Überlegungen aus den 1930er und frühen 1940er Jahren stehen bleibt, die sich letztlich doch um die Analyse des Nationalsozialismus dreht, verweigert sie sich jedoch der Einsicht, dass die Herrschaft der Rackets im Nationalsozialismus nicht mehr bloße Schutz- und Beutegemeinschaften bedeutete. Zugleich versäumt es eine solche Begriffsbestimmung, die Aktualität des Racketbegriffs auch in der postnazistischen Gesellschaft in den Blick zu nehmen. Wenn der Nationalsozialismus und seine politische Struktur einfach auf die postnazistische Demokratien, islamistische Terrorgruppen oder politische Interessensverbände übertragen wird, geht sowohl die Spezifik des Nationalsozialismus unter als auch ein adäquater Begriff der herr-

schenden Verhältnisse.

Der Nationalsozialismus radikalisierte und vollendete die Zerstörung der politökonomischen Vermittlungen der bürgerlichen Gesellschaft, indem er das Parlament zerschlug und die verbliebenen Berufsorganisationen in staatliche Massenorganisationen überführte. Zugleich ersetzte er in der zunehmend auf Kriegswirtschaft ausgerichteten Produktion den Markt durch staatlichen Rüstungskonsum und ordnete die gesellschaftliche Arbeit dem Vorbehalt der Nützlichkeit für Volk und Führer unter, was mit der Abschaffung persönlicher Grundrechte einherging. Hierdurch entstand jedoch gerade kein durchorganisierter Staat mit starrer Bürokratie und klar davon abgegrenzter Partei als jene tragende Bewegung. Vielmehr bedeutete die Abschaffung der Vermittlung zugleich die Entfesselung der panischen und auf ihr „bestialisches Eigeninteresse“ (H. Marcuse) reduzierten Subjekte. Die verschiedenen Gliederungen der nationalsozialistischen Massenorganisation, die Parallelität von Partei, SS, Staatsbürokratie, Wehrmacht und Wirtschaft schaltete diesen entfesselten Subjektivismus nicht etwa aus, sondern gab ihm erst die entgrenzte Form, innerhalb derer er sich hemmungslos austoben konnte. Über allem stand der reale oder imaginierte Führerwille, der so diffus war, dass letztlich erst die absolute Feindklärung gegen die Juden eine stets prekäre Einheit zu stiften in der Lage war. Die in den unterschiedlichsten Gruppen und Bewegungen eingebundenen Subjekte konkurrierten zwar miteinander um Karriere, Beute und Schutz, aber die Dynamik des allseitigen Kampfes stellte auch die Bedingung für eine permanente Radikalisierung des Judenmordes. Die fehlende Einheit der Rackets realisierte sich daher

durch die Vernichtung der als „Gegenrasse“ projizierten Juden, gleichermaßen als Antizipation wie Umsetzung des Führerwillens – eine Dynamik, die nur durch die militärische Gewalt der Alliierten von

außen gestoppt werden konnte.

Der Sieg der Alliierten bedeutete die aufgezwungene Reinstallation der markt- und rechtsförmigen Vermittlungen in Form einer reproduktiven Ökonomie sowie eines Rechtsstaats mit Parlament und Gewaltenteilung. Dies geschah jedoch auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialpathologischen Grundlage der nationalsozialistischen Gesellschaft. So wurden zur Verhinderung einer erneuten Verfassungskrise Teile des nationalsozialistischen Ausnahmezustands in die rechtsstaatliche Normalität integriert, während die Sozialpartnerschaft zwischen Kapital und Arbeit die demokratisierte Fortsetzung der Reichsarbeit-front bedeutete. Die nationalsozialistische Politik der totalen Mobilmachung zur Vernichtung wurde so einerseits in das einzelne Subjekt wie in die Formen der gesellschaftlichen Vermittlung selbst verlagert, andererseits waren und sind es gerade diese, die in Gestalt der formellen, abstrakt-allgemeinen Grundrechte einer erneuten allgemeinen Mobilmachung Grenzen setzen. Auch wenn sich große Teile der deutschen Bevölkerung und insbesondere der deutschen Eliten heutzutage als geläuterte Vergangenheitsbewältigungsweltmeister und antirassistische Großmacht verstehen, so hat die nach 1945 durchgesetzte Reeducation eher zu einer Kanalisierung, Bändigung und Umleitung der wahnhaften und destruktiven Triebe auf Ersatzobjekte bei gleichzeitiger Verwehrung der sozialen Triebbefriedigung geführt. Die formale Zivilisierung der Deutschen, zu der diese Reeducation unzweifelhaft beigetragen hat, heizt daher gleichzeitig die destruktive Dynamik innerhalb der Subjekte an. Dies ist auch der Grund, warum die postnazistischen Subjekte gerade dann gegen gesellschaftliche Institutionen wie Bürokratie, Justiz oder auch die Wissenschaft agitieren, wenn sie sich in der Ausübung ihres Größenwahns, ihrer wahnhaften Meinungsbildung wie ihres Strafbedürfnisses gehindert fühlen. Soweit sie sich dabei zu Kampag-

nen, Bewegungen oder sogar Parteien zusammenrotten, scheint es diesen bislang jedoch an der nötigen dauerhaften Bindung zu fehlen, gerade weil eine erneute Einheit in der Vernichtung der Juden schon qua antifaschistischem Selbstverständnis verunmöglicht wird und zudem das zwiespältige Credo, wonach die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsraison sei, vorerst auch eine offene militärische Mobilmachung gegen Israel verhindert. Während Islamisten ihre Judenfeindschaft nur dank Ausländerbonus und Opfergehabe relativ ungehindert verbreiten können, sind Neonazis gesellschaftlich und politisch noch immer marginalisiert. Beide eint jedoch, dass sie das einheitsstiftende Moment des Antisemitismus erkannt haben und sich solcher-

art als eine Alternative für Deutschland und die Welt anpreisen, die in einer zerrissenen Welt wieder Ordnung und Sicherheit schaffen könne. Die etablierten Parteien und Verbände in Deutschland begegnen diesem Werben zunehmend hilflos und verweisen darauf, dass nach ihnen alles nur noch schlimmer werde. Der Erfolg – geringe Arbeitslosenquote und wirtschaftliche Prosperität – gebe dem Modell der liberalen Demokratie recht.

Unsichtbar wird hierbei jedoch, dass der paternalistische Sozialstaat als einstiger Garant gesellschaftlicher Einheit durch Wohlstand spätestens seit der Verabschiedung der Hartz-Gesetze wieder weniger als fürsorglicher Vater, sondern zunehmend als reine Zwangsgemeinschaft auftritt, was mit einem gleichzeitigen Auslagern einstiger staatlicher Aufgaben und Leistungen an gesellschaftliche Institutionen einhergeht, in deren innerer Organisation die ansonsten geltenden politökonomischen Vermittlungen zum Teil bereits außer Kraft gesetzt sind – die also den vollen Gehorsam des Unterworfenen fordern – und deren Zweck in der Verteilung der Beute und der Aufrechterhaltung eines gewissen Maßes gesellschaftlicher Ordnung zu liegen

scheint.

Das neoliberale „Outsourcing des Staates“ hat zu der Situation geführt, dass nun nicht-staatliche Gruppen zunehmend Ordnungsfunktionen des alten, zentralisierten Sozialstaates übernehmen. Es ist kein Zufall, dass der Bedrohung durch islamischen Terrorismus nicht nur durch Repression und Integrationspolitik begegnet wird, sondern auch durch eine Aufwertung der Moscheevereine und Imame zu community-internen Ordnungshütern. Die Tatsache der Parallelgesellschaften wird damit freimütig akzeptiert und in schlecht

kommunitaristischer Manier den bärtigen Männern überlassen, sich doch bitte um die eigenen Belange selbst zu kümmern. Nicht nur materiell, vor allem ideologisch scheint die bestehende Gesellschaft nichts mehr anzubieten zu haben, was die fragmentierten Gruppen im Sinne eines gesellschaftlichen Konsenses einen könnte. Damit schlägt die Stunde der racketeers, die nicht nur ideologische Rationalisierungen des subjektiven Wahns im Gepäck haben, sondern auch materielle Absicherung und die Ausagierung destruktiver Triebe anbieten.

Racket und Antisemitismus

Der vorliegende Text basiert auf einem gesprochenen Kommentar zu Gerhard Scheits Vortrag am 15. Dezember 2017 in Köln, der ebenfalls in diesem Heft dokumentiert ist.

Philipp Lenhard

In den letzten Jahren hat Gerhard Scheit in immer neuen Anläufen versucht, den „blinden Fleck“ der Kritischen Theorie Adornos sichtbar zu machen, der seiner Ansicht nach in der Abwesenheit einer Kritik der Souveränität liegt.¹ Um diese Schwachstelle auszugleichen, hat er zum einen – unter Rückgriff auf Thomas Hobbes' *Leviathan* – Franz Neumanns auf den Nationalsozialismus gemünzten Begriff des *Behemoth* („Unstaat“) hervorgehoben, zum anderen die vor allem von Otto Kirchheimer und Max Horkheimer entwickelte Rackettheorie aktualisiert. Was klingen mag wie eine akademische Suche nach Vollständigkeit, speist sich und speiste sich immer aus dem Problem, die nationalsozialistische und in der Folge auch die gegenwärtige Gesellschaft nicht mehr mit dem herkömmlichen Begriffsinstrumentarium

der politischen Theorie kritisieren zu können. Dies gilt heute insbesondere für den Islamismus, sei es nun in schiitisch-staatsförmiger oder sunnitisch-terroristischer Form. Leider birgt die Adaption des Racketbegriffs, wie im Folgenden gezeigt werden soll, einige Fallstricke, da dieser von Horkheimer und anderen spezifisch zur Erklärung des Nationalsozialismus herangezogen wurde. Den solcherart präzisierten Begriff des Rackets auf andere Formen von Herrschaft zu übertragen impliziert damit immer schon zumindest eine Strukturgleichheit. Der Islamismus, so soll hier argumentiert werden, ist aber keine bloße Wiederkehr des Nationalsozialismus. Zudem ist fraglich, ob der Racketbegriff nicht schon bei der Skizzierung des Hitler-Regimes versagt hat, da er nicht imstande ist, den eliminatorischen Antisemitismus als Zentrum des Nationalsozialismus zu begreifen.

1 Gerhard Scheit: Der blinde Fleck der Kritischen Theorie und der Primat der Außenpolitik. In: *Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik* 7 (2015). Siehe auch schon im Interview mit Scheit in *Prodomo. Zeitschrift in eigener Sache* 17 (2013), S. 37.

2 Max Horkheimer: *Die Rackets und der Geist* [1942]. Gesammelte Schriften Bd. 12. Hg. v. Alfred Schmidt u. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main 1985, S. 287–291.

3 Max Horkheimer an Heinz Maus, 13. Februar 1939. In: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften Bd. 16. Hg. v. Alfred Schmidt u. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main 1985, S. 556.

4 Herbert Marcuse: Der Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung. In: *Zeitschrift für Sozialforschung* III (1934), S. 161–195.

⁵ Friedrich Pollock: Bemerkungen zur Wirtschaftskrise. In: Zeitschrift für Sozialforschung II, 2 (1933), S. 321–354.

⁶ Ebenda, S. 351 f.

⁷ Franz Neumann: Der *Funktionswandel* des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. In: Zeitschrift für Sozialforschung VI, 3 (1937), S. 542–596.

⁸ Max Horkheimer: Bemerkungen zur philosophischen Anthropologie. In: Zeitschrift für Sozialforschung IV, 1 (1935), S. 14.

⁹ Max Horkheimer: Geschichte der amerikanischen Arbeiterschaft [1942]. In: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften Bd. 12. Hg. v. Alfred Schmidt u. Gunzelin Schmid Noerr. Frankfurt am Main 1985, S. 260. (Meine Hervorhebung – PL.)

Doch zunächst ein kurzer Blick zurück: Wann und in welchem Kontext haben Horkheimer, Pollock und in etwas anderer Weise auch Kirchheimer angefangen, den Begriff des Rackets zu gebrauchen? Die erste Version des Essays *Die Rackets und der Geist* stammt von 1939, seine endgültige Fassung von 1942.² Er ist in den Zusammenhang der Vorarbeiten zur *Dialektik der Aufklärung* gestellt worden, aber das stimmt nur zum Teil. 1939 verfügt die Kritische Theorie, wie Horkheimer in einem Brief an Heinz Maus selbst eingestand, noch über keinen theoretischen Begriff des Nationalsozialismus.³ Ein erster, einsamer Versuch ist Marcuses Aufsatz über den *Kampf gegen den Liberalismus in der totalitären Staatsauffassung* im dritten Jahrgang der *Zeitschrift für Sozialforschung* von 1934.⁴ Seine ziemlich konventionelle These: Der Totalitarismus ist ein entwickelter Liberalismus, die Apologeten des Marktes werden in der Krise zu Apologeten der Diktatur. Und weitergehend: Das Großkapital hält sich Hitler, um mit der Arbeiterbewegung aufzuräumen; wenn das geschehen ist, kommt wieder die direkte Herrschaft des Monopolkapitals ans Ruder. Das war damals linker Mainstream und entspringt der vor allem von Engels, Hilferding und Lenin vertretenen These, der liberale Konkurrenzkapitalismus habe sich in einen Monopolkapitalismus verwandelt. Demnach würde das Tauschprinzip, das dem Einzelnen noch als Eigentümer seiner selbst Vertragsfähigkeit zugesprochen hatte, ausgehöhlt und durch Preisabsprachen, Lohndiktate und die Verwandlung des Staates in ein unmittelbares Instrument der Monopolisten ersetzt. Außenpolitisch schlage sich dies in einer imperialistischen Politik nieder, die nicht mehr wie im klassischen Kolonialismus darauf gerichtet sei, dem Kapital neue Rohstoffe zu erschließen, sondern vielmehr auf die Aufteilung der Welt in Absatzmärkte hinauslaufe. Smith' unsichtbare Hand des Marktes ist abgeschlagen, der staatlich

abgesicherte Kapitalismus verwandelt sich wahrhaftig in eine politische Ökonomie.

Friedrich Pollock hatte in seinen Analysen der Wirtschaftskrise schon herausgefunden, dass der Staat als unmittelbar ökonomischer Akteur die Krise lindern oder gar beenden könne und es daher – anders als etwa von dem ebenfalls am Institut arbeitenden Ökonomen Henryk Grossmann behauptet – nicht zu einem Zusammenbruch des Kapitals kommen werde.⁵ Dem Proletariat fehle sowohl der Wille als auch die Kraft, eine Revolution zu machen. Die neuen Techniken der Propaganda und Massenverführung seien effektiv, zugleich wende das Kapital die Strategie „teile und herrsche“ an: Das Proletariat zerfalle, wie bereits Engels und Lenin behauptet hatten, in Aristokratie und Abgehängte; erstere würden in das System integriert und hätten dadurch ein Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung; letzteren fehle die politische Führung und Orientierung.⁶ Wozu Pollock aber 1933, als diese Analyse erschien, noch nicht fähig war, ist die Differenzierung zwischen verschiedenen politischen Formen des Monopolkapitalismus – es geht ihm um einen allgemeinen Begriff der politischen Ökonomie im Sinne einer Aktualisierung der Marx'schen Theorie.

Einen neuen Aspekt bringen die Juristen am Institut ein, hier vornehmlich Neumann, der ja erst 1936 zum Kreis stößt und 1937 seinen Aufsatz zum Funktionswandel des bürgerlichen Gesetzes in der Zeitschrift veröffentlicht.⁷ Er verweist darauf, dass die Weimarer Republik dem Nationalsozialismus den Weg geebnet habe, weil sie rechtlich auf einem Pluralismus von Interessengruppen basierte, die durch den Staat zu einem Kompromiss geführt wurden. Dies habe zur Stärkung der staatlichen Bürokratie und zur Schwächung des Rechtsstaates im Sinne eines Schutzes des Individuums geführt. Souveränität und Recht traten dann unter Hitlers Herrschaft auseinander. Auch bei Neumann liegt die

Idee des Monopalkapitalismus zugrunde, und er bezieht sich dabei auf einen Aufsatz Horkheimers zur philosophischen Anthropologie von 1935, wo es paradigmatisch heißt:

„Die herrschende Schicht besteht nicht mehr aus zahllosen Subjekten, die Verträge schließen, sondern aus großen, von wenigen Personen kontrollierten Machtgruppen, die auf dem Weltmarkt miteinander konkurrieren. [...] Denn nicht mehr der Vertrag, sondern Befehlsgewalt und Gehorsam kennzeichnen jetzt in steigendem Maß den inneren Verkehr.“⁸

Mit anderen Worten: Der Kapitalismus verwandelt sich von einer über den Markt vermittelten Klassengesellschaft in oligarchische Herrschaft, die polykratisch organisiert ist. Neumanns Unstaat-Konzeption ist hier bereits angelegt, aber entscheidend ist, dass Horkheimer und Co. bereits zu diesem Zeitpunkt den Begriff der Klasse, dem das Individuum qua Stellung im Produktionsprozess angehört, aufgeben und daher einer Alternative bedürfen. Hier kommt der Racketbegriff ins Spiel. Besonders deutlich wird das in einem kurzen Aphorismus Horkheimers von 1942, der den Titel *Geschichte der amerikanischen Arbeiterschaft* trägt. Dort heißt es: „Der geschichtliche Gang des Proletariats führte an einen Scheideweg: es konnte zur *Klasse* werden oder zum *Racket*. Das Racket bedeutete Privilegien innerhalb der nationalen Grenzen, die Klasse die Weltrevolution. Die Führer haben dem Proletariat die Entscheidung abgenommen, sie haben das Racket gewählt.“⁹ Hier zeigt sich, was oben bereits angedeutet wurde: die Übernahme der von Engels und Lenin konstatierten Trennung von Arbeiterführern und Proletariat führt in geschichtsphilosophischer Perspektive zur Aufspaltung in einen Scheideweg zwischen universeller Weltrevolution einerseits, partikularer Racketherrschaft andererseits.

Dies alles hat aber – obwohl bereits im Exil formuliert – recht wenig mit der Spe-

zifik des Nationalsozialismus zu tun, und die Bezüge, die Horkheimer selbst herstellt, sind daher auch äußerst dürftig: In der ursprünglichen Fassung von 1939 endet der Aufsatz *Die Rackets und der Geist* mit der 1942 gestrichenen Formulierung, „die faschistische Diktatur der Industriemonopole“ versuche sich unter dem Deckmantel eines Angriffs auf das Finanzkapital über die Erde zu verbreiten.¹⁰ Diese Formulierung atmet noch ganz den Geist von Lenins Imperialismustheorie.

Der Beginn des Weltkriegs bildet dann aber zugleich den Übergang von einer marxistischen Theorie des Monopolkapitalismus hin zu einer Theorie der „neuen Ordnung“ des Staatskapitalismus, die vor allem von Friedrich Pollock ausbuchstabiert wurde.¹¹ Diesen Übergang hat Neumann explizit nicht mitvollzogen, wie sich in seinem *Behemoth* zeigt.¹² Richtig an der Theorie des Staatskapitalismus ist – trotz aller Mängel –, dass das Kapital in den dreißiger Jahren relativ an Macht verliert, weil die Befehlsgewalt von den Monopolen auf den Staat übergeht – und das gilt in unterschiedlicher Form für alle drei von Pollock gewählten Beispiele Nationalsozialismus, Kommunismus und New-Deal-Amerika. Richtig ist ferner, dass durch diese Transformation der Markt seine relative Autonomie einbüßt; die Gesetze des Tausches gelten nur noch dort, wo es der Staat zulässt; gesteuerte Konkurrenz zu politisch definierten Zwecken also.

Die entscheidende Frage ist nun, und das ist auch die Crux an Pollocks Theorie, was eigentlich „der Staat“ ist, der dem Staatskapitalismus seinen Namen gibt. Sehr zu recht wurde von Neumann eingewandt, dass in dessen Konzeption alle Widersprüche innerhalb der herrschenden Klasse getilgt sind; der Kampf um Souveränität wird begrifflich stillgestellt, indem Pollock von einem einheitlichen Staatssubjekt spricht. In seinem zweiten Aufsatz zum Thema, der den Titel *Is National Socialism a New Order?* trägt, wurden diese

¹⁰ Max Horkheimer: Die Rackets und der Geist [1939]. In: Max-Horkheimer-Archiv. Archivzentrum der Universitäts- und Stadtbibliothek Frankfurt am Main, XI 6.41, S. 7.

¹¹ Frederick Pollock: State Capitalism: Its Possibilities and Limitations. In: Studies in Philosophy and Social Science IX, 2 (1941), S. 200–225.

¹² Siehe dazu ausführlich Philipp Lenhard: Abschied vom Marxismus? Friedrich Pollock, Franz L. Neumann und die Entstehung der kritischen Theorie des Antisemitismus im amerikanischen Exil, 1939–1945. In: Bettina Bannasch, Helga Schreckenberger, Alan E. Steinweis (Hg.): Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch. München 2016, S. 148–170.

¹³ Frederick Pollock: Is National Socialism a New Order? In: Studies in Philosophy and Social Science IX, 3 (1941), S. 440–455.

¹⁴ Horkheimer: Die Rackets und der Geist [1942], S. 289. (Meine Hervorhebung – PL.)

¹⁵ Vgl. Otto Kirchheimer: The Legal Order of National Socialism. In: Studies in Philosophy and Social Science IX, 3 (1941), S. 456–475; Otto Kirchheimer: Zur Frage der Souveränität [1944]. In: Ders.: Politik und Verfassung. Frankfurt am Main 1964, S. 57–95.

¹⁶ Ebd., S. 441.

¹⁷ Siehe Michael Hardt, Antonio Negri: Multitude. Krieg und Demokratie im Empire. Frankfurt am Main 2004, S. 123.

¹⁸ Siehe dazu Philipp Lenhard: Blinder Fleck? Eine kurze Erwiderung auf Gerhard Scheit. In: Sans Phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik 8 (2016). Es handelt sich im Übrigen um eine Verharmlosung, die Pollock mit ihm durchaus teilte. Es ist eher eine Ahnung als ein wirkliches Wissen vom Zusammenhang von Antisemitismus und Volksgemeinschaft, die seinen Text charakterisiert.

¹⁹ Deutlicher hat dies Hannah Arendt gesehen, etwa in ihrem Essay *Organisierte Schuld*, der allerdings bereits aus dem November 1944 stammt. Hannah Arendt: *Organisierte Schuld*. In: Dies.: *Die verborgene Tradition. Acht Essays*. Frankfurt am Main 1976, S. 32–45.

²⁰ Ausgerechnet Neumanns Schüler Raul Hilberg hat genau das in seiner von Neumann bis zu seinem Tod noch mitbetreuten Dissertation *The Destruction of the European Jews* von 1961 gezeigt und damit das verbindende Element der Rackets, das ihren Partikularinteressen zugleich vorgeordnet ist, zur Anschauung gebracht.

²¹ Siehe dazu Mathias Schütz: *Ideologien der Vernichtung. Nationalsozialismus und radikaler Islam*. Bonn 2011.

²² Die FAZ berichtet, dass sich im Zuge der Automatisierung diese Situation nach Jahrzehnten des Outsourcings der Produktion in die Peripherie wieder umkehrt, da gerade jene einfachen Arbeiten dem Automationsprozess unterliegen. Die Ingenieure und IT-Fachleute sitzen schließlich nach wie vor in den Zentren, weshalb die Produktion langfristig auch wieder in diese zurückkehren wird. Vgl. Britta Beeger: *Folgen der Automatisierung. Roboter bringen Arbeitsplätze zurück in die Industrieländer*. In: FAZ vom 30. Oktober 2018.

²³ Vgl. Philipp Lenhard: „An Institution of Nazi Statesmanship“. Friedrich Pollock's Theoretical Contribution to the Study of Anti-Semitism. In: *New German Critique* 43, 127.1 (Februar 2016), S. 195–214.

²⁴ Franz Neumann: *Antisemitismus: Die Speerspitze allumfassenden Terrors* [1943]. In: Raffaele Laudani (Hg.): *Franz Neumann, Herbert Marcuse, Otto Kirchheimer im Kampf gegen Nazideutschland. Die Berichte der Frankfurter Schule für den amerikanischen Ge-*

Einwände aufgenommen und Neumanns Polykratie-Konzept in die Staatskapitalismusthese integriert.¹³

Doch wenn das möglich war – warum wurde dann überhaupt die Rackettheorie relevant? Anders als Neumann lehnten Pollock und Horkheimer den Begriff des „Un-Staates“ ab, also die Herrschaft des Chaos, sondern entwickelten die alternative These eines Racket-Staates. Das klingt bei Horkheimer so: „Offizielle Rechtstitel bestätigen die Zugehörigkeit zu einem Racket. Der *im Namen aller zeichnende Staat* bestätigt dadurch, dass der Inhaber einem Racket angehört und damit ins System eingegliedert ist.“¹⁴ Diese These des Racketstaates knüpft an Neumanns frühe These vom Pluralismus an und wird von Kirchheimer 1941 und 1944 weiter ausgearbeitet.¹⁵ Zwar teilten sich im Nationalsozialismus die von Neumann hervorgehobenen Gruppen Großkapital, Wehrmacht, Partei und Staatsbürokratie die Macht, konzedierte wiederum Pollock, aber trotz ihrer widersprüchlichen Interessen würden sie durch „gemeinsame Ziele und die Furcht vor gemeinsamen Gefahren“ zusammengehalten.¹⁶ Welche Gefahren das sind, ließ Pollock offen, aber es scheint nicht zu weit hergeholt, hier den Antisemitismus als verbindendes Moment ins Spiel zu bringen. Auf keinem anderen Feld arbeiteten die ansonsten konkurrierenden Gruppen so eng und reibungslos zusammen wie beim „gemeinsamen Ziel“ der Auslöschung der europäischen Juden. Mit anderen Worten: Die Herstellung der Volksgemeinschaft durch die Vernichtung der Juden schweißte die partikularen Gruppen zum „Staat“ zusammen, d.h. zu einer Macht, die ein einheitliches Ziel verfolgt und für dessen Durchsetzung sie von ihrem Gewaltmonopol Gebrauch machte. In Anlehnung an Antonio Negri und Michael Hardt könnte man polemisch von einer ‚Multitude der Vernichtung‘ sprechen.¹⁷

Erst vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie verhängnisvoll die Verharm-

losung des Antisemitismus für Neumanns Analyse war.¹⁸ Nur weil er das Zentrum, das Gemeinsame der partikularen Gruppen verdrängte, konnte er den Nationalsozialismus nicht mehr als Staat fassen, sondern musste von einer letztlich unzusammenhängenden Vielfalt ausgehen, der gegenüber das einheitliche Staatssubjekt sich als das Bessere darstellt. Die partikularen Gruppen erscheinen dann tatsächlich als miteinander konkurrierende kriminelle Banden, die es einzig auf Beute abgesehen haben und Schutzgeld erpressen – als Rackets. Das Problem ist nur: Die Juden wurden nicht wegen des Zahngoldes ermordet, sondern weil sie Juden waren.

Man kann darüber streiten, inwieweit diese erschütternde Erkenntnis Anfang der vierziger Jahre, als sowohl *Behemoth* wie auch die *Dialektik der Aufklärung* geschrieben wurden, schon möglich war und es ist sicher richtig, darauf hinzuweisen, dass auch von Horkheimer, Adorno und Pollock die Selbstzweckhaftigkeit der Vernichtung nur in Ansätzen erkannt worden ist.¹⁹ Sie hatten allerdings den unschätzbaren Vorteil, in ihrer Version der Rackettheorie nicht vom Staatsbegriff abzurücken. Dadurch waren sie in der Lage, das Singuläre des Holocaust in den Blick zu bekommen, dass nämlich eine ganze, mit dem Staat verschmolzene Gesellschaft danach trachtete, jeden einzelnen Juden auf der Welt zu ermorden. Auf dieser Grundlage konnte den einzelnen Rackets gewissermaßen ihr Platz im Gesamtgefüge zugewiesen werden.²⁰ Dass sich die partikularen Gruppen wie Rackets aufführten, stimmt ja. Nur fand das „bestialische Eigeninteresse“, wie Marcuse das genannt hat, seine Grenze dort, wo es um das Wesen des Nationalsozialismus ging: den Antisemitismus.

Daraus ist zu schließen, dass der Begriff des Rackets für den Nationalsozialismus nur dann sinnvoll verwendet werden kann, wenn seine Geltung zugleich begrenzt wird – er alleine vermag das Wesen des Nationalsozialismus nicht zu fassen,

sondern verbleibt auf der Oberfläche. Die Nazis agierten wie bloße Gangster, aber sie waren schlimmeres: Massenmörder. Wenn das stimmt, dann führt es auch in die Irre, die islamistischen Gruppen der Gegenwart als „Rackets“ zu bezeichnen, denn auch ihnen geht es nicht nur um Beute (auch wenn es mitunter so scheint), sondern um die barbarische Durchsetzung ihrer Ideologie der Vernichtung.²¹ Das aber steht im Widerspruch zum ursprünglichen Gehalt des Racketbegriffs, der ja kriminelle Banden bezeichnet hat, die mit der Anwendung oder zumindest Androhung von Gewalt einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erpressen.

Gleichwohl bedeutet das nicht, auf den Racketbegriff ganz verzichten zu müssen: nur sind nicht *alle* bandenförmigen Zusammenrottungen schon automatisch Rackets. Im Zuge der zunehmenden Zentralisierung des Kapitals in den Metropolen und dem damit verbundenen Outsourcing des Staates scheint das Racket traditionellen, also kriminellen Zuschnitts vor allem in den abgehängten Regionen wieder auf dem Vormarsch zu sein.²² In den Teilen der Welt, die für das Kapital als Absatzmarkt (und zunehmend auch Produktionsstätte) irrelevant geworden sind, setzt eine Rearchaisierung der Lebenswelten ein, die sich in der Etablierung von mafiaähnlichen Strukturen niederschlägt, die mal politisch-religiösen, mal ethnisch-nationalistischen, mal gänzlich prosaischen Charakter annehmen.

Wenn insbesondere Gerhard Scheit, aber auch Wahied Wadat-Hagh, in den letzten Jahren besonders die Islamische Republik Iran als ein System konkurrierender Rackets dargestellt haben, dann stellt sich erneut die Frage nach dem Verhältnis von Racket und Antisemitismus. Denn wenn der für das schiitische Regime fundamentale Antisemitismus nicht erklärt werden kann, dann ist auch die gesamte politische Strukturanalyse hinfällig. Geht man auf den ursprünglichen Gehalt des Racketbe-

griffs zurück und versteht ihn als direktes Gewaltverhältnis, das zunächst einmal mit den gängigen Praktiken der Schutzgelderpressung und Korruption verknüpft ist, dann ergibt sich daraus bezogen auf den Antisemitismus fast zwangsläufig die von Neumann wie auch von Pollock vertretene Speerspitzen-theorie des Antisemitismus, die man eine Rackettheorie des Antisemitismus nennen könnte.²³ Dieser zufolge werden die Juden verfolgt, um den gesellschaftlich mächtigeren Gruppen Angst einzujagen. Man lädt sie unter der Androhung, ihnen könne dasselbe Schicksal bevorstehen wie den Juden, freundlich zur Mitarbeit im neuen Staat ein. Es handelt sich um eine sublimale Form der Schutzgelderpressung. „Daraus folgt“, so heißt es bei Neumann im Mai 1943, „dass die Vernichtung der Juden im Rahmen der antisemitischen Ideologie und Praxis nur das Mittel zur Erlangung eines weitreichenderen Ziels ist, nämlich die Zerstörung freier Institutionen, Überzeugungen und Gruppierungen.“²⁴

Es ist ganz offensichtlich, dass Neumann damit nicht erklären kann, warum die Deutschen, soweit das möglich war, versucht haben, den Holocaust geheim zu halten. Auch erklärt seine Theorie nicht, warum die Nazis alles unternahmen, um restlos alle europäischen Juden zu vernichten. Sie erklärt, mit anderen Worten, nicht den Holocaust, sondern maximal die Judenverfolgung in den ersten Jahren des Nazi-Regimes. Saul Friedländers Vorschlag, die Haupttriebkraft der Nazis als „Erlösungsantisemitismus“ zu fassen, also als eine religiös-apokalyptische Überzeugung von der Notwendigkeit eines gnostischen Endkampfes, ist deutlich überzeugender.²⁵ Hier kommt dann der schiitische Messianismus als Vergleichshorizont ins Spiel, der im Iran zumindest bei einem Teil des Klerus und der politischen Elite ein zentrales Motiv zu sein scheint. Das steht aber im Widerspruch zu einer Rackettheorie des Antisemitismus, die man sicherlich für an-

heimdienst 1943–1949. Frankfurt am Main, New York 2016, S. 70.

²⁵ Saul Friedländer: Erlösungsantisemitismus. Zur Ideologie der „Endlösung“. In: Ders.: Den Holocaust beschreiben. Auf dem Weg zu einer integrierten Geschichte. Göttingen 2007, S. 28–53.

¹ Dieser Aufsatz verdankt sehr viel den Diskussionen mit Thorsten Fuchshuber über dessen neues Buch *Rackets – Kritische Theorie der Bandenherrschaft* (Freiburg; Wien 2018) – die erste gründliche Entfaltung des Racketbegriffs in allen seinen wesentlichen Aspekten und Widersprüchen. Was im Folgenden vielfach nur angedeutet wird, findet sich dort bereits ausgeführt, sodass es ermüdend wäre, jedes Mal darauf zu verweisen.

² Max Horkheimer: *Die Rackets und der Geist* [1939/42]. Gesammelte Schriften. Bd. 12. Frankfurt am Main 1985, S. 290.

³ „In einer Gesellschaft, die der Gewalt ihrem Prinzip nach nicht entraten kann, ist wahre Allgemeinheit nicht möglich. Aber die beschränkte, formale und negative Allgemeinheit des Gesetzes im Liberalismus ermöglicht nicht nur kapitalistische Berechenbarkeit, sondern garantiert ein Minimum an Freiheit, da die formale Freiheit zweiseitig ist und so auch den Schwachen wenigstens rechtliche Chancen einräumt.“ Franz Neumann: *Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft*. In: *Zeitschrift für Sozialforschung* 6/1937, S. 594.

⁴ Horkheimer: *Die Rackets und der Geist* (wie Anm. 2), S. 291.

⁵ Otto Kirchheimer: *Zur Frage der Souveränität*. In: Ders.: *Politik und Verfassung*. Frankfurt am Main 1964, S. 80.

dere Akteure im Iran auch einigermaßen plausibel vertreten kann. Politisch bedeutet das den Unterschied zwischen einem instrumentellen oder religiös-agnostischen Ver-

hältnis zum Antisemitismus, und das wiederum hat bedeutende Konsequenzen für die Frage, ob durch den Iran ein neuer Holocaust droht oder nicht.

„... einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“?

Vier Versuche über den Gegenbegriff zur Resistenzkraft des Rechts¹

Gerhard Scheit

1. Die Rackets und der Geist, der nicht deutsch ist

Die „sich totalitär gestaltende Gesellschaft“ führt, so Max Horkheimer in seinem Entwurf „*Die Rackets und der Geist*“, „den Kampf gegen das Recht, gegen alle Vermittlungen, die eigenes Leben gewinnen“.² Als Inbegriff dieser Gesellschaft gilt nun das Racket. Die Vermittlungen ihm gegenüber zu verteidigen, beinhaltet zwar nach wie vor nicht Versöhnung des Allgemeinen und Besonderen oder wahre Allgemeinheit, die – wie auch Franz Neumann betont³ – dem Recht keineswegs zukommt. Aber deren Idee kann es überhaupt nur geben, wenn das Recht zum substantiellen Element „des Geistes“ geworden ist. „In der wahren Idee der Demokratie, die in den Massen ein verdrängtes, unterirdisches Dasein führt, ist die Ahnung einer vom Racket freien Gesellschaft nie ganz erloschen.“⁴ An solche Überlegungen anschließend betonte Otto Kirchheimer, dass der Begriff Racket „ein polemischer“ sei – und zwar in zweifacher Hinsicht: „Rackets“ kennzeichnen eine Gesellschaft, in der die Individuen den Glauben daran ver-

loren haben, daß sie durch das bloße Funktionieren des unpersönlichen Marktmechanismus für ihre eigenen Anstrengungen entschädigt werden. Andererseits schließen ‚rackets‘ natürlich keineswegs die Idee einer Gesellschaft ein, in der der Antagonismus zwischen Menschen und unbelebten Elementen der Produktion zugunsten einer freien Assoziierung der Menschen zum gemeinsamen Gebrauch der Produktivkräfte aufgehoben wurde.“⁵

Es sticht aber gerade an Horkheimers Entwurf hervor, dass er – statt die Resistenzkraft des Rechts mit den Mitteln der Kritik der politischen Ökonomie abzuleiten, was bei der Herkunft des Racketbegriffs nahe liegen könnte – auf philosophische Begriffe des deutschen, namentlich des Hegel’schen Idealismus rekurriert, als wollte er diesen unmittelbar ins Politische übersetzen. Horkheimers „wahre Idee der Demokratie“, die selbst in der schlechtesten demokratischen Wirklichkeit vorhanden sei, entspricht der Hegel’schen Bestimmung des wahren Staats als objektiven Geist. Er nimmt darin den Faden des frühen Marx und seiner Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie auf, aber dergestalt, dass es plötzlich wieder möglich scheint, einen positiven Begriff von Politik zu gewinnen.

Im selben Maß, in dem sich jedoch in Deutschland zeigte, dass die Idee der Demokratie hier selbst ein verdrängtes un-

terirdisches Dasein in den Massen kaum geführt hatte und weiterhin führte, konnte Horkheimer dann auch den postnazistischen deutschen Staat kaum noch unter dem Gesichtspunkt der nunmehr wirkungsmächtig gewordenen Idee betrachten. Das Bewusstsein – den „Geist“ – hingegen, mit dem dieser Staat dennoch in ihrem Sinne wirken kann, fand er woanders, nämlich in der US-amerikanischen Besatzungsmacht befestigt.⁶ Daran hat noch Leo Löwenthal indirekt erinnert, als er die „Amerikaner“ in ihrer Außenpolitik als „eine Art ‚Hegelianer‘“ bezeichnete – und er machte diese Bemerkung gezielt gegen die Unterstellung gerichtet, die USA betrieben eine imperialistische Politik und er selber habe sich an ihr mit seinem Engagement bei der *Voice of America* beteiligt.⁷ Im selben Zusammenhang wäre übrigens auch die große Studie über Hegel zu betrachten, die Herbert Marcuse in den USA schrieb.

In dieser Verschiebung des Geistes auf den amerikanischen Hegemon kommt das eminent Historische an der Resistenzkraft des Rechts zum Ausdruck, das Horkheimer im Entwurf selbst ausgespart hatte – und gerade dieses Historische verweist zunächst unmissverständlich auf die Kritik der politischen Ökonomie. Wer sich im Rechtsstaat durchsetzen möchte, kann es nur durch die Subsumtion seiner Forderungen und Ansprüche unter bestimmte Rechtssätze oder Gesetze, und wer Anteil am gesellschaftlichen Reichtum benötigt – und jeder benötigt ihn, um sich bloß selbst zu erhalten –, bekommt ihn nur durch die wie auch immer konkret vermittelte Beteiligung am Verwertungsprozess des Kapitals. In Analogie zu Hobbes *Leviathan* könnte hier von einem imaginären ‚Urvertrag‘ auch in der politischen Ökonomie ausgegangen werden. Alle, die am Reichtum partizipieren möchten, und sei’s nur, um zu überleben, akzeptieren darin dessen Form, von der sie freilich nicht mehr wissen müssen, als ihr Rechtsbewusstsein ih-

nen sagt. Sie müssen also nicht wissen, dass diese Form der Gegensatz von Tausch- und Gebrauchswert ist; von Privatarbeit, die sich zugleich als unmittelbar gesellschaftliche Arbeit darstellen muss bzw. von besonderer konkreter Arbeit, die zugleich nur als abstrakt allgemeine Arbeit gilt; dass also in letzter Instanz die Gesellschaft synthetisiert wird durch die hier in Anspruch genommene Messung der für die Produktion der jeweiligen Ware gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, worauf schließlich sämtliche Vermittlungsformen der Moderne hinauslaufen. Sie müssen aber wenigstens eines von jenem fiktiven ‚Urvertrag‘ wissen, wie er täglich in der Einheit von Produktion, Reproduktion und Zirkulation umgesetzt wird, nämlich dass Reichtum prinzipiell nur über Verträge angeeignet werden kann. Das heißt umgekehrt aber: die Resistenzkraft des Rechts beruht auf diesem Einverständnis.

Was aber, wenn über Verträge kein Reichtum angeeignet werden kann? Das Kapital tendiert seiner eigenen Logik gemäß dazu, „den Faktor v“, womit Marx den variablen Teil des Kapitals, die nötigen Arbeitskräfte bezeichnet, „gen Null zu reduzieren“, und degradiert „dadurch den Menschen als Gattungswesen permanent zum Almosenempfänger und Beutesucher“.⁸ Dem Recht kommt so gesehen eine stets schwindende Resistenzkraft zu. Das heißt aber auch: die bloße Aussicht, dass irgendwann wieder Reichtum auf jene, in sich vermittelte Weise angeeignet werden könnte, muss politisch eine immer größere Rolle spielen im Vergleich zu dem, womit bereits unmittelbar zu rechnen wäre. Sie vermag diese Rolle aber nur noch im Namen einer hegemonialen Macht zu spielen, wenn Hegemonie bedeutet, dass eine solche Macht imstande ist, dafür zu sorgen, dass es Rechtsstaaten überhaupt noch geben kann.⁹ Anders gesagt, ist dem Aufstieg des Nationalsozialismus jede Verteidigung des Rechtsstaats obsolet geworden, die diese Verfasstheit auf welche Weise auch im-

⁶ In solchem Zusammenhang ist auch zu sehen, dass er – anders als Adorno – immer wieder davon abriet, die Deutschen allzu schroff mit ihrer unmittelbaren Vergangenheit zu konfrontieren, ja sogar den Antisemitismus prononciert zum Thema zu machen, da dadurch die Ressentiments nur wieder neu entfacht würden. Von der wahren Idee der Demokratie in den Massen bleibt nur die Förderung eines vagen „Selbstbewusstseins“, das bei den Deutschen wenigstens so weit reichen sollte, den amerikanischen Hegemon zu bejahren. Siehe Max Horkheimer: Über Grausamkeit in der Geschichte. Gespräch mit Rudolf Ringguth und Georg Wolff. Gesammelte Schriften. Bd. 13. Frankfurt am Main 1989; Ders.: Gedanken zur politischen Erziehung. Gesammelte Schriften. Bd. 8. Frankfurt am Main 1989.

⁷ Leo Löwenthal: Mitmachen wollte ich nie. Ein autobiographisches Gespräch mit Helmut Dubiel. Frankfurt am Main 1980, S. 131.

⁸ Niklaas Machunsky: Rackets im Staat. Über Staatsmaschinen und Unternehmenskulturen. In: *Prodomo* 20/2016, S. 79. Siehe hierzu auch Gerhard Scheit: Die Frage der Hegemonie und die Resistenzkraft des Rechts. In: *sans phrase* 9/2016, S. 14-26.

⁹ Es bedarf, mit einem Wort, eines Hegemoniebegriffs, bestimmt unter dem Primat der Außenpolitik (damit auch gerichtet gegen Gramscis Theorie und deren Nachfolger): „Ein Hegemon richtet seine Macht nicht darauf hin aus, eine möglichst umfassende Kontrolle über die Innenpolitik der Staaten in seinem Einflussbereich zu erlangen, sondern es geht ihm darum, dafür zu sorgen, dass sich dort Marktstrukturen etablieren, die es erlauben, dass sich die Unternehmen in seinem unmittelbaren Einfluss-

bereich, also auf seinem ‚originären‘ Staatsgebiet, auf diesen Märkten genau so bewegen können wie ‚zuhause‘, also dass in den Staaten, über die er seine Hegemonie ausübt, keine Bedingungen herrschen, die deren Akkumulation behindern. Um welche Bedingungen es sich dabei handelt, ist nicht in wenigen Sätzen darzulegen. Es ist ja heute zum Beispiel nicht mehr entscheidend, ob der Hegemon in seinem Gebiet auf industrielle Produktionskapazitäten zurückgreifen kann, entscheidender ist, dass er – und sei es nur potentiell – über die Technologie und das Kapital verfügt, das ihm, etwa in einer Ausnahmesituation, erlaubt, quasi ‚aus dem Stand‘ eine militärische Gewalt ‚aus dem Boden zu stampfen‘, gegen die andere Staaten chancenlos sind.“ (Der Euro und sein Staat. Diskussion mit Manfred Dahlmann. In: sans phrase 7/2015, S. 170.) Zu ergänzen wäre hier, dass diese anderen Staaten zwar als chancenlos betrachtet werden können, den Hegemon zu vernichten, nicht aber unbedingt darin, ihn immer wieder auch zum Rückzug zu zwingen.

¹⁰ Die solchermaßen gegen die heutigen Grundlagen des Rechtsstaats gerichtete Verteidigung des Rechtsstaats gehört mittlerweile zum Kern des rechtspopulistischen Wahns. Sie erlaubt den vermeintlichen Kritikern der „Islamisierung Europas“ – ungeachtet ihrer innenpolitisch ausgerichteten Sympathien für Trump – die Fortsetzung antiamerikanischer Ressentiments in der Außenpolitik und die Übereinstimmung mit dem Appeasement der EU im Fall der Islamischen Republik Iran. Der Kern des Anti-amerikanismus von rechts wie von links ist allerdings der Hass auf die Globalisierung bzw. den Weltmarkt. Die Etablierung der US-Hegemonie erfolgte zwar im Zweiten Weltkrieg, erwies sich aber nur darum von Dauer,

mer isoliert von den Fragen geopolitischer Hegemonie betrachtet.¹⁰ So ist die Revidierung des einstmaligen Appeasements dank Churchills und Roosevelts Engagement, die – blickt man auf die damalige Entwicklung der Produktion in den USA – neue ökonomische Tatsachen schaffen konnte, in Horkheimers Rekurs auf den philosophischen Idealismus eingegangen. Doch dieser Rekurs, der es Horkheimer ermöglicht hat, von der Resistenzkraft des Rechts überhaupt zu sprechen, erfolgte und konnte nur erfolgen vor dem Hintergrund der finstersten Prophezeiungen der Kritischen Theorie über die mit jener Logik des Kapitals einhergehende weltweite Durchsetzung der Rackets gegenüber allen rechtsstaatlichen Mechanismen – auch denen der USA.

Gerade das Äußerste, das eine solche Entwicklung in Deutschland bereithielt, wurde vom Racketbegriff selbst allerdings ausgespart, insofern er nämlich die Selbsterhaltung – in Analogie zum kritisierten Vernunftbegriff der Aufklärung – schlechthin als das Gesetz des Rackets bestimmte: Es kenne „kein Erbarmen mit dem Leben außer ihm, einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“.¹¹ Er ließ sich mit dieser Bestimmung sowenig wie der Begriff der Aufklärung, der doch noch die Möglichkeit der Selbstkritik der Aufklärung voraussetzte, unmittelbar auf den „Gegensouverän“ (Manfred Dahlmann) und die Gegenvernunft des Nationalsozialismus anwenden. Wie sollte mit ihm der Vernichtungsdrang erfasst werden, von dem Adorno in den *Minima Moralia* schreibt, dass ihm, bleibt kein Ausweg, vollends gleichgültig werde, „worin er nie ganz fest unterschied: ob er gegen andere sich richtet oder gegen eigene Subjekt“;¹² wie die Tatsache, dass sich „unter den Massen“ in den hochindustriellen Ländern die Tendenz abzeichne, „anstatt rationale Interessen und allen voran das der Erhaltung des eigenen Lebens zu verfolgen, sich der Katastrophenpolitik zu überantworten“.¹³

Horkheimer begriff die faschistische Diktatur sogar als den Versuch, gerade die Kritik am Racket zu vereinnahmen, um die in Rackets zerfallende Gesellschaft als Volksgemeinschaft zur Einheit zu zwingen. Darin bestehe die Suggestion, dass der Nationalsozialismus „noch die wahre Kritik am Racket in seinen Dienst stellt [und eben jetzt sich anschickt, unter der Decke des Angriffs auf die geschwächten Rackets des Finanzkapitals die faschistische Diktatur der Industriemonopole als die Demokratie über die ganze Erde zu verbreiten]“.¹⁴ Die letzte Passage – hier in eckigen Klammern – hat Horkheimer oder auch Friedrich Pollock, wie die Herausgeber dokumentieren, wieder getilgt. Unsicherheit ist spürbar, wie die faschistischen Rackets von den anderen zu trennen wären: Ist in ihnen die Bewegungsform des Rackets negativ aufgehoben? Müssen sie gerade darum den „Kampf gegen das Recht, gegen alle Vermittlungen, die eigenes Leben gewannen“, bis zu Ende führen?

2. Die Rackets und der Wert, der sich nicht verwertet

Der Begriff des Rackets hat es nicht verdient, zum Gegenstand von Wortklauberei zu werden. Ob man nun Bande, *gang*, Clique oder etwas anderes an seine Stelle setzen mag, die Probleme der Bestimmung, die Max Horkheimer mit ihm als Gegenbegriff zur „Resistenzkraft des Rechts“ aufgeworfen hat, sind insofern dieselben, als es im Kern um die Frage geht, wie eine Einheit zwischen den wie auch immer benannten Gruppierungen sich herstellt, wenn sie selbst durch das Prinzip der Selbsterhaltung definiert werden. So finden sich diese Probleme besonders exponiert in Franz Neumanns Studie über den Nationalsozialismus, die unter dem Titel *Behemoth* 1942 zum ersten Mal erschien und wo von Racket explizit gar nicht gesprochen wird. Gerade an den Punkten jedoch, an denen Neumann über die Erkenntnisse von Ernst

Fraenkel zum *Doppelstaat* des Nationalsozialismus noch hinausgehen konnte, berührt sich das Buch über den nationalsozialistischen „Unstaat“ mit Horkheimers Projekt zum Racket, in das Neumann schließlich selbst auch einbezogen werden sollte.

Fraenkel war von einem Nebeneinander des „Normenstaats“ und des „Maßnahmenstaats“ im Dritten Reich ausgegangen: Jener kenne Rechtsvorschriften und sei grundsätzlich auf Berechenbarkeit angelegt, dieser hingegen orientiere sich ausschließlich an situationsbedingter und unmittelbarer politischer Zweckmäßigkeit im Sinne nationalsozialistischer Ziele. So wird erkennbar, dass der Doppelstaat aus einem Rechtsstaat hervorgeht, der seinerseits aber noch durch die Einheit von Normen- und Maßnahmenstaat gekennzeichnet ist. Vor dem Hintergrund von Carl Schmitts *Politischer Theologie*, wo es heißt, der Souverän stehe im Rechtsstaat außerhalb der normal geltenden Rechtsordnung und gehöre doch zu ihr, denn er sei zuständig für die Entscheidung, ob die Verfassung in toto suspendiert wird, kann Fraenkel darum das Dritte Reich dergestalt bestimmen, dass hier der „Ausnahmestand ... verewigt“ worden sei.¹⁵ Die Erfahrungen, die er bis 1938 machen musste, lassen ihn allerdings schon von einem „Vernichtungskrieg gegen die deutschen Juden“ sprechen¹⁶, und um das Wesen dieses Ausnahmestands zu benennen, zitiert er die Parole vom „totalen Feind“, die Schmitt kurz davor unmissverständlich erklärt hatte: Richtig und sinnvoll sei es allein, wenn „eine vorherbestehende, unabänderliche, echte und totale Feindschaft zu dem Gottesurteil eines totalen Krieges führt“.¹⁷ Fraenkel versucht zwar, diesen unbegreifbaren Zweck der politischen Zweckmäßigkeit nur als Beispiel für den Status einer Minderheit, eben der Juden, einzuordnen. Es ist aber gerade deren Lage, die seine begriffliche Konstruktion vom Doppelstaat als eines stabilen, gleichsam ausgeglichenen Herrschaftszustands am deutlichsten in

Frage stellt: Wie er schon in der ersten Fassung indirekt einräumt, hält der Normenstaat für die Juden gar keine Norm bereit¹⁸, er ist eben genau das, was Hermann Göring die „Rechtssicherheit auf der Grundlage der Volksgemeinschaft“ nannte.¹⁹

Neumann nun geht wie Fraenkel davon aus, dass es im Nationalsozialismus „ein Reich von Recht und Gesetz nicht gibt, obwohl Tausende von berechenbaren technischen Regeln vorhanden sind“. Anders als Fraenkel kommt er jedoch zu dem Resultat, dass von einem Staat gar nicht mehr gesprochen werden kann, soweit ein solcher „begrifflich durch die Einheit der von ihm ausgeübten politischen Gewalt definiert“ werde. „Viel eher handelt es sich um eine Bande, deren Anführer ständig gezwungen sind, sich nach Streitigkeiten wieder zu vertragen.“²⁰ Die verschiedenen Gruppen, die im Dritten Reich Macht ausüben, einigen „sich informell auf eine bestimmte Politik“. Sodann bringen sie diese Politik „mit den ihnen zur Verfügung stehenden Apparaten zur Durchführung“. Keine der ‚Institutionen‘ besitzt die Macht schlechthin, „jede ist nur in dem Maße mächtig, wie sie sich mit einer großen Zahl anderer Institutionen im Gleichklang befindet. Das gestattet dem Führer auch, eine Gruppe gegen eine andere auszuspielen.“²¹ Soweit Neumann in dieser „äußersten Formlosigkeit“²² aber keine Schwäche, sondern „eine Stärke des Systems“ erkennen kann, sieht er allerdings, dass „das ganze System die unaufhörliche aggressive Expansion notwendig bedingt“, ohne auszusprechen, dass damit im Grunde in dieser Expansion die Einheit zu suchen wäre. Die Mittel für sie können, so hält er jedenfalls fest, unmöglich durch Handel mit anderen Staaten auf dem Weltmarkt erworben werden, „das läßt sich nicht mehr durch rein ökonomischen Tausch bewerkstelligen, sondern nur noch mit Hilfe politischer Beherrschung, die jene Staaten in das deutsche Währungssystem eingliedert“.²³ Der von der nationalsozialistischen

weil sie als eine auf dem Weltmarkt gründende entworfen und realisiert wurde; weil der Dollar auf der Basis militärischer Überlegenheit (das heißt: mit oder ohne Goldbindung) zur hegemonialen Währung geworden ist, dem Verhältnis der anderen Währungen zueinander in bestimmter Hinsicht vorausgesetzt, ähnlich wie früher das Gold. So vermögen die USA sich in der eignen Währung zu verschulden, was es nicht zuletzt erleichtert, ihr militärisches Übergewicht gegenüber allen anderen Staaten und allen Staatenbündnissen zu behaupten. Ebenso ergibt sich daraus das Potential ihrer Zentralbank, die internationalen Finanzmärkte in der Krise mit Liquidität zu versorgen, wodurch die internationale Koordinierung der Finanzinstitutionen bisher gewährleistet werden konnte.

¹¹ Horkheimer: Die Rackets und der Geist (wie Anm. 2), S. 290.

¹² Theodor W. Adorno: *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben. Gesammelte Schriften. Bd. 4.* Frankfurt am Main 1997, S. 118.

¹³ Theodor W. Adorno: *Zum Verhältnis von Soziologie und Psychologie. Gesammelte Schriften. Bd. 8.* Frankfurt am Main 1997, S. 42. Im Anschluß an diese Überlegungen wäre der Freud'sche Begriff des Todestriebs auch im Zusammenhang des Rackets von wesentlicher Bedeutung. Siehe hierzu meinen Versuch: *Der Todestrieb im Racket. Warum die Kritik der postnazistischen Gesellschaft auf Freuds Spekulation über einen natürlichen Todestrieb nicht verzichten kann.* In: *Versorgerin* 116/2017.

¹⁴ Horkheimer: Die Rackets und der Geist (wie Anm. 2), S. 291.

¹⁵ Ernst Fraenkel: *Der Doppelstaat [1938/40]. Gesammelte Schriften. Bd. 2.* Hrsg. v. Ale-

xander v. Brünneck. Baden-Baden 1999, S. 195.

¹⁶ Ebd. S. 145.

¹⁷ Carl Schmitt: Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat [1937]. In: Ders.: Frieden oder Pazifismus. Arbeiten zum Völkerrecht und zur internationalen Politik. Hrsg. v. Günter Maschke. Berlin 2005, S. 485.

¹⁸ Fraenkel: Der Doppelstaat (wie Anm. 15), S. 339f.

¹⁹ Hermann Göring: Die Rechtssicherheit auf der Grundlage der Volksgemeinschaft, Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt 1935. Daran anknüpfend könnte hier auch der Unterschied zum wirklichen Doppelstaat der Sowjetunion genauer gefasst werden, bei dem der Maßnahmenstaat schließlich ganz gezielt in die Hände der Geheimdiensttrucks übergeht, dadurch aber bei aller Rivalität dieser Trucks eine gewisse Einheitlichkeit bewahrt.

²⁰ Franz Neumann: Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944. Hrsg. v. Gert Schäfer, Frankfurt am Main 1998, S. 541 u. 554.

²¹ Ebd. S. 542 u. 556.

²² Ebd. S. 554.

²³ Ebd. S. 543

²⁴ Ebd. S. 54325

²⁵ Ebd. S. 272f.

²⁶ Ebd. S. 506f.

Bewegung bewusst herbeigeführte Zerfall der einheitlichen politischen Gewalt treibt demnach gerade dazu an, nach außen hin mit politischer Gewalt vorzugehen und über den ökonomischen Tausch hinauszugehen. Ein solcher imperialistischer Expansionsdrang ist damit Gegenteil dessen, was hier in der Deutung von Horkheimers Geist-Begriff als Hegemonie bestimmt wurde.

Nationalsozialismus wäre somit nicht nur als Abschaffung des Rechtsstaats zu begreifen, sondern als ein Prozess, in dem seine Bedingung, die einheitliche souveräne Gewalt, sich auflöst. Demzufolge wäre eher von *gangs* – oder um Horkheimers Begriff zu verwenden: von „Rackets“ – zu sprechen, die sich jeweils neu arrangieren müssen. Der Nationalsozialismus besitzt insofern keinen einheitlichen Zwangsapparat mehr, er zerfällt in mehrere politische Gewalten, deren Beziehungen nicht institutionalisiert sind, sondern lediglich personal vollzogen werden. Diese personale Einnigung, die *ad hoc* herzustellen ist, kann nicht mehr als Einheit im Sinn eines Staatswesens, egal ob Demokratie oder Diktatur, gelten. „Nach einem über allen Gruppen stehenden Staat besteht kein Bedürfnis.“ Die Entscheidungen des Führers fungieren inhaltlich als bloßes Ergebnis der zwischen den Machtgruppen erzielten Kompromisse, soweit sie unbestimmt blieben, stellen sie dafür den formellen Spielraum zur Verfügung. Es sei „unmöglich, im Rahmen des nationalsozialistischen politischen Systems ein bestimmtes Organ auszumachen, bei dem das Monopol der politischen Macht läge.“²⁴ Der Nationalsozialismus müsse vielmehr als ein Unstaat, eine Anarchie und ein Chaos betrachtet werden.

Es gehörte zu Neumanns ursprünglicher Intention, die Auffassung vom Staatskapitalismus, die innerhalb des Instituts für Sozialforschung von Friedrich Pollock vertreten wurde, für den Nationalsozialismus zu widerlegen. Staatskapitalismus meine, so versucht Neumann die Pollock'sche

Theorie zuzuspitzen, „daß es in Deutschland keine Unternehmer mehr gibt, sondern nur noch Manager; daß es keine Gewerbe- und Vertragsfreiheit und keine Investitionsfreiheit mehr gibt; daß der Markt und mit ihm die Marktgesetze aufgehoben wurden. Preise sind deshalb administrierte Preise, Löhne nur noch administrierte Löhne. Folglich gilt das Wertgesetz nicht mehr. Werte sind ganz und gar Gebrauchswerte und nicht mehr Tauschwerte. Falls die Existenz von Klassen eingeräumt wird, sind sie doch nicht mehr das Resultat der Produktionsweise. Die Gewalt, der der Arbeiter unterworfen ist, ist keine ökonomische Gewalt. Seine Ausbeutung ist politisch bestimmt und nicht mehr das Resultat seiner Stellung im Produktionsprozeß. Die Aneignung seines Arbeitsprodukts ist ein politischer Akt, kein ökonomischer. Die neue Ökonomie ist daher eine Ökonomie ohne Ökonomie. Die Ökonomie ist zur Verwaltungstechnik geworden. Der homo oeconomicus ist tot. Das Profitmotiv ist vom Machtmotiv ersetzt worden. Gewalt, nicht das ökonomische Gesetz, ist die Haupttriebkraft dieser, von einer aus Industriemanagern, Parteibürokraten, hohen Beamten und Wehrmachtsoffizieren zusammengesetzten Elite beherrschten Gesellschaft.“²⁵ Während Neumann einerseits nachweisen wollte, dass all diese ursprünglichen Wesensmerkmale kapitalistischer Gesellschaft weiterhin existierten, musste er andererseits erkennen, dass sie zugleich nicht mehr existierten, insofern es keinen Souverän mehr gab und damit ihre entscheidende Voraussetzung fehlte. An dessen Stelle sieht Neumann Gruppen treten, die wie rivalisierende Gangs agieren. Auf allen Ebenen der Gesellschaft findet sich, was unvereinbar scheint, vereint: Der Nationalsozialismus „ist kapitalistisch und antikapitalistisch zugleich. Er ist autoritär und antiautoritär ... er ist für und gegen das Privateigentum.“²⁶ Zwar bleibe das Privateigentum an Produktionsmitteln – so es sich nicht in den Händen jüdischer Eigen-

tümer befindet – weitgehend unangetastet, aber das allgemeine Gesetz und der Vertrag verschwinden insofern, als sie durch willkürliche Maßnahmen der Bandenkollektive jederzeit ersetzt werden können.

Umgekehrt könnte aber dann auch gesagt werden, dass Pollocks Theorie vom Staatskapitalismus, soweit sie das von Neumann dargestellte Ineinander verdeckte, ihre eigenen Einsichten über die Aufhebung des Wertgesetzes nur nicht weit genug getrieben hatte. Die Frage jedenfalls der Einheit des Prozesses, die damit im Grunde aufgeworfen wurde, die Frage also, was an die Stelle des Souveräns tritt, wodurch eigentlich die Bandenführer nach ihren Streitigkeiten gezwungen sein sollen, sich wieder zu vertragen, blieb in der ganzen Diskussion unbeantwortet bzw. wurde nur beantwortet durch den Hinweis auf den imperialistischen Expansionsdrang, der dem Nationalsozialismus eigen ist – aber der fand sich streng genommen auch noch bei Neumann als Mittel zum Zweck der Selbsterhaltung betrachtet.

Bei Fraenkel stellte sich diese Frage noch nicht, da nach seinem Verständnis der Maßnahmenstaat im Zweifel ohnehin gegen den Normenstaat sich behaupten könne, und eben für diese Einschätzung diente ihm die Judenverfolgung im NS-Staat als Beispiel, dem er allerdings bereits besondere Signifikanz zu geben wusste. Neumann jedoch scheute sich, diese Verfolgung auch nur als Beispiel für die Art und Weise zu sehen, durch die Einheit sich herstellt im Dritten Reich.²⁷ Wie Horkheimer ging er davon aus, dass im Racket, das bei ihm *gang* heißt, die Selbsterhaltung das bestimmende Gesetz sei, das sich auch im Verhältnis der Gruppen zueinander durchsetze – und gerade darin die aggressive Expansion notwendig bedinge. Doch gerade die Unmöglichkeit, die Expansion zu vollenden, die durch die Erfolge der Alliierten manifest wurde, ließ unzweifelhaft hervortreten, dass die Selbsterhaltung nicht als das bestimmende Gesetz im Ver-

hältnis der Rackets zueinander begriffen werden kann (was schon angedeutet wird, wenn Horkheimer schreibt, dass eben die Rackets „kein Erbarmen“ mit dem Leben außerhalb der eigenen Struktur kennen). Ihre Einheit ist vielmehr in der Vernichtung eines „totalen Feinds“ zu sehen, zu deren Zweck auch die Expansion in die Tat umgesetzt worden war. Mit der Existenz eines solchen Feinds hatte Carl Schmitt im Nationalsozialismus den „totalen Krieg“ begründet²⁸ und damit jene „wirtschaftlichen, kulturellen oder religiösen Gegenkräfte“ in der Gestalt des Judentums ‚konkretisiert‘, die er schon 1932 als die „neue Substanz der politischen Einheit“ bezeichnet hatte.²⁹ (So gesehen erscheint es sogar als prinzipieller Mangel von Horkheimers Entwurf zum Racket, dass er die Kritik an Carl Schmitts Begriff des Politischen nicht ins Zentrum gerückt hat.)

Es ist vielleicht kein Zufall, dass Alfred Sohn-Rethel dem Problem am nächsten kam, wenn er aus eigenen Erfahrungen, die er als Hilfskraft beim Mitteleuropäischen Wirtschaftstag, einer Lobby-Organisation der wirtschaftlich führenden Sektoren der deutschen Exportindustrie, sammeln konnte, das Chaos der Entscheidungsprozesse im Dritten Reich beschrieb, um zugleich das Einheitsstiftende geltend zu machen, das sich durchsetzte. Er greift dabei weder den Begriff des Rackets auf, noch spielt der Antisemitismus in seiner Darstellung irgendeine wesentliche Rolle. Seine Überlegungen zum „Charakter der faschistischen Konjunktur“ und zu den „Entwicklungslinien der Außenpolitik“ schließen anders als Neumanns Studie – die Sohn-Rethel als Ausgangspunkt außerordentlich schätzte³⁰ – nicht von der Diagnose des Unstaats auf den Zwang zur Expansion. Vielmehr konfrontieren sie die Position Deutschlands auf dem zerfallenden Weltmarkt mit der krisenbedingten Unmöglichkeit, in diesem Land anders als durch absolute Mehrwertproduktion die Produktionskapazitäten auszulasten.

²⁷ Siehe hierzu Philipp Lenhard: *Blinder Fleck? Eine kurze Erwiderung auf Gerhard Scheit*. In: *sans phrase* 8/2016.

²⁸ Schmitt: *Totaler Feind, totaler Krieg, totaler Staat* (wie Anm. 17), S. 485.

²⁹ Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 7. Auflage, 5. Nachdruck der Ausgabe von 1963. Berlin 2002, S. 39.

³⁰ Alfred Sohn-Rethel: *Die deutsche Wirtschaftspolitik im Übergang zum Nazifaschismus. Analysen 1932-1948 und ergänzende Texte*. Schriften Bd. 2. Hrsg. v. Carl Freytag u. Oliver Schlaudt. Freiburg; Wien 2016, S. 229.

³¹ Besonders dramatisch in einem Brief vom 28.2.1938 an Adorno, der ihn um eine Einschätzung der aktuellen Lage gebeten hatte: „Die deutsche Wirtschaft sitzt wirklich auf der Tatsache des total gewordenen Mangels an Produktivreserven so hart auf, daß sie ohne Bruch mit den tragenden Motiven des Faschismus die Expansion nicht lange mehr verzögern darf. Nach der sicheren Information eines deutschen Großindustriellen ist Mitte Februar, also nach der politischen Krise und nach Berchtesgaden die Rüstungsrate um 30 % gekürzt worden, und die Arbeitskraftreserven sind so vollständig erschöpft, daß man 15jährige aus der Schule heraus in den Produktionsprozeß einstellt, teilweise vor ihrem Schulabschluß, um den für eine Mobilisierung nötigsten Nachwuchs in den Betrieben zu haben. In deutschen industriellen Kreisen scheint gradezu Kriegspanik zu herrschen. Es kommen in England Leute an, darunter jetzt ein bedeutender, obwohl nichtarischer Direktor der LG., die alles im Stich gelassen haben, um nur noch vor dem befürchteten Kriegsausbruch hinauszukommen; die Auswanderersperre ist auf 4,5 % gesunken. Auf Grund einer Anzahl neuer Informationen haben wir in diesen Tagen im Kreis politischer Freunde und im Beisein eines über die hiesige Lage unterrichteten Engländers die Lage durchgesprochen und sind zu einem sehr düsteren Bild gekommen. Meine Prophezeiung bei Ihrer Abreise hat sich schneller erfüllt, als wir für möglich gehalten hatten. Es hat keine drei Wochen, sondern drei Tage gedauert, bis der pro-faschistische Kurs sich in London durchgesetzt hat. Die Lage ist für Chamberlain dadurch charakterisiert, daß die Konservativen nun einer stark verschlechterten Wahlsituation gegenüberstehen und die Regierung das Auf-

So gelingt es ihm, den zeitlichen Zwang herauszuarbeiten, der in der Vorbereitung dieses Kriegs lag.³¹ Und hierin konnte Sohn-Rethel nicht nur auf die früheren Erfahrungen und neuere Informationen aus bestimmten Kreisen der Wirtschaftspolitik, sondern auch auf seine Analyse der Herrschaft im Dritten Reich aufbauen, die ihrerseits noch die Differenz zum New Deal-Regime in den USA zu erfassen wusste. An die Stelle des auseinanderbrechenden Weltmarkts sieht er die vom Nationalsozialismus ausgehende Kriegsgefahr treten, die allein noch „synchronisierend“ wirke. Sie datiert gewissermaßen vom Beginn der Weltwirtschaftskrise, und sie erst habe es auch der Roosevelt-Administration erlaubt, erfolgreich in eine „absolute, rein staatsinflationäre Investitionskonjunktur“ abzuspringen, um jene Produktionskapazitäten, die aus der Verwertung herausgefallen waren, wieder in Gang zu setzen und zu halten.

Etwas anders als Sohn-Rethel geht Harold James in einer neueren Publikation davon aus, dass man für das Ende der dreißiger Jahre noch immer von einem Weltmarkt sprechen könne, allerdings habe die Zahl der nach Sonderregeln funktionierenden Enklaven innerhalb dieses Weltmarkts deutlich zugenommen. Dabei nun bildeten Deutschland und seine Handelspartner die treibende Kraft: sie entwickelten Beziehungen, die die Handelsströme umlenkten und das Gesamtvolumen des Welthandels verringerten. James charakterisiert dabei – ähnlich wie damals Sohn-Rethel und Franz Neumann – die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus als „Wirrwar“ und registriert die starke Zunahme von Institutionen ohne klar definierte oder mit sich überschneidenden Kompetenzen. Er erwähnt insbesondere Hermann Görings Vierjahresplan, die Führung der Reichswehr und das Außenpolitische Amt der NSDAP. Doch beschreibt er zugleich die grundlegende Tendenz dieses Wirrwar: „Reichswirtschaftsminister Schacht manö-

vierte sich, indem er sich gegen eine überzogene Autarkiepolitik wandte und auf die hohen Kosten hinwies, die mit dem Aufbau inländischer Substitutionsindustrien verbunden wären, immer mehr ins Abseits. 1936-37 verlor er einen erbitterten Streit mit Göring über den Einsatz minderwertigen heimischen Eisenerzes bei der Stahlerzeugung. Aber in Deutschland bestand ein allgemeiner Konsens darüber, daß eine Neuausrichtung des Handels weg von Nordwesteuropa und Nordamerika wünschenswert wäre.“³² An deren Stelle traten Transaktionen mit weniger entwickelten Ländern, die nicht mehr auf der Basis von Weltmarktpreisen stattfanden, sondern auf der von Devisenbewirtschaftung und Clearingabkommen, wobei Deutschland sich bereit zeigte, Preise, die über den Weltmarktpreisen lagen, zu zahlen, nur um die Abhängigkeit bestimmter Länder herbeizuführen oder zu befördern.

Auch Roosevelt und sein Finanzminister Henry Morgenthau, sowie – im weitesten Sinn verstanden – deren Ideengeber John Maynard Keynes waren allerdings um 1933 der Autarkieoption gegenüber noch sehr aufgeschlossen, woran Charles P. Kindleberger erinnert hat. Während sein Außenminister Cordell Hull für eine Ausweitung des internationalen Handels eintrat, setzte Roosevelt ganz im Gegenteil auf Autarkie und ließ die Londoner Weltwirtschaftskonferenz mehr oder weniger platzen. Und als Keynes diese Botschaft des Präsidenten vom 3. Juli 1933 an die Weltwirtschaftskonferenz erfuhr, äußerte er: „President Roosevelt is magnificently right“.³³ Im *New Statesman* pulizierte er wenige Tage später den Artikel „National Self-Sufficiency“, der sich liest, als wollte er Fichtes *Geschlossenen Handelsstaat* den Engländern nahebringen: „I sympathise ... with those who would minimise, rather than with those who would maximise, economic entanglement between nations. Ideas, knowledge, art, hospitality, travel – these are the things which should of their

nature be international. But let goods be homespun whenever it is reasonably and conveniently possible; and, above all, let finance be primarily national."³⁴ In wenigen Jahren allerdings revidierte er ebenso wie die Roosevelt-Administration diese Einstellung: Im Frühjahr 1936 sei Keynes, wie Harry D. White berichtet,³⁵ bereits überzeugt gewesen, dass die Stabilisierung gerade durch die Zusammenarbeit der verschiedenen nationalen „Schatzämter“ möglich wäre. „Von hier bis zur Wiedereinsetzung eines freieren Handels und Kapitalverkehrs im 1946 veröffentlichten Artikel im *Economic Journal* war noch ein weiter Weg. Genausogut kann man aber sagen, dass seit 1933 ein weiter Weg zurückgelegt worden war.“³⁶ Solange er von der Autarkieoption geradezu fasziniert war, hatte Keynes nicht zufällig auch geglaubt, dass seine „Theorie der Produktion als Ganzes ... viel leichter den Verhältnissen eines totalen Staates angepasst werden“ könne als die „Theorie der Erzeugung und Verteilung einer gegebenen, unter Bedingungen des freien Wettbewerbes und großen Maßes von *laissez-faire* erstellten Produktion“ – so heißt es noch in seinem Vorwort zur 1936 erschienenen deutschen Ausgabe von *The General Theory of Employment, Interest and Money*.³⁷ Der weite Weg, den er daraufhin zurücklegte und an dessen Ende er für Großbritannien mit den Amerikanern über das Abkommen von Bretton Woods und den Aufbau internationaler Institutionen wie Weltbank und Währungsfond verhandelte, um die Wiederbelebung des Weltmarkts zu erreichen, kannte eine entscheidende Wende: Die beiden größten Exemplare des „totalen Staates“ in Europa, Italien und Deutschland, die Keynes eben noch geeignet schienen, die Reichweite seiner Theorie zu demonstrieren, bezeichnet er nun, nach dem Abessinien-Krieg und dem Angriff der Legion Condor im spanischen Bürgerkrieg als „brigand powers“, die eine Menge Geld darauf verwenden, „to persuade the rest of the world that they are the enemies of

the human race. It is having the desired result, not least in the United States. No one trusts or respects their word. ... These tactics are not characteristic of great statesman and conquerors. They appear to be morbid, pathological, diseased.“³⁸ Keynes unterzeichnete 1939 einen Aufruf gegen das Münchner Abkommen, empfahl den USA, die diplomatischen Beziehungen zu Deutschland abzubrechen, arbeitete Pläne aus, wie der Krieg zu finanzieren sei und wurde schließlich von Churchill in den Wirtschaftsberaterstab der Regierung berufen. Schließlich revidierte er 1940 von diesem Punkt aus seine *General Theory*, indem er nun jenes Vorwort zu ihrer deutschen Ausgabe gleichsam zu Ende dachte: „It is, it seems, politically impossible for a capitalistic democracy to organize expenditure on the scale necessary to make the grand experiments which would prove my case – except in war conditions.“³⁹

Was von Keynes' Entwicklung gesagt werden kann, gilt für die gesamte politische Entwicklung in England wie in den USA. Die Autarkieoption wurde durch die Option für den Krieg gegen Deutschland beseitigt (1933 hatte Roosevelt den Militärhaushalt noch um fast ein Drittel gekürzt, sodass die U. S. Army um 1940 von der Stärke der Wehrmacht um ein Vielfaches übertroffen wurde), so wie der Sieg der solchermaßen Alliierten in diesem Krieg die Wiederbelebung des Welthandels möglich erscheinen ließ. Doch selbst in der *Zeitschrift für Sozialforschung* hatte die Autarkieoption im Allgemeinen zunächst noch prononcierte Zustimmung gefunden, hier allerdings ausgerichtet auf die Möglichkeit, den Sozialismus in einem Land zu errichten.⁴⁰ Auch hier gab es demnach einen weiten Weg zurückzulegen bis zu Horkheimers Racketnotizen und die hegelianische Sicht auf den US-Hegemon und die von ihm ermöglichte Rechtsstaatlichkeit. Die Analysen, die Sohn-Rethel ab 1937 im englischen Exil niederschrieb – „verfaßt auf Veranlassung von Mr. Wichham Steed

kommen desaströser Skandale aus einigen Ressorts zu befürchten hat, überdies aber erstmals unter alleiniger konservativer Verantwortung das Land in eine wachsende Wirtschaftskrise hineinregiert. All das schreit nach einem Ausgleich durch plakatiere Erfolge, die man in der Rettung des Friedens durch Freundschaft mit den Diktaturen sucht. Dem leistet die kontinentale Situation allen wünschbaren Vorschub. Hitler braucht in kürzester Frist, ich schätze in längstens drei bis vier Monaten, die CSR, das entwickeltste und wertvollste Objekt der fälligen Expansion. Für den Augenblick kommt er wie Mussolini dem Bedürfnis Chamberlains nach seiner freundlichen Miene entgegen, aber wenn sich das nicht bald bezahlt macht, muß er sich gewaltsam nehmen, worauf er nicht länger warten kann, Österreich, die CSR, Ungarn etc.“ (Theodor W. Adorno; Alfred Sohn-Rethel: Briefwechsel 1938-1969. Hg. v. Christoph Gödde. München 1991, S. 81.)

³² Harold James: *Der Rückfall. Die neue Weltwirtschaftskrise*. München; Zürich 2005, S. 241.

³³ *The Daily Mail*, 4.7.1933; in: John Maynard Keynes: *The Collected Writings*. Hrsg. v. Austin Robinson u. Donald Moggridge. Bd. 21. Cambridge u. a. 2014. S. 273

³⁴ National Self-Sufficiency. In: *The New Statesman and Nation*, 8. u. 15.7.1933; John Maynard Keynes: *The Collected Writings*. Bd. 21. Cambridge u. a. 2014. S. 236. Nicht zufällig war Roosevelts Regierungsarbeit noch in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre von deutscher Seite als eine „vom Gedanken der Volksgemeinschaft beseelte“ betrachtet worden (Völkischer Beobachter, 7.6.1933; zit. n. Hans-Jürgen Schröder: *Die amerikanische Exekutive in der Weltwirtschaftskrise: Roosevelts New Deal aus nationalsozialistischer*

Sicht. In: Raimund Borgmeier; Bernhard Reitz. Zweihundert Jahre amerikanische Verfassung. Heidelberg 1988, S. 68); der neue Präsident habe mit den „überholten Idolen“ der amerikanischen Politik „endgültig gebrochen“ (Völkischer Beobachter, 23.3.1934; zit. n. Schröder: Die amerikanische Exekutive, S. 69). Hitler gratulierte dem amerikanischen Präsidenten im März 1934 quasi persönlich zu einem Jahr erfolgreicher Arbeit bei der Beseitigung der wirtschaftlichen Notlage. Der erfolgreiche Kampf des Präsidenten werde „vom gesamten deutschen Volk mit Interesse und Bewunderung“ verfolgt. Der „Herr Reichskanzler“ stimme mit dem „Herrn Präsidenten“ darin überein, dass „die Tugend der Pflicht, der Opferbereitschaft und der Disziplin das ganze Volk beherrschen“ müsse; diese sittlichen Forderungen, die der Präsident an jeden einzelnen Bürger der Vereinigten Staaten stelle, seien auch die Quintessenz der deutschen Staatsverfassung, die ihren Ausdruck finde in dem Wahlspruch „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ (zit. n. Schröder: Die amerikanische Exekutive, S. 69). Erst ab 1936 wandelte sich das nationalsozialistische Bild der US-Wirtschaft, und 1940 hieß es etwa rückblickend, es habe in Amerika an „Konsequenz“ gefehlt; alle Versuche, die „Stellung der Kapitalgesellschaften“ auf dem „Wege der Verordnung oder des Gesetzes zu brechen“, seien gescheitert (Das Reich, 26.5.1940; zit. n. Schröder: Die amerikanische Exekutive, S. 77).

³⁵ John Morton Blum: From the Morgenthau Diaries. Bd. 1. Boston 1959, S. 139f. Zit. n. Charles P. Kindleberger: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939 [1971]. München 2010, S. 330.

³⁶ Charles P. Kindleberger: Die Weltwirtschaftskrise 1929-1939 [1971]. München 2010,

[...] Chefredakteur der Times und engen Freund und Verbündeten Winston Churchills⁴¹ –, zielten parallel dazu bereits früh auf den Unterschied, der zwischen der Entwicklung in den USA und in Deutschland bestand und den Friedrich Pollock in einer eher typologischen Gegenüberstellung von demokratisch geplante und totalitärem Staatskapitalismus zu fassen suchte. Anders als Horkheimer und Pollock argumentiert Sohn-Rethel aber, wie angedeutet, vom Weltmarkt aus bzw. von dessen Zerfall: Weder die Entwicklung in den USA noch die in Deutschland vollziehe sich noch auf der Basis des internationalen, auf Handelsfreiheit beruhenden Geld- und Kapitalverkehrs, „sondern nach den Maßen der zersprungenen Währungsdecke“. Dabei haben sich jedoch die „Prosperitäten“ in den USA und in Deutschland bzw. Europa „getrennt und nach sehr verschiedenen Methoden der Finanzierung entwickelt“⁴². Im Dritten Reich wurde das fehlende Kapital durch eine staatliche „Zwangsfiktion“ ersetzt, und man ging durch Preis- und Lohndiktat, Arbeitsdienst und Zwangsarbeit tendenziell zur „absoluten Mehrwertproduktion“ jenseits von Vertragsverhältnissen über, bei der das Wachstum aus bloß wachsender Arbeitszeit resultiert. In den USA hingegen reagierte man auf die reale Kriegsgefahr, die solchermaßen von Deutschland ausging, durch Aufträge, welche die „relative Mehrwertproduktion“ befeuerten, also nach Marx die genuin kapitalistische Form, die auf Produktivitätssteigerung zielt. Der *war effort*, der erwünschte Sieg über Deutschland konnte hier geradezu als Voraussetzung begriffen werden, solchermaßen auch die Vertragsverhältnisse der Mehrwertproduktion zu garantieren. Denn die Finanzgruppen der USA „verdanken ihre tatsächliche Übermacht ihrer Spitzenstellung in der relativen Mehrwertproduktion, bleiben insofern aber auch an die politische Demokratie als ihrer Herrschaftsform gebunden“. Der deutsche Faschismus sei demgegenüber

„gebrochener Kapitalismus, geradezu die Bruchform des Kapitalismus“, er gehe von den „schwersten Fehlerstellen“ des Weltkapitalismus aus, „von den über die Grenzen der Ertragsfähigkeit hinaus entwickelten Großindustrien“, und setze die kapitalistische Produktion „nach der Logik ihrer Fehler, ihrer Negation, in Gang dadurch, daß er die kapitalistische Ertragsbildung von den Bedingungen der ökonomischen Wertbildung und vom Gleichgewichtsgesetz loslöst“⁴³.

Damit gelang es Sohn-Rethel, ohne dass er darauf explizit eingegangen wäre, die Grenzen beider Positionen in jener Kontroverse am Institut für Sozialforschung zu überschreiten, die darin bestanden, den Nationalsozialismus entweder unter dem Gesichtspunkt fortgesetzter kapitalistischer Verwertung oder unter dem ihrer neuartigen staatskapitalistischen Aufhebung zu sehen – wobei in beiden Fällen zunächst noch immer die „internationale Solidarität der Kapitalistenklasse“ als oberste Einheit betrachtet worden war, die trotz der überall sichtbaren Tendenz zur Aufrüstung einen Weltkrieg als Ding der Unmöglichkeit erscheinen hatte lassen.⁴⁴ Allerdings näherte sich Neumann dem Staatskapitalismusbegriff Pollocks insofern an, als er – wohl unabhängig von Sohn-Rethel und ausgehend von seiner Diagnose des Unstaats – seine eigenen Formulierungen für die Bruchform des Kapitalismus in Deutschland fand, indem er wie gesagt festhielt, der Nationalsozialismus sei kapitalistisch und antikapitalistisch zugleich. Dadurch war er wiederum imstande, in den Autarkiebestrebungen der deutschen Expansionspolitik den Zerfall der Weltmarktbeziehungen wahrzunehmen, die er zuvor noch weitgehend ignoriert hatte, weil auch er von der weltweiten Solidarität der Kapitalistenklasse ausgegangen war.

Dass der innere Markt anders organisiert, die Preise anders reguliert werden, wenn die absolute Mehrwertproduktion selbst dazu übergeht, die Bedingungen der

Wertbildung zu beseitigen, zeigt sich nicht zuletzt am Bankensystem. In Deutschland schufen die Nationalsozialisten ein Aufsichtsamt fürs Kreditwesen (zusammengesetzt aus dem Präsidenten und Vizepräsidenten des Reichsbankdirektoriums, einem von Hitler ernannten Mitglied und den Staatssekretären diverser Ministerien), das in Gestalt des „Reichskreditkommissars“ die Investitionen kontrollierte. Aus der autonomen Institution der Reichsbank, der Aktionäre und Direktorium vorgestanden hatten, wurde eine Verwaltungsbehörde der Reichsregierung, die durch Schließung des freien Kapitalmarkts die Banken dazu bringen konnte, in erster Linie in Staatsanleihen zu investieren, was sie ohne Zögern wegen ihrer hohen Liquidität taten. Unter Bedingungen liberaler Demokratie können die Banken selbst den Kreditapparat kontrollieren und haben die Chance, den politischen Apparat gleichsam in die Zange zu nehmen – darin besteht eben die sogenannte Unabhängigkeit der Zentralbank. Unter den Auspizien nationalsozialistischer Herrschaft ist dies nicht denkbar, wie auch Neumann ausgeführt hat: Banken, Versicherungen und Sparkassen waren einerseits weiterhin in der Lage zu investieren, wo es ihnen gefiel, doch sie hatten andererseits nicht mehr die Möglichkeit, damit Druck auf den Staatsapparat auszuüben. Die Zentralbank konnte nicht mehr das politische System sabotieren. Diese Suprematie des Politischen bedeutet also nicht, „daß der Investitionsfluß geplant sei. Tatsächlich ist es unmöglich zu sagen, in Deutschland existiere eine Investitionsplanung. Ein zu großer Sektor, die Selbstfinanzierung, entzieht sich vollständig der Lenkung. Ebenso wenig bedeutet die staatliche Souveränität über das Kreditsystem, daß die Kontrolle um allgemeiner Interessen willen ausgeübt würde. Und sie bedeutet auch nicht, daß sich die Banken der Kreditkontrolle entgegenstellen. Für den Bankier besteht keinerlei Notwendigkeit mehr, gegen eine Regierung in den Streik zu treten, weil die

kurzfristigen Interessen von Banken und Regierung nahezu identisch wurden. Das Regime erfüllt ihre Erwartungen.“⁴⁵ Die Finanzgruppen verhielten sich zueinander wie alle anderen Gruppen im Nationalsozialismus: sie agierten ihrerseits wie Banden, die jenseits der Vertragsverhältnisse aufs Heftigste um Vorteile rivalisieren, aber nach dem Streit um die Beute stets sich wieder vertragen müssen, um gemeinsam auf weitere Beutezüge zu gehen. Dass diese Züge keine Grenzen kannten, darin lag der in der Propaganda breitgetretene Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staats.⁴⁶ Die kleinen und großen Bandenführer der Volkswirtschaft konnten nicht stolz genug darauf sein, dass hier „aus der Notwendigkeit des Bedürfnisses nach einer innerlich gefestigten Währung heraus [...] zum ersten Male eine Währung geschaffen“ werde, „die nicht auf einem Edelmetall basiert ist“, so schreibt einer jener nationalsozialistischen Keynesianer – Keynes selber hatte das Gold das „barbarische Metall“ genannt – und verschweigt am Ende auch nicht, worauf diese Währung allein beruhen kann: „Die wiederholten Versuche Deutschlands zur Bereinigung des Schuldenproblems [...] mußten angesichts der volkswirtschaftlichen Unvernunft der Politiker der besitzenden Länder ergebnislos bleiben [...] Die gegenwärtige bewaffnete Auseinandersetzung berechtigt zu der Hoffnung, daß neben der Klärung der politischen Atmosphäre auch eine Lösung aller vorliegenden Währungsfragen erreicht werden wird.“⁴⁷

Die Parole von der „Diktatur des Finanzkapitals“, die der Linken dazu einfiel, ist wie geschaffen, nicht nur diese Vorgänge, sondern auch deren entscheidende Voraussetzung vollständig zu verdecken – eine Voraussetzung, die selbst bei Neumann, Pollock und Sohn-Rethel nicht offen ausgesprochen wird, aber in den ungelösten Problemen ihrer Erklärungsversuche, in den Fragen, die ihre Einsichten offenließen, indirekt zum Ausdruck gelangen

S. 330.

³⁷ John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Übersetzt von Fritz Waeger [1936]. Berlin 2009, S. XIII.

³⁸ British Foreign Policy. In: *The New Statesman and Nation*, 10.7.1937; John Maynard Keynes: *The Collected Writings*. Bd. 28. Cambridge u. a. 2013, S. 64.

³⁹ The United States and the Keynes Plan. In: *The New Republic*, 29.7.1940; John Maynard Keynes: *The Collected Writings*. Bd. 22. Cambridge u. a. 2013, S. 149.

⁴⁰ Siehe hierzu den Artikel von Kurt Baumann: Autarkie und Planwirtschaft. In: *Zeitschrift für Sozialforschung* 2/1933, S. 79-103. Kurt Baumann ist ein Pseudonym von Kurt Mandelbaum. Auch Keynes stand in seiner Autarkiephase dem „particular experiment“ in Russland mindestens so aufgeschlossen gegenüber wie den „new modes of political economy“ in Italien und Deutschland, siehe Keynes: *National Self-Sufficiency* (wie Anm. 34), S. 239.

⁴¹ Sohn-Rethel: *Die deutsche Wirtschaftspolitik* (wie Anm. 30), S. 219.

⁴² Ebd. S. 315.

⁴³ Ebd. S. 327.

⁴⁴ Daran erinnert Franz Neumann in seinem Brief an Max Horkheimer vom 23.7.1941. Max Horkheimer: *Briefwechsel 1941-1948*. Gesammelte Schriften. Bd. 17. Frankfurt am Main 1996, S. 107.

⁴⁵ Neumann: *Behemoth* (wie Anm. 20), S. 382.

⁴⁶ „Entsprechend dem Totalitätsanspruch des nationalsozialistischen Staates hat sich in Deutschland der Staat das alleinige und ausschließliche Aufsichtsrecht über die Notenbanken vorbehalten, während in den parlamentarisch regierten Ver. [sic!] Staaten und in England der privatwirtschaftliche Charakter der Notenbanken mehr hervortritt.“ Joachim

Herrmann: Das Notenbankwesen in Deutschland, England und den USA. Drebkau 1940, S. 49.

⁴⁷ Ebd. S. 122.

⁴⁸ Sohn-Rethel: Die deutsche Wirtschaftspolitik (wie Anm. 30), S. 285f.

⁴⁹ Sohn-Rethel versucht in seinen Analysen des deutschen Faschismus der Ökonomie weiterhin den Primat zuzugestehen, aber das gelingt ihm lediglich, indem er innerhalb der Ökonomie bestimmte Fraktionen des Kapitals heraushebt, die ihre eigenen ‚ökonomischen‘ Interessen gegenüber den anderen Fraktionen durchsetzen und deren besondere Stellung wiederum aus der besonderen Struktur der Produktionsverhältnisse in Deutschland abzuleiten sind. Doch diese Rettung des marxistischen Basis-Überbau-Schemas wirkt gerade bei ihm nur solange glaubhaft, als ausgeblendet wird, dass die Fraktionen des Kapitals, wenn sie zur absoluten Mehrwertproduktion übergehen, sich nicht mehr als Marktteilnehmer sondern als politische Rackets zueinander verhalten.

⁵⁰ Er berichtet, dass Neumann, als er ihm 1950 sein Thema nannte, „sicherlich nicht begeistert“ gewesen sei, und er versuchte ihn sogar zu warnen: „Das ist ihr Begräbnis!“ Dennoch unterstützte er ihn sofort (Raul Hilberg; Alfons Söllner: Das Schweigen zum Sprechen bringen. Ein Gespräch über Franz Neumann und die Entwicklung der Holocaust-Forschung. In: Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Hrsg. v. Dan Diner. Frankfurt am Main 1988, S. 179).

konnte. So kommt es darauf an, gerade diese Versuche und Einsichten der rationalisierenden Tendenz zu entziehen, wie sie jene Rede von der Diktatur des Finanzkapitals förmlich auf die Spitze treibt. Wer den Nationalsozialismus in welcher Weise auch immer als Mittel zum Zweck der Akkumulation und Selbsterhaltung auffasst, hat ihn schon verfehlt – und verharmlost. Jene kurzfristigen Interessen der einzelnen Machtgruppierungen, von denen Neumann spricht, konnten identisch nur sein, weil das langfristige des Vernichtungskriegs feststand, das die Volksgemeinschaft selbst verkörperte – im wörtlichen Sinn: verkörperte und nicht, wie etwa Neumann zunächst glaubte, bloß in der Propaganda.

Es kann zwar mit Sohn-Rethel für Deutschland weiterhin von „Wert- und Profitbildung“ gesprochen werden, aber dies nur insofern, als sie „einem fiktiven, nämlich auf den Gewinn des künftigen Krieges gezogenen Wechsel“ gleichkomme.⁴⁸ Dieser Wechsel lag der Liquidität zu Grunde, die von der Reichsbank in den Kreditmarkt gepumpt wurde, um die „absolute Mehrwertproduktion“ zu finanzieren, allerdings in solchem Ausmaß, dass er allein durch unmittelbare Aneignung, durch bloßes ‚Beutemachen‘ einlösbar schien – also nicht durch Mehrwertrealisierung und durch Aneignung auf der Grundlage von Vertragsverhältnissen bzw. mit dem Ziel, sie auch anderswo durchzusetzen und damit den Weltmarkt wiederherzustellen.

Der damit in Aussicht genommene Krieg, auf den der Wechsel gezogen wurde, war allerdings keineswegs Mittel zum Zweck der Einlösung des Wechsels, sondern mit dem Wechsel zusammen nur das Mittel zu einem anderen Zweck. Nun lässt sich aber kapitalistische Verwertung, für welchen Zweck auch immer, zum bloßen Mittel nicht machen, – es sei denn, um eben sie selbst als Zweck wieder durchzusetzen, worin die ökonomische Bestimmung von Hegemonie im westli-

chen Sinn zu sehen wäre. Darum erweist sich noch die Vorstellung, jenen Wechsel durch Beutemachen einlösen zu können, als Schein und bloßer Vorwand, so wie das Beutemachen auf der geopolitischen Basis von Großräumen bereits die Logik, die dem Ausstellen und Einlösen des Wechsels zu Grunde liegt, außer Kraft setzt. Wenn Sohn-Rethel also von einem fiktiven Wechsel spricht, so wäre das Fiktive – auch gegen seine eigene Intention gerichtet – eben nicht mehr im Sinne des Marx’schen Begriffs vom „fiktiven Kapital“ zu verstehen. Die ‚Fiktion‘ bestand in reinem, freilich nicht klinischem Wahn, der bereits im antisemitischen ‚Begriff‘ für den Weltmarkt unmissverständlich hervortritt: ‚internationales Finanzjudentum‘. In seinem Bann wird die Einlösung des Wechsels zur Erlösung durch Vernichtung: Vernichtung eines „totalen Feindes“, den dieser Wahn in den Juden verkörpert sieht. Nach dessen eigener Logik können sie so wenig als ein Feind unter anderen Feinden gelten wie der Weltmarkt als ein Markt unter anderen Märkten.

Damit kippte der Primat der Ökonomie, an dem Neumann und Sohn-Rethel trotz allem festgehalten hatten⁴⁹, und der schließlich auch Horkheimers Bestimmung des Rackets durch das Selbsterhaltungsprinzip zu Grunde lag.

3. Die Rackets und die Vernichtung der Juden

Es war ein Schüler von Franz Neumann, der die erste und wichtigste Studie über die Vernichtung der europäischen Juden schrieb. Raul Hilberg übernahm von seinem Lehrer, so sieht er es selbst rückblickend⁵⁰, die Vorstellung vom Nationalsozialismus als „non-state“, in dem die „Herrschaftseliten“ nicht auf einer „einheitlichen, rationalen Grundlage operierten, wie wir sie mit einem Gesetzgeber oder einer Verfassung verbinden“.⁵¹ Zu-

gleich dreht er jedoch den Blickwinkel um: Er sieht alle Vorgänge von den „deutschen Vernichtungsanstrengungen“ aus, die er wiederum voraussetzen weiß, und deduziert aus diesen Anstrengungen selbst die Aufspaltung der Gesellschaft in sich jeweils verselbständigende Gruppierungen als eine Notwendigkeit: Als dieser Prozess der Vernichtung fortschritt, wurden seine Erfordernisse komplexer, bedurfte es zu seiner Abwicklung einer ständig wachsenden Zahl von Behörden, Parteiämtern, Wirtschaftsunternehmen und Militärstellen. Die Vernichtung der Juden, schreibt Hilberg, „war ein totaler Prozeß“; die Maschinerie, die dazu nötig war, könne „nicht grundlegend vom deutschen Gesellschaftsgefüge insgesamt“ unterschieden werden.⁵²

Hilbergs Darstellung verdeutlicht für die zureichende Bestimmung des Racketbegriffs vor allem Eines: Es verhält sich keineswegs so, dass die Vernichtung der Juden das Instrument der Rackets wäre, um – in Ermangelung einer einheitlichen Staatsgewalt – die Einheit in ihrer Rivalität zu garantieren. Auf diese Weise verstanden würde das Racket wieder nur unter dem Gesichtspunkt der Selbsterhaltung bzw. unter dem Primat der Ökonomie betrachtet. Vielmehr verschafft sich hier der Primat der Vernichtung Geltung, der sich auch noch gegenüber der Selbsterhaltung durchsetzt. Einheit und Vernichtung sind in diesem Fall ein und dasselbe, es gibt keine Mittel-Zweck-Relation, wie Neumann sie noch im Hinblick auf den Antisemitismus als Propaganda festhalten wollte. Eben das kennzeichnet den Vernichtungswahn, dem alles zum Mittel wird, so wie schon der Verschwörungstheorie jedes empirische Detail zum Argument dient. (Anders verhält es sich aber, wenn eine einheitliche Staatsgewalt noch existiert, im gewöhnlichen Nationalstaat sozusagen, wo der Antisemitismus oftmals als ein bevorzugtes Mittel figuriert, die Einheit des Staats insbesondere in der Krise zu bewahren – freilich ein Mittel, das jederzeit die Tendenz

in sich trägt, sich zu verselbständigen zum Zweck schlechthin, so wie jeder Staat die Tendenz in sich trägt, in Rackets zu zerfallen.) Die Gegenüberstellung mit Hilbergs Analysen erfordert es in dieser Hinsicht, die Auflösung des Gewaltmonopols, wie Neumann sie am Nationalsozialismus diagnostizierte, die Formulierung selbst des „non-state“, auch wieder zu modifizieren: Gewann doch eine Organisation wie die SS in diesem Gefüge empirisch bzw. historisch betrachtet eine Art Monopolstellung, wenn auch nicht das Gewaltmonopol selbst, gerade weil sie einerseits die Schutzstaffel des Führers war, der es verkörperte, andererseits die Schlüsselpositionen am Ende fast aller Prozesse jener Vernichtungsmaschinerie besetzte und – nicht zuletzt – die wichtigste Waffe gegen jüdische Widerstandsorganisationen bildete.

Neumann hatte im *Behemoth* noch auf den Widerstand aus der deutschen Bevölkerung gehofft. Er hatte darauf gezählt, dass sich die Klassenstruktur nicht im Racket vollständig aufgelöst habe. Er sprach ungebrochen von der „Herrschaft über die unterdrückten Klassen“, nur wurde sie in seiner Sicht nicht länger vom Souverän und vom Kapital, sondern von den verschiedenen Machtzentren gleichzeitig ausgeübt (er spricht konkret von Partei, Staatsbürokratie, Wehrmacht und Industrie), die er aber wiederum als „vier Flügel der herrschenden Klasse“⁵³ begriff. Darum konnte er oder besser: darin wollte er die elementare Bedeutung des antisemitischen Wahns nicht wirklich zur Kenntnis nehmen. Nur so war er imstande, dem Racketbegriff – anders als Horkheimer – etwas Positives abzugewinnen: Wie Kirchheimer registriert er, dass durch ihn die Wirkmächtigkeit der ideologischen „Rechtfertigungssysteme“ aufgehoben wird, und meinte in eben diesem Zusammenhang, Horkheimer habe das Verschwinden der Ideologien sehr gut beschrieben. „But apparently only in its negative aspects! The fading of theory which has not been able to keep

⁵¹ Ebd. S. 176.52

Raul Hilberg: Die Vernichtung der europäischen Juden. Frankfurt am Main 1990, S. 1062.

⁵³ Neumann: *Behemoth* (wie Anm. 20), S. 542.

⁵⁴ Franz Neumann: Brief an Max Horkheimer, 30.9.1943; Horkheimer: Briefwechsel 1941-1948, Gesammelte Schriften Bd.17 (wie Anm. 34), S. 483.

⁵⁵ So schreibt er in demselben Brief an Horkheimer: „The very fact that the economy is exploitive makes it impossible to let the masses of the workers participate in the racket.“ (Ebd.) Leider ließ sich Horkheimer dadurch zu einer Änderung in seinem Text über die Soziologie der Klassenverhältnisse verleiten und fügte eine Passage ein, die dem Racketbegriff einiges von seiner Radikalität nahm: „Der Unterschied zwischen dem Racket im Kapital und dem in der Arbeit liegt in der Tatsache, daß beim kapitalistischen Racket die gesamte Klasse profitiert, während das Racket der Arbeit als Monopol nur für ihre Führer und für die Arbeiteraristokratie fungiert. Die arbeitenden Massen sind die Objekte beider Formen; sie müssen das ganze nur bezahlen.“ (Max Horkheimer: Zur Soziologie der Klassenverhältnisse. Gesammelte Schriften. Bd. 12. Frankfurt am Main 1985, S. 101f.) Zu Recht hat Leo Löwenthal hier angedeutet, dass es eine Gemeinsamkeit mit Pollocks Staatskapitalismus-begriff gab, soweit Neumann trotz seiner grundstürzenden Erkenntnisse über den Zerfall des Gewaltmonopols weiterhin ökonomistisch argumentierte und den „Nationalsozialismus bloß als eine Fortsetzung großkapitalistischer ökonomischer Strategien“ interpretierte, siehe Löwenthal: Mitmachen (wie Anm. 7), S. 105.

⁵⁶ Brief an Max Horkheimer, 5.8.1940. Theodor W. Adorno; Max Horkheimer: Briefwechsel. Bd. 2. Hrsg. v. Christoph Gödde u. Henri Lonitz. Frankfurt am Main 2004, S. 84.

⁵⁷ Hilberg: Die Vernichtung (wie Anm. 52), S. 15.

⁵⁸ Ebd. S. 1061.

⁵⁹ Max Horkheimer: Macht

up with developments is also an eminently healthy sign. It is a very ambivalent process. Cynism may lead to Fascism + the acceptance of power wherever it resides. But it is also a precondition for a renaissance ‚an Haupt und Gliedern‘.“⁵⁴ Dieser Optimismus kommt davon, dass er die Herrschaft der Rackets als eine Art Klassenherrschaft ohne Ideologie versteht, die darum den ausgebeuteten Klassen jederzeit durchsichtig erscheinen müsste und dadurch neue Voraussetzungen für revolutionäres Handeln bedeute.⁵⁵ Es scheint hier eine Art Verdrängung vorzuliegen eben jener Empfindung, die Adorno in dem Brief an Horkheimer vom August 1940 zur Sprache brachte. Es komme ihm vor, „als wäre das, was wir unterm Aspekt des Proletariats zu sehen gewohnt waren, heute in furchtbarer Konzentration auf die Juden übergegangen. Ich frage mich, ob wir nicht [...] die Dinge, die wir eigentlich sagen wollen, im Zusammenhang mit den Juden sagen sollten, die den Gegenpunkt zur Konzentration der Macht darstellen“.⁵⁶ Diese Intuition ist es wohl letztlich, der sich Horkheimers Racketbegriff verdankt, auch wenn bei ihm wie selbst bei Adorno immer wieder auch dieselbe Schranke hervortreten sollte wie bei Neumann: Die Auffassung vom Klassenkampf, die Erlöserrolle, die dem Proletariat zugeschrieben wurde, konnte verhindern, durch den Racketbegriff hindurch jene Konzentration der Macht eben genau darin zu erkennen, dass sich jener Gegenpunkt im Judentum gesetzt findet.

Für Raul Hilberg war umgekehrt nach dem, was geschehen konnte, ein gesellschaftliches „Gefüge“ offenbar überhaupt nicht mehr denkbar, dessen Bestimmung darin liegen würde, dem Vernichtungsprozess sich zu widersetzen. So verdrängte Hilberg auch den jüdischen Widerstand, als könnte, ihn zu beachten, ein Gegenargument dafür sein, dass jener Prozess nur als totaler zu begreifen ist. Es gibt nichts außerhalb der Totalität: Über die deutschen Vernichtungsanstrengungen ließ sich ei-

nerseits sagen, dass sie die historische Entwicklung des Antisemitismus vollendeten⁵⁷; andererseits, dass sie „keine bornierte Strategie zur Erreichung irgendeines Ziels“ bildeten, sondern ein „sich selbst genügender Prozeß waren, ein als Erlebnis erfahrener Vorgang“.⁵⁸ Damit hält Hilberg fest, dass der, der vernichtet werden sollte, ihn anders erlebte, so er ihn überhaupt überlebte. In dieser Trennung allein liegt noch die Möglichkeit, Totalität darzustellen, ohne selbst in ihr aufzugehen.

4. Die Rackets und der ‚Jude unter den Staaten‘

Max Horkheimer schrieb 1962, in Afrika feiere nun „der Islam Erfolge. Er ist der neuen Gesinnung leichter anzupassen als das Evangelium der Feindesliebe. Dem Gottesbegriff des Propheten haben Kriegszüge, gewaltsame Bekehrung, Ausrottung der Feinde, niemals widersprochen. [...] Zur nationalen Macht besitzt der Islam besondere Affinität.“⁵⁹ Es gehört dabei zur postnazistischen Wiedergeburt all dessen, was Horkheimer einmal als die schlimmsten Konsequenzen des Rackets erfassen wollte, dass im selben Maß, in dem sich die besondere Affinität des Islam zur nationalen Macht zeigt, auch die zu deren Auflösung hervortritt. Im Unterschied zum Djihadismus hatte der Nationalsozialismus allerdings noch eine spezielle politische Religion der Racketherrschaft hervorzubringen, und dieser Unterschied erschließt sich erst in den Begriffen der Ökonomie- und Staatskritik.

Gerade die Islamische Republik Iran, die sich als mächtigstes Zentrum des Djihadismus herausgebildet hat, lässt vor dem Hintergrund von Neumanns *Bebe-moth* eine ähnliche Dynamik wie der nationalsozialistische Unstaat erkennen, wenn etwa das Verhältnis von Revolutionswächtern (auch Revolutionsgarden oder Pasdaran genannt) und ‚regulärem‘ Militär ins

Auge gefasst wird. Bei allen sofort sichtbaren Unterschieden, was die ideologischen Aspekte und organisatorischen Strukturen betrifft (die viel größere Bedeutung der Wehrmacht für die Umsetzung politischer Ziele im Vergleich zum iranischen Militär lässt dabei wiederum das ganz andere Gewicht der industriellen Aufrüstung mit konventionellen Waffen hervortreten), erinnert dieses Verhältnis in einem einzigen, allerdings entscheidenden Punkt an das von SS und Wehrmacht: in der Frage, ob hier überhaupt eine formal oder funktionell einheitliche souveräne politische Gewalt noch bestehe. Das Fehlen einer solchen Gewalt kennzeichnet freilich auch einen *failed state*, doch der Unterschied zu diesem ist nicht nur, dass es sich beim Unstaat um eine politisch bewusste, als permanente Revolution oder ewiger Ausnahmezustand organisierte Verhinderung eines einheitlichen Gewaltmonopols handelt – im Gegensatz zu einem ohne zielgerichtetes Bewusstsein und politische Organisation sich durchsetzenden Zerfallsprozess. Zugleich besitzt der Unstaat eine einheitsstiftende Gravitationskraft, nach deren Maßgabe schon die Revolution begonnen worden ist: die Ausrichtung aller um die Macht rivalisierenden Rackets auf die Vernichtung eines totalen Feindes.

Im Nationalsozialismus wie in der Islamischen Republik findet ganz gezielt keine Vereinheitlichung, keine Unterordnung der einen bewaffneten Massenorganisation unter die andere statt, sondern beide Armeen bestehen nebeneinander fort – sodass auch für das ‚legitime‘ Militär von regulären Kräften im eigentlichen Verständnis gar nicht mehr gesprochen werden kann. Ihre Rivalität wird in der Regel nicht in bewaffneten Formen ausgetragen, denn so wie es die Ausrichtung auf die Vernichtung eines als Projektion geschaffenen totalen Feindes gibt, so existiert auch ein an welcher Person auch immer haftender Führerglaube als der einzigen Instanz, die das Oberkommando innehat – ‚positiver‘ Aus-

druck davon, dass es gelungen ist, Vernichtung um ihrer selbst willen als Ziel durchzusetzen, und dass zu diesem Zweck, alle rivalisierenden Rackets sich integrieren und auf die gewaltsame Austragung ihrer Konflikte verzichten. (Im Nationalsozialismus war die Gewalt, die von der SS gegenüber der SA 1934 angewandt wurde, sozusagen der letzte derartige Konflikt; im Verlauf der Islamischen Revolution im Iran konnten im Unterschied dazu Gruppen wie die Volksmudschahedin, *Mojahedin-e-Khalq*, die ebenfalls gewaltsam bekämpft wurden, schließlich nicht mehr integriert werden.)⁶⁰

Neben den Pasdaran und den aus ihnen hervorgegangenen Basij etablierte sich nicht nur die iranische Hisbollah, die unmittelbar den neuen Revolutionsführer Khamenei zum Führer hat, sondern eine ganze Reihe von Gruppen und Institutionen, Stab oder Stiftung genannt, in denen gleichfalls und auf vielfältigste Weise dafür gesorgt wird, dass Wohlfahrt und Märtyrerkraft, also Selbsterhaltung und Selbstvernichtung, ineinander übergehen.⁶¹ Zur Logik der Formlosigkeit im Politischen gehört zugleich, dass die Kompetenzen der traditionellerweise als staatlich aufgefassten Kommissionen, Räte usw. sich stets überschneiden müssen und aus diesem Grund keine Einheitlichkeit der Teilung der Gewalten vorausgesetzt werden kann, sondern Einigung über Entscheidungsmacht immer nur *ad hoc* und personal vollzogen wird. Unter dem „geistlichen Führer“ stehen in dieser Hinsicht nicht nur der Präsident, das Staatsministerium und jener „Islamische Versammlungsrat“, der als Parlament im westlichen Sinn gerne missverstanden wird, sondern auch der „Wächterrat“, die „Versammlung zur Erkennung der Systeminteressen“, der „Oberste Rat der nationalen Sicherheit“, der „Expertenrat“, das „Exekutivkomitee der Wahlen“ und die „zentrale Beobachtungskommission“; so wie neben den einzelnen Ministerien 23 „permanente Kommissionen“ existieren, unter anderem die „für die re-

und Gewissen [1962], in: Max Horkheimer: Gesammelte Schriften. Bd. 7. Frankfurt am Main 1985, 156.

⁶⁰ Das Regime der Islamischen Republik Iran ist, wie Stephan Grigat schreibt, „seit Anbeginn von einem permanenten Konkurrenzkampf verfeindeter Gangs charakterisiert, die aber nicht einfach wie Verbrechersyndikate um das größere Stück vom Kuchen konkurrieren, sondern stets auch darum, wer das Programm des eliminatorischen Antizionismus am effektivsten voranbringen kann.“ Der ‚Fürst der Gläubigen‘, wie einer der zahlreichen Titel des geistlichen Führers lautet, „verkörpert das Bewusstsein, daß, wie Khomeini es einmal formulierte, das Regime zwei Flügel benötigt, um seine Ziele zu erreichen, und abzustürzen droht, wenn es einen von ihnen einfach abhackt.“ (Stephan Grigat: Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung. Hamburg 2014, S. 160.) Khomeini selbst hatte seit der Revolution die Gründung von nichtstaatlichen Organisationen und Komitees sowie die Einsetzung von geistlichen Führern vorangetrieben, wie um gezielt die Vereinheitlichung des Staats in seiner Funktion als Gewaltmonopol zu verhindern. Dabei wollte insbesondere Ministerpräsident Mehdi Bazargan nicht hinnehmen, dass seine Regierung unter diesen Bedingungen ein – wie er sich selbst ausdrückte – „Messer ohne Schneide“ bleiben musste, aber seine Versuche zur Vereinheitlichung der Zwangsgewalt scheiterten; selbst Abolhassan Banisadr, der sich noch bereitwillig gegen ihn einspannen ließ, wurde als Staatspräsident gestürzt, da er noch immer zu sehr auf die Herausbildung eines Souveräns hinwirkte. (Vgl. Cheryl Benard; Zalmay Khalilzad: Gott in Teheran. Irans Islamische Republik. Frankfurt am Main 1988, S.

142ff.)

⁶¹ Setade Pasdashte Shohadaye Nehzate Eslami („Stab für das Märtyrer-Gedenken der Internationalen Islamischen Bewegung“), Setade Komakhaye Fouri („Stab für Soforthilfe“), Bonyade Mostasafin („Stiftung der Armen“), Bonyade Shahid („Stiftung der Märtyrer“), Bonyade Maskan („Stiftung des Wohnens“), Jahade Sasandeghi („Kampf für den Aufbau“), Bonyade 15. Khordad („Stiftung des 5. Juni 1963“, zur Erinnerung an die Verbannung Khomeinis) usw. Siehe hierzu Ali Alfoneh: Iran's Suicide Brigades. Terrorism Resurgent. In: The Middle East Quarterly. XIV/1, Winter 2007.

⁶² Vgl. Wahied Wahdat-Hagh: Die Islamische Republik Iran. Die Herrschaft des politischen Islam als eine Spielart des Totalitarismus. Münster; Hamburg; London 2003, S. 246ff.

⁶³ Siehe ebd. S. 314ff.

⁶⁴ Nach nationalökonomischen Indices lässt sich diese Autarkie lediglich negativ fassen: So verzeichnete etwa der Arab Human Development Report von 2002, dass alle arabischen Länder zusammengenommen weniger an Waren und Dienstleistungen hervorbringen als etwa Südkorea allein. Bei der Islamischen Republik Iran verhält es sich hier allerdings etwas anders. Siehe hierzu Thomas von der Osten-Sacken: Teheran und die Flüchtlinge. Die Destabilisierung einer Region durch das iranische Regime und die westliche Syrienpolitik. In: Stephan Grigat (Hg.): Iran Israel Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 230f.

⁶⁵ Siehe hierzu: Ulrike Marz: Kritik des islamischen Antisemitismus. Zur gesellschaftlichen Genese und Semantik des Antisemitismus in der Islamischen Republik Iran. Münster 2014, S. 99; Farshid Feridoony: Transformationsprozesse in einer „Islamischen Republik“.

volutionären Institutionen“ und die „für die Untersuchung der Gesetze des Revolutionsrates und der Gesetze vor der Revolution“. ⁶² Was als Untersuchung, Beobachtung, Erkennung etc. firmiert, kann kaum etwas anderes sein als Rivalität zwischen den Gruppen, solange es kein abstraktes, auf Gleichheit beruhendes Recht gibt, auf das jedwede Kontrolle sich beziehen müsste. Im „islamischen Verfassungsstaat“, wie sich der Unstaat etikettiert, erfolgt statt Gewaltenteilung die reale Dissoziation des Gewaltmonopols. Wie im Nationalsozialismus ist dabei die „Zersplitterung der Gerichtsbarkeit“ (Neumann) symptomatisch: Oberster Gerichtshof, Zivil- und Strafgerichte stehen neben den „Sondergerichten“; unabhängig davon und von den Militärgerichten finden sich wiederum die „Revolutionsgerichte“, die Jurisdiktion der Revolutionswächter und der Basij, der „Gerichtshof für die Gerechtigkeit der Bürokratie“, das „Sondergericht für den Kleurus“, die „Pressegerichte“ usw. ⁶³

Wenn aber hier die Einheit durch einen Vernichtungswahn geschaffen und aufrechterhalten wird, der in erster Linie auf einen Staat zielt, den Staat der Juden, den man als Jude unter den Staaten phantasiert – wodurch auch die angestrebte Vernichtung ‚ausgelagert‘ wird und die im Iran lebenden Juden, solange sie mit Israel nicht in Kontakt stehen oder in Verbindung gebracht werden, von ihr vorläufig als dispensiert gelten –, stellt sich ebenso der totale Prozess, von dem Hilberg sprach, um den Nationalsozialismus zu charakterisieren, wesentlich verändert dar: Das gesellschaftliche Gefüge, von dem die Maschinerie der Vernichtung kaum mehr getrennt betrachtet werden kann, fällt hier mit der überkommenen und zugleich modernisierten Religion unmittelbar zusammen, die – Fortsetzung der Tradition und Reaktion auf die Moderne in einem – erfolgreich eine Trennung von Politik und Religion, Öffentlichem und Privatem unterlaufen hat, wie Zirkulationssphäre des

Kapitals und moderner Rechtsstaat sie doch bedingen. Für den modernen Dihad ist es darum gar nicht mehr nötig, wie die nationalsozialistische Bewegung eine eigene, von den bestehenden Glaubensgemeinschaften bewusst abweichende, ‚politische Religion‘ auszubrüten, um im Inneren wie im Äußeren die Grenzen staatlicher Herrschaftsform, die für die Nation in klassisch westlicher Ausprägung bestimmend sind, hinter sich zu lassen. Dem entspricht ökonomisch, dass er keine Autarkiebestrebungen erst entwickeln und umsetzen muss wie der Nationalsozialismus, denn sie fällt ihm bereits durch den Erdölexport in den Schoß. So kann er auf lange Sicht mit den Weltmarktbeziehungen koexistieren und auf weit ausgedehnte geopolitische Regionen größten Einfluss nehmen, wenn nicht sogar sie beherrschen. ⁶⁴ Er steht also nicht unter demselben Zeitdruck wie der Nationalsozialismus. Anders als in den 1930er Jahren kann heute längst noch nicht von einem Zerfall des Weltmarkts ausgegangen werden, mit Sohn-Rethel gesprochen: die Währungsdecke ist keineswegs zersprungen, auch wenn diese Zerspringen natürlich längerfristig droht. Noch gibt es eine *hegemoniale Währung*, die USA können sich darum in dieser eigenen Währung verschulden und nicht zuletzt ihre militärische Überlegenheit weiter finanzieren. Charakteristischerweise bemisst sich gerade diese Fähigkeit darin, dass der Großteil des Erdölhandels in ihr, also im US-Dollar, abgewickelt wird. Und zugleich beruht aber auch die Quasi-Autarkie der Islamischen Republik Iran auf dem Erdölhandel, also die Fähigkeit, bei fortbestehendem Weltmarkt sich zugleich von ihm in anderen Aspekten unabhängig zu machen. Eben in dieser Hinsicht kann der Iran – analog zum heutigen Exportweltmeister Deutschland – als Erdölexportweltmeister bezeichnet werden. Darum die kaum hoch genug zu schätzende Bedeutung jener politischen Entscheidung in den USA von 2017, aus dem Atom-Deal mit dem Iran auszusteigen

und auf Sanktionen zu beharren – wobei diese Maßnahmen allerdings erst in vollem Umfang wirksam werden könnten, sobald auch die beiden großen Abnehmerländer Russland und China von dem Öl-Embargo betroffen wären.

Vor dem Hintergrund dieser speziellen Quasi-Autarkie gegenüber einem persistierenden Weltmarkt zeigt sich auch eine Schwäche der anderen djihadistischen Bewegungen, sobald nämlich wie in sunnitischen Tradition politische und ökonomische Voraussetzungen als solche gar nicht mehr als notwendige Ausgangsbasis des ‚heiligen Kriegs‘ wahrgenommen werden können. Das gilt selbst für den IS, den Islamischen Staat, der doch seinerseits ohne Erdölhandel kaum diese Macht und Ausdehnung erreicht hätte – und sie doch wieder relativ rasch einbüßte. Woran solche Bewegungen scheitern, ist gerade der längerfristige Ausbau der Quasi-Autarkie, die erst eine koordinierte und organisierte Vernichtungspolitik gegenüber Israel zulässt. Der Hass auf den absoluten oder totalen Feind schlägt direkt und vorschnell in Aktion um, das in ihm selbst vorhandene einheitsstiftende politische Moment wird nicht zu dem Zweck genutzt, ihn desto wirkungsvoller und systematischer umzusetzen. Psychologisch gesprochen besteht das Problem des Djihads demnach darin, dass der Vernichtungsdrang vom Selbsterhaltungsgesetz des Rackets sich bereits verselbständigen könnte, ehe noch der entscheidende Schlag im Sinne der pathischen Projektion erfolgt ist – in Analogie etwa zu dem technischen Problem der Selbstmordattentäter, dass die Bombe in die Luft fliegt, ehe der Märtyrer das Ziel seines Attentats erreicht hat. Es ist das vor allem eine Schwäche, die sich in den sunnitisch geprägten Formen des Terrorismus zeigt. Ihr begegnete die schiitische Richtung des Islam insofern, als darin namentlich der Klerus von Khomeini und seinen Lehrmeistern aufgefordert worden ist, in Vertretung des 12. Imams, der noch

nicht erschienen sei, unmittelbar politische Funktion auszuüben. Gerade diese Implementierung der sogenannten *welayat-e faqih* (das Regierungssystem der iranischen Republik) wird mit dem Vorhandensein eines totalen Feinds begründet.⁶⁵ Sie kennt solchermaßen den Typus des Geistlichen, der absolute Autorität für sich in Anspruch zu nehmen und in diesem Sinn dauerhaft als politischer Führer zu wirken vermag. In solcher Funktion kann die Geistlichkeit in ihrem Bereich die Rivalität der Rackets, die anderswo in unmittelbar selbstzerstörerischen Bandenkriegen übereinander herfallen, statt ihr Vernichtungspotential auf Israel zu richten, unter Kontrolle bringen. Das religiöse „Gefüge“, das sich auf diese Weise im Iran etablieren konnte, erhält damit Stabilität und Kontinuität und vermag in verschiedener Hinsicht, auch was die Entwicklung industrieller Warenproduktion und Technologie betrifft, auf die Ressourcen des persischen Nationalstaats zurückzugreifen. So hat sich in Gestalt der Islamischen Racket-Republik das organisierende Zentrum der Bedrohung herausgebildet, das es auch versteht, das Freund-Feindverhältnis zu den Sunniten der Frage des totalen Feinds unterzuordnen und etwa die Beziehungen zur Hamas auszubauen.

Den Revolutionswächtern wiederum kommt inmitten der rivalisierenden Rackets dieses Zentrums eine privilegierte Rolle zu, quasi eine Monopolstellung, indem sie nicht nur dem geistlichen Führer, für den sie geschaffen wurden, am nächsten stehen, sondern zentrale Positionen für die Finalisierung des Atomprogramms innehaben, insbesondere was dessen militärische Dimension betrifft. Denn in diesem Programm steckt das Potential, die Bombe zu bauen, mit der die Auslöschung Israels, vom Regime seit jeher offen gefordert, auf die einfachste Weise und jenseits der einander mit äußerster Brutalität bekämpfenden sunnitischen und schiitischen Rackets des Nahen Ostens in die Tat umgesetzt werden

Ökonomische, politische und soziokulturelle Analyse der Entstehungs- und Kontinuitätsbedingungen der „Islamischen Republik Iran“. Berlin 2000, S. 288-293.

⁶⁶ Ein besonders prägnantes Beispiel gibt der derzeitige italienische Innenminister Salvini ab: Einerseits preist er Israel als Vorbild für den Grenzschutz, andererseits ruft er zu Dialog und Vergleich mit dem Regime in Teheran auf, siehe: <https://www.oltrelalinea.news/2018/07/16/salvini-contrario-alle-sanzioni-contro-russia-e-iran/> (letzter Zugriff: 31.12.2018)

kann. Das bedeutet auch, dass dieses Regime der Rackets den atomaren Gegenangriff Israels in Kauf nimmt, somit wie ein einziger gigantischer Selbstmordattentäter agiert. Die finsterste Prophezeiung kann aber nicht auslösen, dass es noch einen Unterschied gibt zum Nationalsozialismus, und das sind die wiederkehrenden massenhaften Proteste aus der iranischen Bevölkerung gegen das Regime.

Als umso fataler erweist sich die Öffentlichkeit im Westen, vor allem in Euro-

pa, vor allem in Deutschland: Der Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) und jedes djihadistische Terrorattentat sunnitischer Täter dienen ihr dazu, die unmittelbare Bedrohung Israels durch jenen Unstaat auszublenden, der den djihadistischen Wahn am konsequentesten und beständigsten organisiert. Auf diese Weise kann sich noch jede Politik gegen die Islamisierung Europas der Kollaboration mit der Islamischen Republik einfügen.⁶⁶

Rackets und Souveränität¹

Thorsten Fuchshuber

Folgt man der Verwendung des Wortes Racket in einschlägigen Publikationen, scheint heute alles Mögliche ein Racket zu sein: Trump und seine Entourage, der Nationalsozialismus, das Finanzkapital, der Ärztestand, Putins Russland, der Iran. Das lädt zur Skepsis ein. Die Georg-Weerth-Gesellschaft Köln vermutet in ihrem Einführungstext zur Vortragsreihe zum Racketbegriff daher nicht zu Unrecht, dieser bleibe oftmals so unbestimmt, „dass jegliche Besonderheit der verschiedenen Formen der Herrschaft verloren zu gehen“ drohe: „Wenn der Begriff des Rackets [...] aber nicht einmal mehr ermöglicht, zwischen der Mafia und der SS, zwischen Deutschem Gewerkschaftsbund und Hamas zu unterscheiden, verliert er nicht nur jeden kritischen Gehalt, sondern trägt ganz postmodern seinen Teil zur Zerstörung jeglicher politischen Urteilskraft bei.“

Ein Terminus, der solche Unterscheidung unmöglich macht, ließe sich wahrhaftig nicht sinnvoll verwenden. Doch lässt sich an die Ausführungen der Georg-Weerth-Gesellschaft anknüpfend

fragen, worin denn die Unterscheidung von der *Sache* her besteht, die da jeweils begriffen werden soll.

Das führt zu der Frage: wann ist ein Begriff eigentlich ein *Begriff*, und ist es nicht tatsächlich überflüssig, von *Rackets* zu reden? Sollte man nicht besser *Namen* wie Mafia und SS oder *Fachausdrücke* wie Diktatur und organisierte Kriminalität verwenden, um präziser bestimmen zu können, von welchem gesellschaftlichen Phänomen gerade die Rede ist?

In seinem Hauptwerk „Wirtschaft und Gesellschaft“ schreibt Max Weber, dass soziologische Begriffe vor allem „Typen-Begriffe“ seien. Das bedeutet, die Definition eines Begriffes besteht im Wesentlichen aus Subsumtion und Klassifikation: welche *Merkmale* gehören zu einem Begriff, sind für ihn charakteristisch, und welche nicht. Weber schreibt dazu erläuternd: „Wie bei jeder generalisierenden Wissenschaft bedingt die Eigenart ihrer Abstraktionen es, daß ihre Begriffe gegenüber der konkreten Realität des Historischen relativ inhalts^{leer} sein müssen. Was sie dafür zu bieten hat ist die gesteigerte Eindeutigkeit der Begriffe.“⁴³

Je weiter weg man von einer Sache ist,

¹ Vieles, was in diesem Aufsatz ausgeführt wird, verdankt sich kritischen Hinweisen, die der Autor von Gerhard Scheit nach dessen Lektüre einer Rohversion des Buchmanuskripts *Rackets – Kritische Theorie der Bandenherrschaft* (Freiburg; Wien 2018) erhalten hat. Ihm sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

² Georg-Weerth-Gesellschaft Köln, Zur Aktualität des Racketbegriffs, in dieser Ausgabe, S. 4.

³ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Neu-Isenburg 2005, S. 14.

⁴ Dieses Problem hat Max Weber selbst gesehen. Er versucht es dadurch abzusichern, dass die Idealtypen nicht nur abstraktiv und selektiv, sondern auch empirisch und beweisend sein sollen. Vgl. Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In: Ders.,

desto eindeutiger soll sie also bestimmbar sein? Die Subsumtion eines Phänomens unter einen Begriff erfolgt demnach, indem man mehr oder weniger stark von der konkreten Beschaffenheit eines Phänomens abstrahiert, wobei mit zunehmendem Abstraktionsniveau die Inhaltsleere des Begriffes droht.⁴

Während Max Webers hier angedeutete Konzeption vom Idealtypus schon immer umstritten war, orientiert sich die Soziologie auch heute noch an der von ihm dargestellten Subsumtionslogik, wie ein rascher Blick in eine beliebige Einführung in soziologische Grundbegriffe etwa zu gesellschaftlichen Kategorien wie Staat oder Nation bestätigen wird. Es gilt daher weiter, was Max Weber über die soziologische Begriffsbildung geschrieben hat: Sie *entfernt* sich „von der Wirklichkeit und dient der Erkenntnis dieser in der Form: daß durch Angabe des Maßes der *Annäherung* einer historischen Erscheinung an einen oder mehrere dieser Begriffe diese [Wirklichkeit] eingeordnet werden kann“⁵. Die Sache wird also dem Begriff angenähert, und nicht umgekehrt.

Ob ein Begriff einem gesellschaftlichen Phänomen adäquat ist, bemisst sich dieser soziologischen Methode zufolge also daran, wie sehr von der konkreten Beschaffenheit eines jeweiligen Phänomens abstrahiert werden muss, um es unter den Begriff subsumieren zu können. Zugleich kann natürlich der Referenzrahmen des Begriffes, der per Definition festgelegt wird, erweitert oder eingegrenzt werden, wodurch dann wiederum der Bedeutungsinhalt der Definition an Bestimmtheit verliert oder gewinnt. Und um genau diese Aspekte wird dann in der soziologischen Debatte gestritten: um das zulässige Maß an Abstraktion vom Phänomen, sowie um die Definition des Begriffes, also die adäquate Eingrenzung des Referenzrahmens der Bedeutung eines Begriffes. Und daran knüpft dann etwa auch die Rede von der „Reichweite“ soziologischer Theorien an.

Um einen solchen soziologischen Begriffsstreit handelt es sich häufig leider auch bei den Diskussionen um die Rackettheorie. Ist der Definitionsrahmen des Begriffes Racket wesentlich identisch mit dem, was eine Mafia heißen soll? Ist es zulässig, von dem, was die Islamische Republik Iran ist, soweit zu abstrahieren, dass man sie unter den Racketbegriff subsumieren kann? Reicht die Rackettheorie in ihrer analytischen Kraft über den Nationalsozialismus hinaus?

Mit kritischer Theorie hat das allerdings wenig zu tun. Nicht erst seit der Arbeit an der Rackettheorie haben Adorno, Horkheimer und auch Friedrich Pollock gegen die Begriffsbildung der, wie sie es bezeichnet haben, „formalen Soziologie“ polemisiert und argumentiert. Die, wenn man so will, methodologische Abgrenzung auch von der Soziologie ist es ja gerade, worauf die Kritische Theorie als solche gegründet ist. Diese Unterscheidung ist selbstverständlich im Grunde keine methodologische, sondern eine sachliche; es ist die Unterscheidung von bloß deskriptiv-positivistischer Soziologie einerseits und Erkenntniskritik als Gesellschaftskritik andererseits.

Will man sich der hier kurz skizzierten Problematik überhaupt unter methodologischen Gesichtspunkten annähern, so sollte man das tun, um zu verdeutlichen, dass der am Beispiel Max Webers illustrierte Ansatz einer klassifizierenden beziehungsweise subsumtionslogischen Begriffsbestimmung wesentlich ein neokantischer ist. Die früh verstorbene englische Sozialphilosophin Gillian Rose hat betont, dass die Idee einer „wissenschaftlichen Soziologie“ insgesamt untrennbar mit dem Neokantianismus verbunden sei, insofern die soziologische Begriffsbildung, vereinfacht gesagt, auf die Kantische Kategorien- und damit auch Urteilslehre zurückgehe. Rose hat luzide herausgearbeitet, dass Gesellschaftskritik auf dieser Grundlage nicht zu haben sei.

Schriften zur Wissenschaftslehre, S. 196ff.

⁵ Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 14.

⁶ Gillian Rose, *Hegel contra Sociology*. London 2009, S. 2.

⁷ Spekulativ bedeutet nicht ‚wild herumspekulieren‘, sondern leitet sich von den lateinischen Termini *speculatio* ‚Auskundschaftung, Betrachtung, Beschauen‘, *speculari* ‚umherspähen, auskundschaften, beobachten, ins Auge fassen‘ und *specere* ‚sehen‘ her, zielt also auf die verschiedenen Hinsichten ab, in denen etwas betrachtet werden kann.

⁸ G.W.F. Hegel, *Vorlesungen über die Philosophie der Religion I*, Werke, Band 16. Frankfurt am Main 1986, S. 30.

⁹ In diesem Sinne der Unterscheidung bekommt man „Unterschiedenes“, während bei einer sortalen (oder klassifikatorischen) Unterscheidung das Resultat „Verschiedenes“ wäre. Hierbei handelt es sich um ein wichtiges Moment der Ideologie- bzw. Fetischkritik: das, was als Verschiedenes (unmittelbar) erscheint, lässt sich als Unterschiedenes (vermittelt durch das Ganze) rekonstruieren, bestimmen und reflektieren. Den präzisierenden Hinweis hierauf hat der Autor Claus Baumann zu verdanken.

¹⁰ Max Horkheimer, *Autorität und Familie*. In: *Gesammelte Schriften*, Band 3: *Schriften 1931-1936*. Frankfurt am Main 1988, S. 359.

¹¹ Peter M. R. Stirk, *Max Horkheimer. A new Interpretation*. Hertfordshire 1992, S. 131.

¹² George L. Mosse, *Gefallen für das Vaterland. Nationales Heldentum und namenloses Sterben*. Stuttgart 1993, S. 195.

¹³ Ebd., S. 197.

¹⁴ Richard J. Evans, *Das Dritte Reich. Band 1. Der Aufstieg*. München 2005, S. 90.

¹⁵ Klaus Theweleit, *Männerphantasien*. 1. Band. *Frauen, Fluten, Körper, Geschichte*.

Frankfurt am Main 1977, S. 38.

¹⁶ Siehe hierzu auch das Buch von Mark Jones, *Am Anfang war Gewalt. Die deutsche Revolution 1918/19 und der Beginn der Weimarer Republik*. Berlin 2017.

¹⁷ Vgl. Karl Marx: *Das Kapital*. Bd. 2. Marx-Engels-Werke (MEW). Berlin/DDR 1956-1990. Bd. 24, S. 111ff.

¹⁸ Vgl. Karl Marx: *Das Kapital*. Bd. 1. Marx-Engels-Werke (MEW). Berlin/DDR 1956-1990. Bd. 23, S. 654ff.

¹⁹ Brief vom 14. Oktober 1942. In: Max Horkheimer, *Gesammelte Schriften*, Band 17: *Briefwechsel 1941-1948*. Frankfurt am Main 1996, S. 342.

²⁰ Max Horkheimer, *Die Rackets und der Geist [1939/42]*. In: *Gesammelte Schriften*, Band 12: *Nachgelassene Schriften 1931-1949*. Frankfurt am Main 1985, S. 290.

²¹ Ebd.

²² Ebd.

²³ Ebd., S. 289.

²⁴ Ebd., S. 290.

²⁵ Ebd., S. 291.

²⁶ Und zu diesen das Kapitalverhältnis bedingenden wie durch es bedingten gesellschaftlichen Formen, die das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft bestimmen, setzt Horkheimer den Begriff des Rackets nun ins Verhältnis. Die Frage ist jedoch, inwiefern diese gesellschaftlichen Formen im Einzelnen tatsächlich nicht nur *durch* das Kapitalverhältnis bedingt, sondern auch *für* es bedingend sind, inwiefern es für die kapitalistische Reproduktionsweise im Einzelnen also des Rechts, der Ware, des Vertrags etc. bedarf, und welche Form diese aufweisen müssen.

²⁷ Den Vorschlag, von einer „un-bürgerlichen Gesellschaft“ zu sprechen, hat der Autor Claus Baumann zu verdanken.

²⁸ Christian Volk, *Die Ordnung der Freiheit: Recht und Politik im Denken Hannah Ar-*

soziologie *oder* Gesellschaftskritik lässt sich die Kritik von Rose daher knapp resümieren. Sie argumentiert, dass sich in Abgrenzung zur neokantischen Methodologie und zum Moralismus unter Rekurs auf Hegel ein ganz anderer Modus der Gesellschaftsanalyse und -kritik etablieren lässt, der dann eben auch die neokantische Subsumtionslogik mit einer spekulativen⁷ oder, wie man auch sagen könnte, dialektischen Logik kontrastiert.

„Spekulatives Denken heißt“ laut Hegel, „ein Wirkliches auflösen und dieses sich so entgegensetzen, daß die Unterschiede nach Denkbestimmungen entgegengesetzt sind und der Gegenstand als Einheit beider gefaßt wird.“⁸

Diese Denkbestimmungen, von denen Hegel hier spricht, sind materialistisch gedeutet zugleich auch gesellschaftliche Bestimmungen. Am ‚Wirklichen‘, der Gesellschaft in ihrer bestimmten Form als kapitalistische, lassen sich aspektual Bestimmungen wie das Recht, der Staat, die Ware oder auch die Souveränität unterscheiden. Diese gesellschaftlichen Formbestimmungen lassen sich einander wie auch der Gesellschaft als Ganze entgegensetzen. Sie müssen als Momente eines Ganzen, die voneinander aspektual unterschieden werden können, zugleich aber als Einheit, als Gesellschaft begriffen werden.

Auch so lässt sich Unterscheidung denken,⁹ um an die eingangs von der Georg-Weerth-Gesellschaft gestellte Frage zu erinnern.

Horkheimer hat auch den Begriff des Rackets als einen solchen Aspekt, als eine Möglichkeit zur aspektualen Unterscheidung bestimmter Momente der Gesellschaft gedacht, deren historischer Formwandel in Konfrontation mit dem Racketbegriff sichtbar wird. Die Rackettheorie auszuführen, bedeutet daher, wie Horkheimer schreibt, sie „zu allen übrigen Bestimmungen der Gesellschaft ins Verhältnis“¹⁰ zu setzen. Horkheimer hat das auch anhand des Rechts, des Staats,

der Klassen mehr oder weniger explizit gemacht – nicht jedoch im Verhältnis zur Souveränität.

Die mangelnde Reflexion des Racketbegriffs in Bezug auf die Souveränität hat weitreichende Folgen für den Entwurf und das letztlich Scheitern einer ausgearbeiteten Rackettheorie gehabt, so die These, die nachfolgend ausgeführt werden soll.

Hinsichtlich der Entstehungsgeschichte der Rackettheorie hat Peter Stirk in seinem Buch über Horkheimer von einer „dual experience“ gesprochen.¹¹ Das trifft insofern zu, als Horkheimer in der Weimarer Republik und dann im amerikanischen Exil jeweils mit einer gesellschaftlichen Entwicklung konfrontiert war, die Gemeinsamkeiten, zugleich aber entscheidende Unterschiede aufwies – und die man zunächst einmal als Bandenherrschaft bezeichnen könnte.

Die deutsche Gesellschaft zeichnete sich laut dem Historiker George L. Mosse unmittelbar nach Ende des Ersten Weltkrieges mehr als jede andere durch eine „Brutalisierung der Politik“ und eine „gesteigerte Gleichgültigkeit gegenüber dem menschlichen Leben aus“¹². Mosse beurteilt diese Entwicklung in Deutschland als besonders drastisch, weil sie dort „die meisten Aspekte des [...] politischen Lebens“¹³ durchdrang. Am erschreckendsten zeigte sich dies an den Freikorps, die unter den „verschwoenen Gruppe[n] heldischer Männer“¹⁴, wie Richard Evans es formuliert, die zahlenmäßig größte waren und die das politische Klima in Deutschland entscheidend prägten. Mit welcher Gnadenlosigkeit die Freikorps ihre Gegner bekämpften, zeigte sich bereits bei der Niederschlagung der Revolten von November 1918 bis ins Jahr 1919. Das trug ihnen den von der Propaganda der Nationalsozialisten verliehenen Titel ein, „erste Soldaten des Dritten Reiches“¹⁵ gewesen zu sein. Horkheimer schrieb 1938 im Rückblick auf diese Zeit: „Noch das äußerste Entsetzen heute hat seinen Ursprung nicht 1933,

sondern 1919 in der Erschießung von Arbeitern und Intellektuellen durch die feudalen Helfershelfer der ersten Republik.“¹⁶

Zeitgleich mit der Brutalisierung und Bandenbildung in der Politik während der Weimarer Republik konnte man in den USA eine Form der ökonomisch orientierten Bandenbildung beobachten, die dort von der Soziologie als „Racketeering“ bezeichnet worden ist. Zunächst war damit nicht viel mehr als bestimmte Formen der Nötigung und Erpressung gemeint. Kriminelle Gruppen, die in den USA als „rackets“ bezeichnet wurden, boten ihren „Schutz“ an, wobei klar war, dass die angebotene Leistung in erster Linie vor einer Gewalt schützen sollte, die von dem vermeintlich schützenden Racket selbst ausging.

Als bald wurde der Begriff des Rackets in den USA aber auch auf komplexere Praktiken ausgedehnt, darunter nicht zuletzt das sogenannte „labour racketeering“, bei dem Gewerkschaften in mafiaähnlicher Manier betrieben wurden. Daneben gab es noch weitere Formen der Auseinandersetzung, die ebenfalls Züge von Bandenkämpfen hatten. So versuchten mittelständische Unternehmen mit allen Mitteln, sich der erdrückenden Konkurrenz durch entstehende Großunternehmen zu erwehren, indem sie beispielsweise die Vertriebswege dieser Firmen zu stören suchten. Zu diesem Zweck bedienten sie sich auch der Mafia beziehungsweise mafios agierender Transportgewerkschaften. Es waren auf lange Sicht hilflose, aber teils sehr gewaltvolle Versuche, die zunehmende Kapitalkonzentration und letztlich auch die Entstehung von Monopolen zu verhindern.¹⁷

Als Horkheimer im amerikanischen Exil ankam, verfolgte er die Debatte um die Existenz solcher „Rackets“ genau. Sie reichte mittlerweile bis weit in den Streit um die Politik des „New Deal“ hinein. So wurden Rackets längst nicht mehr allein als Gangsterbanden begriffen, die außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft standen und

diese bedrohten. Vermehrt wurde die Frage gestellt, inwiefern die gesellschaftliche Entwicklung selbst für die Entstehung der Rackets verantwortlich und prägend war.

Dieser Zusammenhang war es, der Horkheimer am Begriff des Rackets interessierte. Gegen eine bloß „formal soziologische“ Rackettheorie der Bandenbildung hatte er die umwälzenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse seiner Zeit im Blick. Diese sah er mit der zunehmenden Konzentration und Zentralisation der kapitalistischen Produktionsweise verbunden, mit einem Prozess also, den Marx als steigende organische Zusammensetzung des Kapitals bezeichnet hatte.¹⁸

Angesichts dessen hatte Max Horkheimer mit dem Racketterminus Großes vor. Zusammen mit den anderen Mitarbeitern des „Institute for Social Research“ wollte er eine umfassende Theorie der Rackets entwickeln, als „real document of independent theory in our time“, wie er im Oktober 1942 an Leo Löwenthal schrieb.¹⁹ Mit der Rackettheorie sollte der Prozess erfasst werden, der zur Entstehung des Nationalsozialismus geführt hatte. Zugleich jedoch wollte Horkheimer auch die verschiedenen Gesellschaften übergreifenden Tendenzen analysieren und fragen, inwiefern und in welcher Form diese in unterschiedlichen Ländern zum Ausdruck kommen.

Er orientierte sich bei seiner Beschäftigung mit den Rackets zunächst vor allem an jenen Bestimmungen, auf die sich in der amerikanischen Diskussion um den „New Deal“ alle Beteiligten einigen konnten, nämlich dass ein Racket jedenfalls als Agentur zur aggressiven Durchsetzung partikularer Interessen auf Kosten der ohnmächtigen Einzelnen wie der Allgemeinheit zu betrachten sei. Dieser Aspekt war für ihn der Ausgangspunkt einer racketförmigen Transformation der Gesellschaft im Zuge der von ihm beobachteten Konzentrations- und Zentralisationsprozesse. Letztlich galten ihm daher weniger die Umtriebe der Banden und Gangs, sondern

endts. Baden-Baden 2010, S. 22.

²⁹ Max Horkheimer, *Theorie des Verbrechens*. In: Gesammelte Schriften, Band 12: Nachgelassene Schriften 1931-1949. Frankfurt am Main 1985, S. 266; Hervorhebung durch den Verfasser dieses Artikels. Der Hinweis auf den seidenen Faden ist einer der wenigen expliziten Verweise Horkheimers auf die Frage der Souveränität. Der „seidene Faden“ war das Symbol für die Souveränität des absoluten Herrschers in Gestalt des Sultans im Osmanischen Reich, der jedes Gesetz durch „Übersendung des seidenen Fadens“ für null und nichtig erklären konnte; gegen diese Entscheidung gab es keine Berufungsinstanz.

³⁰ Max Horkheimer, *Die Rackets und der Geist*, S. 290; Hervorhebung durch den Verfasser dieses Artikels.

³¹ Max Horkheimer, *Zur Rechtsphilosophie (1942)*. In: Gesammelte Schriften, Band 12: Nachgelassene Schriften 1931-1949. Frankfurt am Main 1985, S. 262; Hervorhebung durch den Verfasser dieses Artikels.

³² Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie: Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Achte Auflage. Berlin 2004, S. 18.

³³ Vgl. Carl Schmitt, *Politische Theologie: Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität*. Achte Auflage. Berlin 2004, S. 18.

³⁴ Vgl. Hans Kelsen, *Das Problem der Souveränität und die Theorie des Völkerrechts. Beitrag zu einer reinen Rechtslehre*. 2. Neudruck der 2. Auflage, Tübingen 1928. Aalen 1981, S. 320.

³⁵ Max Horkheimer, *Vernunft und Selbsterhaltung*. In: Gesammelte Schriften, Band 5: „Dialektik der Aufklärung“ und Schriften 1940-1950. Frankfurt am Main 2003, S. 332.

³⁶ Max Horkheimer, *Zur Soziologie der Klassenverhältnisse (1943)*. In: Gesammelte Schriften, Band 12: Nachgelassene

Schriften 1931-1949. Frankfurt am Main 1985, S. 80f.

³⁷ Max Horkheimer, *Die Juden und Europa*, S. 314.

³⁸ Max Horkheimer, *Zur Soziologie der Klassenverhältnisse*, S. 80.

³⁹ Max Horkheimer, *Montaigne und die Funktion der Skepsis*. In: Gesammelte Schriften, Band 4: Schriften 1936-1941. Frankfurt am Main 1988, S. 279.

⁴⁰ Ebd.

⁴¹ Max Horkheimer, *Vernunft und Selbsterhaltung*, S. 332.

⁴² Max Horkheimer-Archiv, Universitätsbibliothek Frankfurt am Main, MHA XI 10.2, 3.

⁴³ Max Horkheimer, *Die Juden und Europa*, S. 319.

⁴⁴ Max Horkheimer, *Theorie des Verbrechens*, S. 276.

⁴⁵ Vgl. Max Horkheimer, *Die Juden und Europa*, S. 319.

⁴⁶ Gert Schäfer, Franz Neumanns Behemoth und die heutige Faschismuskritik. In: Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Frankfurt am Main 1984, S. 681.

⁴⁷ Der Terminus amorph (griech. *ámorphos*), gestaltlos, ist abgeleitet vom griechischen morphé: „Gestalt“, „Form“.

⁴⁸ Franz Neumann, *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944*. Frankfurt am Main 1984, S. 16.

⁴⁹ Gerhard Scheit, *Die Meister der Krise: Über den Zusammenhang von Vernichtung und Volkswohlstand*. Freiburg 2001, S. 15.

⁵⁰ Franz Neumann, Der Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft. In: *Zeitschrift für Sozialforschung*. 6. Jahrgang, Nr. 3. Paris 1937, S. 543-596, S. 588.

⁵¹ Franz Neumann, *Behemoth*, S. 518.

⁵² Gerhard Scheit, *Die Meister der Krise*, S. 59. In seinem in

die zunehmende ökonomische Monopolisierung als paradigmatisch für die Praxis von Rackets, einmal errungene Vorteile zum Nachteil der restlichen Gesellschaft zu monopolisieren und gegen Rivalen zu verteidigen.

Die Frage der Legalität konnte daher auch kein entscheidendes Kriterium für die Bestimmung eines Rackets sein; Horkheimer betont vielmehr „die grundsätzliche Illegalität des Rackets, auch wo es nicht allein legal ist, sondern hinter den Gesetzen steht“²⁰. Er will verdeutlichen, dass Rackets aufgrund der gesellschaftlichen Machtstrukturen ihre partikularen Interessen durchsetzen können, auch ohne gegen Gesetze zu verstoßen: „Seit es eine Legalität gibt“, so Horkheimer weiter, „trägt sie die Züge des Illegalen“²¹.

Mit der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals haben es die Rackets Horkheimer zufolge dank ihrer herausragenden gesellschaftlichen Stellung vermehrt gar nicht mehr nötig, die eigenen partikularen Interessen mit anderen partikularen Interessen sowie mit denen der gesellschaftlichen Gesamtheit zu vermitteln. Es gehöre daher zum Wesen der Rackets, dass sie „kein Erbarmen“ mit dem Leben außerhalb der eigenen Struktur, sondern „einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“ zum Nachteil der restlichen Gesellschaft kennen, so Horkheimer;²² auf einen Ausgleich mit den Interessen anderer sind sie nicht mehr angewiesen. Schutz bieten die Rackets nur jenen, die sich unterordnen und sich als bedingungslos loyal erweisen.²³ Die Rackets führen den „Kampf gegen das Recht“ wie gegen „alle Vermittlungen“, die im Liberalismus „ihr eigenes Leben gewannen“, wie Horkheimer weiter schreibt;²⁴ gegen jene Sphäre also, die auch den Schwachen und Machtlosen ein Residuum von Freiheit und Sicherheit gewährt. Anstelle dieser Vermittlungen richten sie „überall den Gegensatz zwischen innen und außen“ auf.²⁵

Was hat es nun mit den Vermittlungen

auf sich, die laut Horkheimer von den Rackets bekämpft werden, darunter prominent das Recht? Es sind gesellschaftliche Formen, die in ihrer Bestimmtheit ohne Bezug auf die Kritik der politischen Ökonomie gar nicht zu begreifen sind. Zu diesen Formen zählen der Wert, das Geld, der Vertrag, aber auch das Denken selbst und – wie Horkheimer sagt – das Recht. Sie alle werden als ‚normale‘ Strukturbedingungen begriffen, um die Vermittlung der bürgerlichen Gesellschaft angesichts der für diese charakteristischen Trennungen zu gewährleisten; angesichts einer Gesellschaft also, die sich wert- beziehungsweise warenförmig reproduziert und sich ihre politische Form als Staat gegenüberstellt, womit dann bekanntermaßen die Spaltung in Privatperson und Staatsbürger, in privates und öffentliches Recht und so weiter verbunden sind.

Die bürgerliche Gesellschaft bedarf also der Vermittlungsinstanzen, die sie und ihre bestimmten Formen – wir erinnern uns an Hegel – zur Einheit bringen. Das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft ist daher relational und damit potenziell reflexiv gefasst.²⁶ Und genau dieses Wesen der bürgerlichen Gesellschaft wird in der Racketgesellschaft bekämpft beziehungsweise von ihr abgelöst – weshalb sich die Racketgesellschaft auch als nachbürgerliche beziehungsweise, in Anlehnung an Franz Neumann und dessen Begriff vom Unstaat, als *un-bürgerliche* Gesellschaft²⁷ begreifen lässt.

Wie bestimmt sich nun daraus das Verhältnis von Rackets und Recht?

Wenn das Recht als gesellschaftliche Vermittlungsinstanz begriffen wird oder mit Hannah Arendt als „Beziehungsbeziehung“²⁸, an dem sich menschliche Beziehungen ablesen lassen, dann bedeutet das auch, dass das Recht nicht einfach Ausdruck der Macht ist, nicht einfach als Instrument der Macht verstanden werden kann. Vielmehr drückt das Recht gesellschaftliche Konstellationen aus, die natürlich *auch* als Machtverhältnisse begriffen

werden müssen, aber eben mit Betonung auf die *vermittelte Form*, in der sich Macht artikuliert. Horkheimer hat dies in verschiedenen Fragmenten zur Rackettheorie deutlich gemacht: „Gesetz als Mittel der Herrschaft entwickelt eine *eigene Logik*“, heißt es etwa in der „Theorie des Verbrechers“, eine Eigenlogik, „deren *Gegensatz zur Herrschaft* sich durch Überwindung des seidenen Fadens nicht überwinden lässt“, wobei die Metapher vom seidenen Faden ein Hinweis auf den Souverän ist.²⁹ Horkheimer will zum Ausdruck bringen, dass die bestimmte Form der *Reflexivität*, welche die bürgerliche Gesellschaft als Verhältnis wie auch das Recht auszeichnet, nämlich die Möglichkeit von Rede und Gegenrede, zum Widerspruch *im* Recht und *mittels* des Rechts, sich nicht umstandslos dezisionistisch durchstreichen lässt. Als Medium der „*relativen* Machtverhältnisse“, so Horkheimer, „gewinnt das Recht, wie andere Vermittlungen, *eigene Natur und Resistenzkraft*“³⁰. Das Recht, wie Horkheimer es hier entfaltet, gewinnt also das *Moment der Autonomie*. Souveränität scheint angesichts dessen passé.

Gleichwohl verhüllt das Recht laut Horkheimer den partikularen Charakter der Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, die von ihm als Klassenverhältnisse begriffen werden. Die Gesetze, so schreibt er im Fragment mit dem Titel „Zur Rechtsphilosophie“, befinden sich „*in prästablierter Harmonie*“ mit der in Produktion verkleideten Herrschaft, mit Herrschaftsverhältnissen also, die auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln beruhen.³¹ Die Herrschaftsverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft geraten deshalb nicht mit dem Gesetz in Konflikt, weil die herrschende Partikularität gerade durch das Gesetz als Verhältnis, als *rule of law*, vermittelt ist. Das Recht ficht das Eigentum an den Produktionsmitteln, deren Trennung von den Produzenten und damit die Grundlage der bestehenden Ordnung nicht an. Mittels dieser Paradoxie des Rechts, eine parti-

kulare Allgemeinheit zu vermitteln, schafft das Recht erst den „*Mythos der Interessenharmonie*“, den Horkheimer bereits früher kritisiert hatte.³² Dieser auf der nur formalen Allgemeinheit des Rechts aufruhende Mythos der Interessenharmonie indes ermöglicht erst die radikale Verdrängung des Staates, die dem Liberalismus eignet, und damit auch die *Verabsolutierung* des gesellschaftlich wirksamen Scheins der Autonomie des Rechts.

Was dabei unterschlagen wird, ist das *heteronome Moment des Rechts*. Und auf dieses heteronome Moment weist Horkheimer hin, wenn er daran erinnert, dass das Recht in prästablierter Harmonie „*mit der Herrschaft*“ sich befindet, welche vom Recht nicht überwunden, sondern durch es vermittelt wird. Dieses heteronome Moment des Rechts besteht in der bürgerlichen Gesellschaft in der Gewalt, die die Durchsetzung des Rechts garantiert, wenn der „*Mythos der Interessenharmonie*“ in Frage gestellt wird. Denn das Recht ist nicht imstande, sich selbst durchzusetzen, dazu bedarf es eines Dritten. Dieses heteronome Moment ist das Einfallstor für den Fortbestand der Souveränität außerhalb des Rechts.

Das Recht weist also, folgt man Horkheimer, einen dialektischen Charakter auf. Und nicht zufällig haben zwei der exponiertesten Rechtstheoretiker, Hans Kelsen und Carl Schmitt, diese Dialektik des Rechts jeweils einseitig aufzulösen versucht: Schmitt hinsichtlich dessen Heteronomie, wonach das Recht im Ausnahmefall hinter den Staat zurücktrete,³³ Kelsen hinsichtlich dessen Autonomie, wonach infolge der von ihm geforderten radikalen Verdrängung jeder Souveränitätsvorstellung allein der selbstverpflichtend-autonome Charakter des Rechts erhalten bleiben dürfe.³⁴

Horkheimer kommt mit seinen Überlegungen zum dialektischen Charakter des Rechts der Frage der Souveränität also bereits sehr nahe, doch er orientiert sich vor

dieser Ausgabe der Prodomo veröffentlichten Aufsatz führt Gerhard Scheit unter Bezug auf Alfred Sohn-Rethel die aus der Kritik der politischen Ökonomie gewonnene Unterscheidung von USA und Deutschland weiter aus.

⁵³ Vgl. Hendrik Wallat, Horkheimers Liberalismuskritik der 1930er Jahre. In: Ulrich Ruschig, Hans-Ernst Schiller (Hrsg.): *Staat und Politik bei Horkheimer und Adorno*. Baden-Baden 2014, S. 19-40. Horkheimer gehe aus von einer „Phasentheorie, die vom liberalen Konkurrenzkapitalismus in den autoritären-staatsdirigistischen Monopolkapitalismus führt“, präsentiere damit eine „quasi-leninistische Deutung des Kapitalismus“ (22), und reproduziere damit „Lenins Imperialismustheorie“ (36), so Wallat: „Horkheimers Erklärung des Übergangs vom liberalen Kapitalismus zum Faschismus ist ein lupenreiner funktionalistischer Ökonomismus, der die Eigenheiten von Kapitalismus, Liberalismus und Faschismus wie auch ihren historischen Zusammenhang verfehlt.“ (33) Im Zuge dessen ebne Horkheimer „die Unterschiede zwischen Liberalismus und Faschismus bisweilen nahezu ein und verkennt dennoch nicht, was diese für die Individuen am Ende bedeuten“ (31). Auch Wallat unterstellt Horkheimer also nicht, diese Differenz überhaupt nicht zu sehen, und mit der Einschränkung „bisweilen“ markiert er, dass Horkheimer dem konstatierten Ökonomismus nicht in kohärenter Weise folgt. Vielmehr fügt Wallat erläuternd hinzu, die „sich des Öfteren selbst widersprechenden Urteile Horkheimers“ rührten „zu einem Teil aus der Ambivalenz des Liberalismus selbst, die der kritische Theoretiker immer wieder fokussiert – eine Ambivalenz, die fraglos sachadäquat ist“ (ebd.). Anders als Wallat

unterstellt, trifft Horkheimer mit der Rackettheorie teils zwar den in Rede stehenden historischen Zusammenhang, in der Tat jedoch nicht ausreichend die Unterschiede der verschiedenen Gesellschaftsformen, weshalb Wallat zurecht betont, die „spezifische Gestalt der politischen Vermittlung kapitalistischer Gesellschaften“ sei „so wenig wie der Staatsapparat selbst in ihrer konkreten Form ableitbar aus den Anforderungen kapitalistischer Ökonomie“ (35).

⁵⁴ In einem Brief an Henryk Grossmann legt Horkheimer unmissverständlich dar, dass gesellschaftsgeschichtliche Entwicklung eben nicht begriffen werden könne, indem man sie in Stadien zergliedert, „die in der Zeit aufeinander folgen, um sie dann durch das Wort ‚hervorgehen‘ miteinander in Verbindung zu setzen“, „da Entwicklung eben nicht bloß eines auf ein anderes folgen lässt, sondern das innerste Wesen der Dinge selbst betrifft, durch das sie zum anderen werden, indem sie doch dasselbe bleiben, so wie etwa die wirtschaftlichen Perioden nicht bloß einander ablösen [...] sondern wie der Kapitalismus als derselbe eine, identische, sich verändert, über sich hinaustreibt und doch auch im Faschismus immer noch derselbe, ja eigentlich erst wahrhaft er selbst ist“ (HGS 17, S. 409). Während Horkheimer in diesem Zitat „die Veränderung ‚in sich‘, die innerliche, begriffliche“ betont, tritt gleichwohl auch hier wieder die Problematik zutage, die sich mit der Frage ergibt, wie der Faschismus und, genauer, der Nationalsozialismus in Bezug auf das Kapitalverhältnis zu begreifen sei.

⁵⁵ Manfred Dählmann, Souveränität und Gegensovereität, in: Stefan Grigat (Hg.), *Feindaufklärung und Reeducation*. Freiburg 2006, S. 237-261, S. 248.

allem an der Bestimmung des Verhältnisses von Rackets und Recht. Anders als für Kelsen gründet für Horkheimer das Moment der Autonomie des Rechts nicht auf einer zivilisatorischen Leistung im voluntaristischen Sinne. Ihm zufolge verdankt es sich einer bestimmten historischen Phase der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung, dem Liberalismus. Dieser gilt ihm als „Episode der freien industriellen Wirtschaft mit ihrer Dezentralisierung in die vielen Unternehmer, von denen keiner so groß war“³⁵, dass er auf die Regulierung der Konkurrenz mittels der Rechtsform hätte verzichten können, was auch den ökonomischen Anreiz zur rechtlichen Selbstverpflichtung geliefert hatte. Allein „aufgrund der Tatsache dieser Pluralität“ jedoch bestand laut Horkheimer „Interesse am Funktionieren des allgemeinen Rechtssystems und an seiner unparteiischen Verwaltung“³⁶. Dieser Umstand habe „die Selbsterhaltung in Grenzen des Humanen verwiesen, die ihr ganz äußerlich sind“³⁷; mit der steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals seien nun „die fortschrittlichen Züge der Konkurrenz“³⁸ im Schwinden begriffen. Daher „legen die vermittelnden Kategorien ihren humanitären Schein ab“³⁹, und Vermittlungsinstanzen wie das Recht verlieren den „ephemeren Charakter der Selbständigkeit“, der Autonomie.⁴⁰ Mit diesem Bedeutungsverlust der Instanzen gesellschaftlicher Vermittlung, darunter zentral auch dem Recht, kehrt Horkheimer zufolge Herrschaft zunehmend „zu ihrem eigenen Wesen zurück, [...]“⁴¹, die maßgeblichen Gruppen, wie er sie nennt, sind in der Lage, ihre Interessen unmittelbar durchzusetzen. Der Zwang zur Allgemeinheit, wie er formal dem Recht zugehörig ist, entfällt.

Wenn sich Partikularinteressen jedoch wieder nahezu oder gar vollständig unvermittelt durchsetzen lassen, nicht mehr durch das „Gesamtinteresse“⁴² vermittelt werden müssen, wie Adorno es formuliert, dann verliert auch der „Begriff des Staa-

tes“ Horkheimer zufolge „vollends seinen Widerspruch zum Begriff einer herrschenden Partikularität“⁴³. Die Gesellschaft, so Horkheimer, entwickle sich tendenziell „wieder auf die Stufe unmittelbarer Herrschaft zurück“⁴⁴. Doch es handelt sich eben nicht einfach um eine *Rückkehr zu unmittelbarer Herrschaft*, die sich hier vollzieht. Die Trennung von Staat und Gesellschaft, welche die Vermittlung von Herrschaft erst möglich und nötig machte, kann nicht einfach ungeschehen gemacht werden. Mit der von Horkheimer beschriebenen Entwicklung liegt eine Form der unmittelbaren Herrschaft vor, die sich nur als *Aufhebung der vermittelten Form der Herrschaft* vollziehen kann. Für diese *vermittelte Unmittelbarkeit der Herrschaft* bildet das Racket den Begriff.

Die Benennung dieses dialektischen Zusammenhangs ist wesentlich für die Antwort auf die Frage, weshalb es des Racketbegriffs beziehungsweise seiner Entfaltung bedarf. Es geht darum, deutlich zu machen, dass die beschriebene gesellschaftliche Regression nicht einfach eine gesellschaftliche Entwicklungsstufe ungeschehen macht, sondern sie tatsächlich in der Negation der Vermittlung ‚negativ aufhebt‘, und die ‚neue Unmittelbarkeit‘ daher eine vermittelte ist. Und wer angesichts dessen einfach nur von einer Diktatur oder unmittelbarer Herrschaft oder gar von mafösen Strukturen spricht, dem geht dieser dialektische Zusammenhang, das gesellschaftliche Verhältnis in seiner Bestimmtheit und die Veränderungen innerhalb der Gesellschaft als Konstellation verloren, und damit auch die Möglichkeit zur Unterscheidung verschiedener Ausformungen innerhalb dieser gesellschaftlichen Tendenz.

Folgt man Horkheimers Entwurf, werden im Racket alle Instanzen der Vermittlung dementiert, die mit der bürgerlichen Gesellschaft entstanden sind. Die Gesellschaft der Rackets kann daher auch als die nach- beziehungsweise *un*-bürgerliche

Gesellschaft bezeichnet werden. Als Begriff der vermittlungslos-politischen Einheit steht das Racket im Gegensatz zur rechtlich vermittelten dialektischen Einheit der getrennten Sphären von Staat und Gesellschaft, wie sie der bürgerlichen Gesellschaft eigentümlich ist. Damit geht auch der bestimmte Modus der Reflexivität verloren, welcher der bürgerlichen Gesellschaft so wesentlich schien und insbesondere auch im Recht aufgehoben war: Die Gesellschaft der Rackets funktioniert allein gemäß dem Modus von Inklusion und Exklusion. So stellt das Racket einen Begriff des Politischen dar, der – in kritischer Form – nicht von ungefähr an Carl Schmitts Freund-Feind-Bestimmung erinnert.

Wird die Racketgesellschaft als nachbürgerliche Gesellschaft begriffen, bedeutet das also auch, dass sich die Frage nach der Form des Politischen neu stellt, nach dem Begriff des Staates, wie Horkheimer sagt,⁴⁵ der ja die politische Form der bürgerlichen Gesellschaft ist.

Im Nationalsozialismus stellt sich diese Form als „amorphe politische Form“ dar, wie es der Politikwissenschaftler Gert Schäfer in seinem Nachwort zu Franz Neumanns „Behemoth“ treffend bezeichnet hat,⁴⁶ als gestaltlose, formlose Form⁴⁷ also, und damit als politische Form, die sich als Staat im Sinne einer geregelten Ordnungsstruktur mit verteilten Kompetenzen und gar einer Teilung der Gewalten nicht mehr fassen lässt. Von Gewaltmonopol, Interessenausgleich, auf Dauer gestellter verlässlicher Ordnung oder gar formaler Allgemeinheit kann hier, angesichts dieser amorphen politischen Form, nicht mehr die Rede sein, weshalb Neumann auch von einem Unstaat gesprochen hat.⁴⁸

In ihrer hier skizzierten konsequenten Form ist die Kritik der Racketgesellschaft am Nationalsozialismus gebildet. Zu Ende gedacht handelt es sich aber nicht nur um eine Kritik des Zerfalls des Staates, sondern auch um eine der Zerstörung

der Souveränität. Zumindest ist sie als solche bei Horkheimer angelegt, allerdings wird dies von ihm nirgends explizit angesprochen geschweige denn ausgeführt. Horkheimer sieht die ökonomische Tendenz und deren Auswirkungen auf die gesellschaftlichen Vermittlungsinstanzen und stellt im Begriff der Rackets den Souveränitätszerfall auch dar, wenn er deren Rivalität beschreibt, die jeweils mit einem Machtanspruch ausgetragen wird, der keine übergeordnete Macht mehr anerkennt. *Aber die Souveränität selbst als Voraussetzung dieses Zerfallsprozesses* wird von ihm im Verhältnis zu den Rackets nicht diskutiert, und damit, wie sich zeigen wird, auch nicht die *Konstitutionsbedingungen* der Souveränität.

Gerhard Scheit hat in seinem Buch „Die Meister der Krise“ zur marxischen Kapital-Kritik angemerkt, die Krise sei zwar „der Punkt, an dem Marx gerade in der Verselbständigung ökonomischer Vorgänge den Zusammenhang des Ganzen vor Augen führen“ könne, dennoch sehe er „von den praktischen Möglichkeiten ihrer Bewältigung und damit vom Staat weitgehend ab“⁴⁹. Auf bestimmte Weise gilt das auch noch für Horkheimer selbst, der nicht unterscheidet, ob der von ihm mit der Rackettheorie analysierte Prozess im konkreten Fall tatsächlich in der Auflösung der Souveränität mündet, wie im Nationalsozialismus, oder ob diese der gesellschaftlichen Tendenz zum Trotz gewahrt bleibt.

Der Verzicht auf diese Unterscheidung, ob ein Souverän noch existiert oder nicht und welche Gestalt er annimmt, auf welche politische Form daher die Gesellschaft hinsichtlich der praktischen Möglichkeiten zur Bewältigung der Krise rekurriert, trug wohl auch dazu bei, dass Horkheimer die unterschiedlichen Ausformungen der von ihm beobachteten gesellschaftlichen Tendenz und damit auch den Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und den „New Deal“-USA eigentlich nirgends zur Darstellung gebracht hat.

Franz Neumann hatte in seinem weg-

⁵⁶ Ebd., S. 244.

⁵⁷ Vgl. Gerhard Scheit, der in „Die Meister der Krise“ ausführt, eine solche ökonomistische Betrachtung könne „sowenig wie die Rede von Staatskapitalismus oder Totalitarismus klären, warum der bisher größte Krieg, der schließlich die bisher größte Krise des Kapitals entsorgen sollte und als solcher das Kapital weltweit betraf, [...] vom nationalsozialistischen ‚Staatssubjekt Kapital‘- und nicht vom ‚New Deal‘-Staat Roosevelts oder gar vom ‚Sozialismus in einem Lande‘ Stalins, aber auch nicht vom italienischen oder spanischen Faschismus [...] entfesselt und bis zuletzt, als Vernichtungskrieg, in Gang gehalten wurde.“ Gerhard Scheit, *Die Meister der Krise*, S. 60.

⁵⁸ Siehe hierzu auch die Ausführungen von Gerhard Scheit am Ende des ersten Abschnitts seines Aufsatzes „...einzig das Gesetz der Selbsterhaltung?“ in dieser Ausgabe.

⁵⁹ Vgl. hierzu etwa auch die vergleichende Studie von Kiran Klaus Patel, *The New Deal: A Global History*, Princeton und Oxford 2016.

⁶⁰ Philipp Lenhard, Abschied vom Marxismus? Friedrich Pollock, Franz L. Neumann und die Entstehung der kritischen Theorie des Antisemitismus im amerikanischen Exil, 1939–1945. In: Bettina Bannasch, Helga Schreckenberger, Alan E. Steinweis (Hg.): *Exilforschung. Ein internationales Jahrbuch*. München 2016, S. 148–170, S. S. 159.

⁶¹ Friedrich Pollock, Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung? In: Max Horkheimer, Friedrich Pollock, Franz Neumann, Otto Kirchheimer, A.R.L. Gurland, Herbert Marcuse, *Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus: Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939 – 1942* (Hg. Helmut Dubiel und Alfons

Söllner). Frankfurt am Main 1981, S. 111-128. S. 125.

⁶² Der Staatsrechtler Dieter Grimm unterscheidet hierzu analytisch zwischen innerer und äußerer Souveränität und betont dabei den Primat, also die Vorrangigkeit, der äußeren Souveränität: „Für den Genuss äußerer Souveränität genügt es, wenn ein Staat nach außen als handlungsfähiges Rechtssubjekt auftreten kann, was aber wiederum nicht gänzlich unabhängig von seiner inneren Durchsetzungsfähigkeit ist. Umgekehrt gilt aber nicht, dass ein Gemeinwesen innere Souveränität ohne äußere haben kann. Verliert ein politisches System die äußere Souveränität, kann es auch die innere nicht bewahren.“ (Dieter Grimm, *Souveränität. Herkunft und Zukunft eines Schlüsselbegriffs*. Berlin 2009, S. 93.)

⁶³ Zurecht führt Philipp Lenhard Belege an, die zeigen, dass Horkheimer und Pollock das Verhältnis zwischen den Staaten und den latenten Kriegszustand zwischen ihnen durchaus im Blick hatten, „wenngleich der Fokus auf den Prozessen im Inneren der Staaten liegt, die wiederum für die *Art und Weise der Kriegsführung* von ganz entscheidender Bedeutung sind“ (Philipp Lenhard, *Blinder Fleck? Eine kurze Erwiderung auf Gerhard Scheit*. In: *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*. Nr. 8, Freiburg 2016, S. 72-76, 74.). Es war jedoch nicht die Ahnung des Umschlagens „der Latenz in die Manifestation des Krieges“, die die beiden Direktoren schon früh den Umzug des Instituts nach Genf, London und dann in die USA planen ließ, denn sie sind ja nicht aus Kriegsangst geflohen, sondern es war die bereits so früh sich zeigende und von ihnen auch in dieser Dimension erkannte unmittelbare Bedrohung durch antisemitische Verfolgung in Deutschland selbst, die sie diese Ent-

weisenden Text zum „Funktionswandel des Gesetzes im Recht der bürgerlichen Gesellschaft“ von 1937 den Prozess schon luzide beschrieben, der sich vollzieht, wenn die Racketstruktur sich im Verhältnis zur Souveränität durchsetzt und diese in letzter Konsequenz auflöst: „Der Staat wird eine Institution, in der ein Parallelogramm von Kräften wirksam ist, er wird eine Gemeinschaft, die sich organisch auf niederen Gemeinschaften aufbaut. Die Gewalt, die dieser Staat ausübt, ist keine äussere mehr, sodass die Souveränität entfällt, sie ist vielmehr die Gewalt der organisierten Gemeinschaft selbst.“⁵⁰

Doch nicht in jeder Gesellschaft, in der sich Racketstrukturen herausbilden, fällt dieser Prozess automatisch mit der Auflösung der Souveränität zusammen, auch wenn die Racketherrschaft dahin tendiert. Und ebenso muss im jeweiligen Fall gefragt werden, *ob die Racketstruktur die allgemeine Rechtsform vollständig ersetzt hat*, das allgemeine Recht also abgeschafft ist, wie im Nationalsozialismus, oder ob es sich im Prozess des Bedeutungsverlustes befindet, in dem Sinne, dass der Schein der Autonomie und damit auch der gesellschaftlich reale Schein der Allgemeinheit des Rechts wie auch anderer Vermittlungsinstanzen tendenziell verloren geht. Mit Franz Neumann gesagt, geht es darum, in welchem Maß das Recht zum bloß technischen Mittel von Herrschaft beziehungsweise der Administration herabgesunken ist.⁵¹

Das Verhältnis von bürgerlicher zu nachbürgerlicher Gesellschaft sollte also nicht allein in einem epochalen Sinne verstanden werden, wie es Horkheimers Darstellung des Übergangs vom Liberalismus zu nachliberalen Gesellschaftsformen nahelegt, sondern auch als logische Beziehung. In der Krise der bürgerlichen Gesellschaft bilden sich Racketstrukturen heraus, beziehungsweise es gewinnen schon bestehende Rackets an Bedeutung, welche die in die Krise geratenen Funktionen der bürgerlichen Gesellschaft in einer ande-

ren Form übernehmen. Dabei kann die bürgerliche Gesellschaft an sich bestehen bleiben, es kommt aber zu einer Formveränderung innerhalb ihrer selbst. Das ist begrifflich zunächst eine logische Beziehung, die selbstverständlich faktisch eine bestimmte Temporalität beinhaltet. Dennoch bleibt die Racketkritik als Kritik der nachbürgerlichen Gesellschaft damit zugleich Kritik der bürgerlichen Gesellschaft selbst.

Neben dem Verzicht auf die Reflexion des Rackets in Bezug auf die Souveränität hat Horkheimer auch die je konkrete Entwicklung der Rechtsform in den verschiedenen Ländern nicht untersucht, weshalb er auch den Unterschied zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und dem „New Deal“ der USA mit der Rackettheorie begrifflich nicht ausreichend fassen kann.

Denn nur ökonomistisch betrachtet kann man den Nationalsozialismus auf den ersten Blick als so etwas wie die deutsche Version des New Deal betrachten, wie Gerhard Scheit bereits in seinem Buch „Die Meister der Krise“ kritisiert hat.⁵² Ein solcher Ökonomismus taucht bei Horkheimer jedoch immer wieder auf. Das liegt nicht zuletzt daran, dass bereits sein Verständnis des Übergangs vom Liberalismus in die nachliberale Gesellschaft beziehungsweise in den Monopolkapitalismus und die Racketgesellschaft ein sehr ökonomistisch geprägtes ist. Der von ihm mit dem Racket entwickelte Begriff des Politischen ist daher ebenfalls häufig sehr im Sinne einer bloßen Funktion des Ökonomischen gefasst, wie auch Hendrik Wallat dargestellt hat.⁵³ Horkheimer fällt damit manchmal selbst hinter den von ihm formulierten Anspruch zurück, historische Entwicklung dialektisch, und nicht bloß als Abfolge von Stadien zu begreifen.⁵⁴

Horkheimers ökonomistische Betrachtungsweise ist Ausdruck einer nicht hinreichenden Unterscheidung zwischen dem abstrakt-allgemeinen ökonomischen Subjekt der Souveränität, dem Kapital, und

dem je konkreten politischen Subjekt der Souveränität, das in höchst unterschiedlichen Formen auftreten kann. Also eine Unterscheidung zwischen zwei für die Kritik der Gesellschaft bedeutsamen Hinsichten auf die kapitalistische Souveränität, deren Vernachlässigung letztlich sogar die *Konstitutionsbedingungen* moderner kapitalistischer Souveränität selbst verdrängt. Kapitalsouveränität jedoch „ist reine, sich selbst reproduzierende Abstraktion, die es als solche natürlich gar nicht geben kann, sondern die zur realen Abstraktion erst dadurch wird, daß ihr gesellschaftliche Institutionen zur Verfügung stehen“⁵⁵, wie Manfred Dahmann hierzu schreibt. Denn „so wenig die Ware selbst zu Markte gehen kann, so wenig kann es reale Souveränität ohne Personalität geben“⁵⁶ und ohne ein Territorium, an das sie gebunden ist, wie hinzuzufügen wäre. Deshalb kann die konkrete politische Souveränität, die an den jeweiligen Nationalstaat und dessen politische Organisationsform gebunden ist, auch nie vollständig jener abstrakt-allgemeinen Souveränität des automatischen Subjekts entsprechen, und anders als diese kann sich politische Souveränität nur im Plural konstituieren, was das Verhältnis der Staaten zueinander impliziert.

Es gilt also festzuhalten, dass das automatische Subjekt nicht unmittelbar in die geltende politische und rechtliche Ordnung eingreifen kann, wie der Begriff des Souveräns klassischerweise meint. Und so hängt es von den je konkreten Umständen der gesellschaftlichen und politischen Ordnung und ihrem Personal ab, ob die von der ökonomischen Krise vorgegebene Tendenz zur Suspendierung oder Aufhebung dieser Ordnung führt, wobei insbesondere zu berücksichtigen wäre, inwiefern in einem System von checks und balances sich das Recht dieser Tendenz entgegengesetzt bzw. entgegengesetzen kann. Es sind diese je konkret zu untersuchenden Umstände, die dazu führten, dass der Nationalsozialismus von Deutschland, und nicht von Italien,

der Sowjetunion oder gar den USA ausgegangen ist.⁵⁷

Um auch dies mit dem Racketbegriff zu fassen, hätte Horkheimer die Nichtidentität von ökonomischem und politischem Souverän reflektieren müssen. Stattdessen hat er diesen tendenziell als bloße Funktion von jenem begriffen, was mit Blick auf den Nationalsozialismus insofern zutrifft, als dort die dem Kapital inhärente Tendenz zur negativen Selbstaufhebung in das wahnhaftige Projekt der Vernichtung um ihrer selbst willen transformiert worden ist.⁵⁸

In den USA hingegen blieben Gewaltenteilung und rule of law trotz der Racketstrukturen, die sich auch dort in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen etablierten bzw. ausweiteten, grundsätzlich intakt.⁵⁹ Friedrich Pollock hat diese Differenz insofern herausgestellt, als er seiner Konzeption des „Staatskapitalismus“ die Unterscheidung von demokratischem und autoritärem Staatskapitalismus zugrunde legte. Die demokratische Version entspricht der *pax americana*, die, wie Philipp Lenhard deutlich macht, einen „Sieg der Humanität über die Barbarei“⁶⁰ darstellt, den Pollock als Niederlage Deutschlands im Übrigen bereits in seinem Aufsatz „Ist der Nationalsozialismus eine neue Ordnung?“ von Ende 1941 antizipiert hatte.⁶¹

Die Frage, *weshalb* sich die USA dem Vernichtungskrieg der Deutschen entgegenstellten, führt zurück zu der Feststellung, dass es Souveränität nur im Plural gibt, das Verhältnis der Staaten zueinander daher auch als konstitutives Element von Souveränität begriffen werden muss.⁶²

Weder Horkheimer noch Pollock haben ihre Überlegungen vor dem Hintergrund des von Gerhard Scheit in Anlehnung an Leo Strauss betonten Primats der Außenpolitik entfaltet, also ausgehend vom Verhältnis der Staaten zueinander. Das ist umso erstaunlicher, als ihre maßgeblichen Entwürfe zu einer Zeit entstanden sind, als der Zweite Weltkrieg in vollem Gange war.

scheidung treffen ließ. Jedoch haben sie die Bedeutung des Antisemitismus für die *außenpolitische* Eskalation und damit nicht nur für die Art und Weise der Kriegsführung, sondern insbesondere auch für die *Kriegsziele* erst spät, und auch dann nicht hinreichend gesehen: dass nämlich dem Judenmord alles andere untergeordnet wurde. Es lassen sich daher auch Belege angeben, wonach Horkheimer und Pollock in ihren Analysen bisweilen der Tendenz zu einer „Weltinnenpolitik“ zuzuneigen scheinen, so etwa Horkheimer, der im November 1936 in einem Brief an Adorno den Eindruck formuliert, „daß früher die Außenpolitik wesentlich der unfreiwillige Ausdruck der inneren Spannungen war, während heute die Innenpolitik in gewisser Weise zur Funktion der gemeinsamen sozialen Interessen der herrschenden internationalen Gruppen und ihres Anhangs geworden ist“ (HGS 15, S. 723). Und im Nachlass Friedrich Pollocks findet sich ein auf August 1942 datiertes Typoskript, in dem eine „Theorie des 2. Weltkrieges“ zum Desiderat erklärt wird. Dort heißt es unter anderem stichwortartig: „Tendenz zur Verständigung aller Rackets, so dass der Krieg zu einer inter-Racket Angelegenheit wird“ (MHA XXIV 7,71). Die mangelnde Unterscheidung von abstrakt-allgemeiner Kapitalsouveränität und je konkret politischer Souveränität dürfte dazu beigetragen haben, dass Horkheimer die Unterschiede in der konkreten Gestaltung politischer Souveränität wie auch die Auswirkungen dessen auf das Verhältnis zwischen den Staaten nicht ausreichend *in seine Überlegungen für eine Rackettheorie* miteinbezogen hat; nur um diese geht es an dieser Stelle, mehr soll also nicht behauptet werden.

⁶⁴ Otto Kirchheimer, In Quest of Sovereignty. In: *The Journal*

of *Politics*, Vol. 6, No. 2 (May, 1944), S. 139-176. Deutsche Übersetzung: Otto Kirchheimer, Zur Frage der Souveränität. In: ders., Politik und Verfassung, Frankfurt am Main 1964, S. 57-95.

⁶⁵ Max Horkheimer, *Die Aktualität Schopenhauers (1961)*. In: Gesammelte Schriften, Band 7: Vorträge und Aufzeichnungen 1949-1973. Frankfurt am Main 1985, S. 124; Hervorhebung durch den Verfasser dieses Artikels.

⁶⁶ Thomas Hobbes, *Leviathan*. Frankfurt am Main 1966, S. 141.

⁶⁷ Ebd., S. 269.

⁶⁸ Vgl. ebd., S. 271.

⁶⁹ Ebd., S. 96; Hervorhebung durch den Verfasser dieses Artikels.

⁷⁰ Die Analyse dieses Zusammenhangs ist ein zentraler Aspekt des Aufsatzes von Gerhard Scheit in dieser Ausgabe.

⁷¹ Vgl. Manfred Dahlmann, *Das Rätsel der Macht*. Freiburg/Wien 2017, S. 45, S. 49.

⁷² Manfred Dahlmann, Souveränität und Gegensouverän, S. 246ff.

⁷³ In diesem Zusammenhang stützt Dahlmann auch seine Darstellung der Souveränität als Gewalt unterbindende Gewalt, wenn er anmerkt, man könne dem Souverän getrost „unterstellen, daß ihm der Frieden lieber ist als der Krieg, denn dieser kostet ihn nur ‚unnötig‘ Geld. Es ist immer der nur potentielle Souverän, der angreift: anders kann dieser gar nicht agieren. Wenn er sich dessen ungeachtet in die Verteidigerposition begibt, ‚von nun an wird zurückgeschossen‘, so will er nur kaschieren, daß er die Souveränität sich nur anmaßt, will damit behaupten, er sei der wahre, der legitime Souverän, dessen Legitimität der Angreifere bestritten habe.“ Manfred Dahlmann, Souveränität und Gegensouverän, S. 245, Anmerkung 5.

Horkheimer hat etwa hinsichtlich seiner Racketkritik nicht reflektiert, dass wenn Konkurrenz in unvermittelten Machtkampf umschlägt, davon auch das Verhältnis der Staaten zueinander betroffen ist.⁶³ Dasselbe gilt für Otto Kirchheimer, obwohl er der einzige ist, der in dem als Beitrag zum Racket-Projekt gedachten Aufsatz „In Quest of Sovereignty“ die Frage der Souveränität explizit ausführt.⁶⁴

Horkheimer hat in einem späteren Aufsatz zur Aktualität Schopenhauers von 1961 den Zusammenhang von Innenpolitik und Außenpolitik als Voraussetzung der Souveränität zumindest insofern angesprochen, als er den Staat dergestalt fasst, dass dieser „durch Sanktionen die Individuen voreinander und seine Bürger vor anderen Staaten schützt“⁶⁵. Damit ist er Thomas Hobbes argumentativ nahe, der schreibt: „Mit der Souveränität ist das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlusses gegenüber anderen Staaten und Nationen verbunden, das heißt die Beurteilung, wann dies dem öffentlichen Wohl dienlich ist“⁶⁶. Und an anderer Stelle: „Über die gegenseitigen Pflichten der verschiedenen Souveräne, die in dem Gesetz, das man gewöhnlich Völkerrecht nennt, enthalten sind, brauche ich an dieser Stelle nichts zu sagen, da Völkerrecht und Gesetz der Natur dasselbe sind.“⁶⁷ Das Gesetz der Natur aber ist der Kriegszustand.⁶⁸ Das *Wesen des Krieges* besteht Hobbes zufolge jedoch „nicht in *tatsächlichen* Kampfhandlungen, sondern in der *bekanntesten Bereitschaft* dazu während der ganzen Zeit, in der man sich des Gegenteils nicht sicher sein kann“⁶⁹.

Hobbes hat mit dem Wesen des Krieges zugleich eine wichtige Bestimmung der Souveränität im Verhältnis der Staaten zueinander benannt: die Fähigkeit und vor allem die *bekannteste* Bereitschaft zu Kampfhandlungen, solange man sich nicht sicher sein kann, dass es zu diesen nicht kommen wird, und diese Sicherheit gibt es als vollständige zwischen den Staaten bekanntlich nie. Man kann sich diesem Gegenteil des

Kampfes, von dem Hobbes spricht, nur annähern, im Sinne eines Hegemons, dessen Fähigkeit und Bereitschaft zu Kampfhandlungen seinem Begriff nach ebenso *bekannt* ist wie die Wahrscheinlichkeit hoch, dass er siegreich daraus hervorgehen wird – daher auch die Rede von der *pax americana*. Doch selbst dies setzt die Existenz von rational agierenden Gegnern voraus; die tatsächlich, wie Horkheimer den Rackets noch unterstellte, die eigene Selbsterhaltung zum Primat machen, und nicht den Vernichtungswahn.⁷⁰

Die bekannte Bereitschaft zu Kampfhandlungen, von der Hobbes spricht, indem er sie zugleich auf das öffentliche Wohl orientiert, ist also das genaue Gegenteil vom *Zwang* zum Losschlagen, wie sie dem Racket eigentümlich ist. Manfred Dahlmann hat die Souveränität daher auch treffend als Gewalt unterbindende Gewalt bezeichnet.⁷¹ An anderer Stelle fasst er das Racket als „Gegensouverän“⁷². Und gegensouverän ist es in der Tat insofern, als es die Bereitschaft des Souveräns zu Kampfhandlungen in Frage bzw. auf die Probe zu stellen und damit die Souveränität des Souveräns zu untergraben bzw. anzufechten versucht.⁷³ Dazu bleibt dem Racket nur der Kampf, der aber natürlich mit verschiedenen Mitteln geführt werden kann – man denke nur an die vermeintlich ‚friedlichen‘ Demonstrationen im Gaza-Streifen an der Grenze zu Israel⁷⁴ oder die verschiedenen so genannten Gaza-Flotillas; nicht selten firmiert das Racket auch als NGO.⁷⁵

Wie Otto Kirchheimer in seinem Beitrag zur Rackettheorie unter dem Titel „Zur Frage der Souveränität“ festgestellt hat, galt schon Carl Schmitts theoretisches Bemühen der Möglichkeit, den Begriff des Politischen zu formulieren, ohne dass ein „dauerndes Subjekt der Souveränität“⁷⁶ überhaupt noch vorhanden bzw. für diesen Begriff notwendig wäre, ohne ein Subjekt also, „das darauf bedacht und in der Lage wäre, die Interessen und Wünsche der verschiedenen Gruppen und Parteien ins

Gleichgewicht zu bringen. [Schmitt] ging [...] dazu über, Souveränität jenen Personen oder Gruppen zuzusprechen, die unter außergewöhnlichen Umständen sich als fähig erweisen, politische Herrschaft auszuüben⁷⁷ – und zwar wurde diese Fähigkeit von Schmitt als momentane, keinesfalls notwendig auf Dauer, vorausgesetzt.

Das Racket ist der Begriff für diese von Schmitt letztlich propagierte post-etatistische, post-souveräne neue „Substanz der politischen Einheit“⁷⁸. Wo es nur mehr prekäre Übereinkünfte der Rackets gibt, da herrscht der auf Dauer gestellte Ausnahmezustand im Innern, und nach außen der Kriegszustand in Permanenz, und zwar in dem Sinne, dass die Bereitschaft zum Kampf auch unablässig immer wieder unter Beweis gestellt beziehungsweise, wie Hobbes sagt, bekannt gemacht werden muss, damit die Fähigkeit zur politischen Herrschaft nachgewiesen werden kann.⁷⁹ Die Verhältnisse, auch angesichts bloß prekärer gemeinsamer Interessen, bleiben instabil, wie Otto Kirchheimer schrieb.⁸⁰ Der Kampf der rivalisierenden Rackets darum, wer gerade die „Substanz der politischen Einheit“ verkörpert, hört nicht mehr auf.

Auch hinsichtlich der Souveränitätsanmaßung der Rackets lässt sich Kirchheimers Unterscheidung übernehmen, ob sie nun nur „darauf bedacht“, oder tatsächlich auch „in der Lage“ sind, Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Gruppen und Parteien zu einem Ausgleich zu bringen. Denn diese Unterscheidung ist bedeutsam hinsichtlich der prekären Einheit, die in der Racketgesellschaft jenseits der Souveränität noch bleibt, sofern es nicht schlicht zum kompletten Zerfall und damit offenen Bandenkrieg kommt. Die Frage, ob es gelingt, einen beabsichtigten Ausgleich der Interessen tatsächlich zu schaffen und so die Dynamik innerhalb einer Struktur von Rackets bis zu einem gewissen Maß auch zu kontrollieren, lässt sich von der Frage nach der postsouveränen politischen Einheit nicht trennen, und durch

diesen Zusammenhang ist auch die Stabilität beider, der politischen Einheit wie des Interessenausgleichs, bedingt.

Aktuell lässt sich das anhand des Machtgefüges der Russischen Föderation studieren,⁸¹ wo der russische Staatspräsident Wladimir Putin sich zwar bislang erfolgreich an die Spitze der konkurrierenden Rackets gesetzt hat, gleichwohl jedoch blieb seine Machtposition letztlich immer prekär. Seine Funktion als Integrator widerstreitender partikularer Interessen beruht ganz auf seiner situationsbedingten Willkür. Er macht sich die permanente dynamische Konkurrenz, in der die verschiedenen Rackets um die besten Positionen wie um den Einfluss auf den Präsidenten rangeln, zu Nutze, um sie gegeneinander ausspielen zu können und seine Machtposition dadurch zu festigen. Die ökonomische Entwicklung Russlands kann als Indiz dafür genommen werden, wie prekär die von Putin geschaffene Einheit ist, die nur halten wird, so lange es etwas zu verteilen gibt. Das Eigentumsrecht steht dabei immer unter Putins Vorbehalt. Dieser Bedeutungsverlust des (Eigentums-)Rechts wiederum schreckt nicht nur Investoren ab, sondern macht auch die prinzipielle gesellschaftliche Übereinkunft prekär, wonach Reichtum nur über Verträge und deren Einhaltung angeeignet werden kann. Auf diese Weise wird die Racketstruktur weiter gestärkt.

Statt die häufig angekündigte wirtschaftliche Diversifizierung umzusetzen, hat der russische Staatspräsident darüber hinaus erfolglos versucht, „das Land in zentralen Bereichen [...] ‚autark‘ zu machen“⁸², wie etwa der Wirtschaftswissenschaftler Andrej Movčan schreibt. Ihm zufolge befindet sich Russland „in einem krisenhaften Prozess des Niedergangs, der Archaisierung und des Verlusts der Konkurrenzfähigkeit. Es spricht wenig dafür, dass Russland aus der Gefangenschaft im Ressourcenzyklus und damit aus der Krise entkommen kann“⁸³, woran auch der

⁷⁴ Der medial verbreiteten Behauptung, es habe sich bei den Protesten im Mai 2018 nahe der Grenze zu Israel um ‚friedliche‘ Demonstrationen gehandelt und nicht etwa um einen unmittelbaren Angriff auf die Souveränität des jüdischen Staates, sekundierte auch Federica Mogherini. Die Außenbeauftragte der Europäischen Union forderte Israel am 14. Mai dazu auf, das, was auch für Diplomaten zweifellos als Attacke auf die Integrität Israels identifizierbar war, als innenpolitisches Problem und den einen solchen entsprechenden Mitteln und Maßstäben zu behandeln: Israel müsse das Recht auf friedlichen Protest sowie das Prinzip der Verhältnismäßigkeit beim Einsatz von Gewalt respektieren, so Mogherini in ihrer Stellungnahme; ganz so, als handle es sich um eine außer Kontrolle geratene Demo gegen die G20 oder den IWF. Die Strategie, Israel zur Selbstentwaffnung zwingen zu wollen, entspricht dem Unwesen, das die Europäische Union selbst verkörpert, als der unbewaffnete, nicht-souveräne und von deutschen Interessen dominierte Un-Staat, welcher die EU faktisch ist: Sofern die Frage ihrer politischen Einheit nicht im Sinne einer europäischen Souveränität geklärt ist (eingedenk aller Konsequenzen, die sich aus dem vollverantwortlichen Eintritt in den latenten Kriegszustand zwischen den Staaten ergeben), tendiert die EU geradezu zwangsläufig dazu, gegen-souverän zu agieren, und dies insbesondere im Verhältnis zu Israel, wie sich in der Iran-Politik zeigt, wo Kritiker des aktuellen Kurses der EU in keiner ihrer Institutionen eine maßgebliche Rolle spielen. Vgl. Statement by High Representative/Vice-President Federica Mogherini on violence in Gaza and latest developments, <https://eeas>.

europa.eu/headquarters/head-quarters-homepage/44510/statement-high-representative-vice-president-federica-mogherini-violence-gaza-and-latest_en.

⁷⁵ Vgl. Thorsten Fuchshuber, From Wilhelm Marr to Mavi Marmara: Antisemitism and Anti-Zionism as Forms of Anti-Jewish Action, in: Alvin Rosenfeld (ed.), *Anti-Zionism and Antisemitism: The Dynamics of Delegitimization*. Indiana 2019 (im Erscheinen).

⁷⁶ Otto Kirchheimer, Zur Frage der Souveränität, S. 92.

⁷⁷ Ebd.

⁷⁸ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*. Text von 1932 mit einem Vorwort und drei Corollarien. 7. Auflage, 5. Nachdruck der Ausgabe von 1963. Berlin 2002, S. 39.

⁷⁹ Dieses Verhalten ist jedoch nicht mit Souveränität zu verwechseln, wie es journalistische Texte bisweilen nahelegen, um dann etwa Rackets wie die Hamas, die von anderen islamistischen Rackets herausgefordert werden, gegenüber diesen als respektabel, gemäßigt und als quasi-souveränen Herrschaftsverband – kurz: als möglichen Partner deutscher Außenpolitik – anzupreisen. Vgl. etwa Alexandra Förderl-Schmid, Warum die Hamas nun mit Islamisten kämpft. *Süddeutsche Zeitung*, 12.01.2018, <http://www.sueddeutsche.de/politik/palastinenser-kampf-der-islamisten-1.3822891>, letzter Zugriff 15.10.2018.

⁸⁰ Vgl. Otto Kirchheimer, Zur Frage der Souveränität, S. 95.

⁸¹ Vgl. Thorsten Fuchshuber, Meister der Rackets. Die Russische Föderation unter der Herrschaft von Wladimir Putin. In: *sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik*. Nr. 7, Freiburg 2015, S. 3-15.

⁸² Andrej Movčan: Russlands Volkswirtschaft 2016, Fundamentaldaten einer fundamentalen Krise. *Osteuropa*, 66. Jg.,

inzwischen wieder angestiegene Ölpreisstrukturell nichts ändern wird.

Um seine Macht auch jenseits zu verteilerender Renten zu konsolidieren, ist Putin daher ständig darum bemüht, die Gewalt und ihre Exekutivorgane unter seiner persönlichen Ägide und innerhalb eines informalen Systems persönlicher Abhängigkeiten zu massieren, anstatt sie institutionell zu monopolisieren. Die rule of law wurde durch den permanenten, teils mit hoher Intensität geführten Machtkampf der rivalisierenden Rackets innerhalb des sogenannten „System Putin“ abgelöst, woraus sich dessen zum Teil ebenso latente wie manifeste Aggressivität nach innen wie nach außen erklärt. Einheit, Unteilbarkeit und Dauerhaftigkeit als Attribute der Souveränität sind in der Russischen Föderation nur sehr prekär gegeben.

Um trotz der unablässigen Racketkämpfe die Schaffung einer „in sich befriedeten [...] organisierten politischen Einheit“⁸⁴ zu erzwingen, muss Carl Schmitt zufolge eine Feindbestimmung vorgenommen werden. Diese wird im russischen Racketstaat tendenziell noch erratisch vorgenommen, hat sich aber in den vergangenen Jahren im Inneren bedrohlich auf Schwule und Lesben als Repräsentanten der ‚Dekadenz des Westens‘ zugespitzt.

Carl Schmitt indes ließ keinen Zweifel daran, dass sich die in sich befriedete organisierte politische Einheit letztlich nur über die Bestimmung einer Feindschaft von „äußerste[m] Intensitätsgrad“⁸⁵ erreichen lässt und dass dieser wahre und totale Feind die Juden seien.⁸⁶ Hier tritt die zentrale Bedeutung des Antisemitismus im Zusammenhang mit den Rackets hervor.⁸⁷ Doch auch wo sich Rackets nicht explizit als antisemitische Mordkollektive formieren, ist die Tendenz gegeben, dass sich die politisch-paranoide Struktur der Rackets, die allein die Unterscheidung von Freund und Feind, ‚drinnen‘ oder ‚draußen‘ kennt,⁸⁸ mit dem antisemitischen Wahn amalgamiert, der in den Gesellschaf-

ten herrscht und durch die Subjektconstitution der sich in den Rackets zusammenschließenden, vermittlungslos-unmittelbar zusammengezwungenen und daher sozial atomisierten Racketeers noch verstärkt wird.

Es ist daher wichtig zu analysieren, ob eine Struktur von Rackets eine, wie Gerhard Scheit es in dieser Ausgabe formuliert, „einheitsstiftende Gravitationskraft“ entwickelt und wie diese jeweils beschaffen ist.⁸⁹ Und weil in der Islamischen Republik Iran alle „um die Macht rivalisierenden Rackets auf die Vernichtung eines totalen Feindes“, des Staates der Juden, ausgerichtet werden,⁹⁰ ist die Racketstruktur des iranischen Regimes letztlich von größerer Einheit und Festigkeit als jene des Systems Putin, obwohl beide auf der Auslöschung beziehungsweise Dementierung der Vermittlungen basieren.

Grundsätzlich ist der bereits erwähnte Zwang zum Losschlagen dem Regime im Iran nicht weniger inhärent als dies beim Nationalsozialismus der Fall war.⁹¹ Aufgrund der verfügbaren Öl-Renten, nicht zuletzt aber auch aufgrund der konkreten Form, die der djihadistische Wahn annimmt, indem Souveränität und Vermittlungen immer schon durch das Gebot der Religion ersetzt sind, erweist sich der iranische Unstaat jedoch als „von dem Druck frei, die Vernichtung in ähnlicher Beschleunigung wie der nationalsozialistische durchzuführen“⁹².

Zwar sind nun sowohl die USA als auch der Nationalsozialismus und die Islamische Republik Iran innerhalb des Weltmarkts entstanden, gegen dessen Vermittlungsformen die beiden letztgenannten sich richten.⁹³ Es zeigt sich jedoch an Deutschland und den USA (und auch an den faschistischen Diktaturen Italiens und Spaniens), welchen Unterschied es macht, ob sich eine Gesellschaft in der Krise vollständig mit der Tendenz zur negativen Selbstaufhebung des Kapitals identifiziert, wie in Deutschland im Wahn von

vermittlungsloser und daher krisenfreier Mehrwertproduktion, die durch die Vernichtung derer, die als Agenten der Vermittlung halluziniert wurden, vorangetrieben werden sollte. Oder ob es, wie in den USA, einen politischen Souverän gibt, der angesichts dieser Tendenz zur negativen Selbstaufhebung des Kapitals einschreitet, um als Hegemon die Grundlagen der Kapitalverwertung aufrechtzuerhalten bzw. wiederherzustellen.

Wird der Racketbegriff also dialektisch und nicht soziologisch entfaltet, das Racket daher als in einer je zu bestimmenden gesellschaftlichen Konstellation enthaltenes Moment begriffen, dann kann mit ihm, statt diese bloß zu klassifizieren, die Entwicklung und Durchsetzung von Tendenzen beschrieben werden, gerade weil der Bezug auf die Totalität begrifflich erhalten bleibt; die Darstellung ist dann zugleich

Kritik. Auf diese Weise lässt sich mittels des Racketbegriffs zum einen ein Selbstunterschied innerhalb ein- und desselben Verhältnisses markieren, indem bestimmte Momente, gesellschaftliche Instanzen und Funktionen, an Bedeutung gewinnen, während das Verhältnis als solches dasselbe bleiben kann. Zum anderen lässt sich zeigen, wie die Bedingungen für den Fortbestand dieses gesellschaftlichen Verhältnisses dadurch untergraben werden, bis zu dem Punkt, wo eine bloß auf instrumenteller Vernunft basierende Selbsterhaltung diese in den Wahn der Zerstörung umschlagen lässt. So begriffen, kann der Bezug auf die Rackettheorie die politische Urteilskraft stärken, die einmal mehr verzweifelt darum bemüht sein muss, im schlechten Ganzen das Schlimmste zu identifizieren, das es vorweg zu verhindern gilt.

Einheit und Zerfall

Anmerkungen zur Lage der Ideologiekritik

Hans Hermann Keuner

Die ideologiekritische Szene hat sich allerspätestens mit den Erfolgen des sogenannten Rechtspopulismus von Donald Trump bis zur AfD vor allem an der Frage, wie die Stellung dieser Akteure zur nachbürgerlichen Republik und zum Islam zu bewerten sind, zerlegt. Vereinfacht gesprochen hat sich die Ideologiekritik zu zwei Extremen hin polarisiert: Der erste, politisch – und damit: akademisch – erfolgreichere Typus ist niemals über den Status eines sich reflektiert gerierenden Marxismus hinausgekommen oder auf diesen regrediert.¹ Er weiß von der Kritischen Theorie

etwa, dass sich gesellschaftliche Entwicklungen psychisch niederschlagen, vor allem aber, dass es autoritäre Persönlichkeiten gibt. Diese findet er in den rechtsnational-völkischen Formationen des sogenannten Rechtspopulismus und schießt damit sicher nicht vollends am Ziel vorbei. Indes: Diese Ideologiekritik hat zur schlechten Aufhebung der autoritären Persönlichkeit im postmodernen Kapitalismus rein gar nichts zu sagen. Ihr zentraler Gegenstand ist die konformistische Revolte und der völkische Nationalismus der ‚Neuen Rechten‘ – gleichermaßen Symptome der Wendung des Neoliberalismus zum „autoritären Staat“. In ihren elaborierteren Varianten, die im Gegensatz zur ordinären linken Phraseologie zum islamischen Anti-

5/2016, S. 33–49, S. 37f.

⁸³ Ebd.

⁸⁴ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, S.47.

⁸⁵ Carl Schmitt, *Der Begriff des Politischen*, S. 27.

⁸⁶ Vgl. Carl Schmitt, *Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947-1951*. Berlin 1991, S. 18.

⁸⁷ Gerhard Scheit widmet sich dem in den Abschnitten 3 und 4 seines Aufsatzes in dieser Ausgabe. Er betont, dass die Designierung der Juden zum totalen Feind keineswegs funktionalistisch als „Instrument“, um die Einheit der Rackets in ihrer Rivalität zu ermöglichen, verstanden und also rationalisiert werden könne. Vielmehr handelt es sich dabei um einen Wahn, der in mancherlei Hinsicht dem klinischen Wahn der Paranoia zu entsprechen scheint, von diesem aber dennoch streng zu unterscheiden ist.

⁸⁸ Vgl. Max Horkheimer, *Die Rackets und der Geist*, S. 291.

⁸⁹ Gerhard Scheit, „...einzig das Gesetz der Selbsterhaltung“?, Seite 12 in dieser Ausgabe.

⁹⁰ Ebd.

⁹¹ Gerhard Scheit, Völkischer und islamischer Behemoth. In: Stephan Grigat (Hg.), *Iran, Israel, Deutschland – Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm*. Berlin 2017, S. 92-113, S. 93.

⁹² Ebd., S. 94.

⁹³ Ebd.

¹ Gemeint ist hiermit eine ganze Spannweite von „Nie wieder Deutschland“-Linken wie Thomas Ebermann oder Jutta Ditfurth über undogmatische jungle world-Antideutsche

bis hin zu den Restbeständen akademisierter Gesellschaftskritik und den notorischen „Mitte-Studien“.

² Dieser sehr treffende Begriff stammt von Nancy Fraser (vgl. bspw. Dies.: *The End of Progressive Neoliberalism*, in: *dissent magazine*, 2. Januar 2017, online unter: https://www.dissent-magazine.org/online_articles/progressive-neoliberalism-reactionary-populism-nancy-fraser). Eine deutsche Übersetzung des Artikels findet sich unter dem Titel „Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus“ in den *Blättern für deutsche und internationale Politik*, 2/2017, S. 71-76) und findet sich etwa auch bei Uli Krug, vgl. Ders.: *Disruption und Zivilgesellschaft. Über den Zusammenhang von Protestbewegung und postmodernem Kapitalismus*, in: *bahamas* 79, 2018, S. 20-24.

³ Soweit ich dies überblicke, wird dieses Programm erstmals von Clemens Nachtmann ausformuliert und findet sich seitdem in dieser oder jener Form in der jeder Ausgabe der *Bahamas* wieder, vgl. Ders.: *Vom Altern antideutscher Kritik*, in: *bahamas* 62, 2011.

⁴ Vgl. Maul, Thomas: *Nach Chemnitz. Wie das Kanzleramt den Aufstand gegen die eigenen Staatsorgane probte und niemand es bemerkte*, in: *bahamas* 80, S. 18-30, S. 28f.

⁵ So fundamental sich der Nationalsozialismus vom ordinären Faschismus etwa italienischer Provenienz unterscheidet – der faschistische Staat ist immer noch ein, wenngleich autoritär-hierarchisch durchorganisierter Staat; die politische Form des Nationalsozialismus nach 1933 ist der entgrenzte Unstaat –, lässt sich ihr gemeinsamer Charakter als eine von einem Bündnis aus rechtsradikaler Massenbewegung und herrschender Klasse politisch organisierte Krisenlösung nicht

semitismus keinesfalls schweigen, geht sie nicht im unteilbaren Antifa-Deutschland auf. Diesem Typus der Ideologiekritik ist jedoch mindestens Anschlussfähigkeit an den (links-)liberalen Meinungsbetrieb, also Verwertbarkeit zu attestieren; und damit ist alles über ihn gesagt.

Der zweite Typus der Ideologiekritik ist außerhalb der antideutschen Szene hingegen politisch völlig irrelevant und gruppiert sich um die Redaktion *Bahamas*. Deren Kritik gilt dem „progressiven Neoliberalismus“² und seinen Trägern, also dem erodierenden, aber immer noch übergroßen ökonomisch-politischen Zentrum aus nahezu allen Parteien, den Großverbänden (Kirchen, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände usw.), den Medien, der (politischen) Beamtenschaft in den Staatsapparaten und sonstigen Trägern der Zivilgesellschaft. Offensichtlichste Symptome des progressiven Neoliberalismus seien die Islamisierungstendenzen in den westlichen Gesellschaften und die Preisgabe bürgerlicher Freiheit durch die islamophilen und postnationalen Eliten und ihren Anhängern aus der liberalen Mittelschicht. Damit hat die *Bahamas* zweifelsohne mehr vom qualitativ Neuen in den gegenwärtigen objektiven Tendenzen erfasst als es die versammelten antideutschen Marxisten vermögen. Aus ihrer Kritik des progressiven Neoliberalismus zieht sie die Konsequenz, es sei angesichts der diffundierenden Souveränität zur Verteidigung der altbundesrepublikanischen Regulation aufzurufen.³ Darauf aufbauend kommt sie zu solch abenteuerlichen Schlussfolgerungen wie etwa der, dass die AfD eine „objektiv antifaschistische“ Partei sei.⁴ In Anbetracht dieser allemal bemerkenswerten Entwicklungen der Ideologiekritik scheint es insgesamt geboten, sich über die Bedingungen ideologiekritischer Interventionen sowie über den Zeitkern von Kritik ins Benehmen zu setzen. Beide hier vorgestellten Typen der Ideologiekritik eint das Bedürfnis, den Platz zwischen den Stühlen zu verlassen und dezisionistisch

Partei zu ergreifen. Dieses Bedürfnis hängt dabei, so die These dieses Textes, mit dem Nichtbegreifen der gegenwärtigen Form politischer Souveränität im Spannungsfeld von Einheit und Zerfall zusammen.

I.

Der unbegriffene Nationalsozialismus

Dass die kapitalistische Ökonomie ohne den (bürgerlichen) Staat nicht sein kann, beweisen die Rolle der politischen Gewalt im Prozess der Scheidung der Produzenten von den Produktionsmitteln in der Vorgeschichte des Kapitals, noch der liberalste Nachwachterstaat des 19. Jahrhunderts sowie dessen Aufblähung zum umfassenden Interventionsstaat im Übergang von der liberalbürgerlichen zur spätkapitalistischen Ära. Die innere Widersprüchlichkeit der kapitalistischen Gesellschaft wird *normalerweise* durch die politische Gewalt des Staates zu einer Einheit zusammengeschweißt. Dieser Identität der Nichtidentität entsprang allerdings in der Transformation des liberalen in einen monopolistischen Kapitalismus die Selbstaufhebung des bürgerlichen Leviathans in der faschistischen Krisenlösung. Ihre radikalste Form⁵ fand sie im nationalsozialistischen Behemoth. Wie unbegriffen der Nationalsozialismus letztlich auch für die Linke immer geblieben ist, zeigt sich in ihrem Unverständnis für die Spezifik seiner Krisenlösung in Form der „sich selbst reproduzierenden Krise“⁶. Beim Nationalsozialismus handelte es sich keineswegs um ein spätkapitalistisches Modernisierungsprojekt, dem es darum ging, die massengesellschaftlichen Widersprüche von Arbeit und Kapital sowie die von Souveränität begründendem *demos* und Souveränität selbst autoritär aufzuheben, um so die Profitraten zu sanieren und im Chaos der Krise die Ordnung zu restituieren.⁷ Dies war er zwar alles auch, doch die Krisenlösung, die der „Unstaat“ (Franz Neumann) letztlich

bedeutete, waren eben nicht Staatsstreich und Bürgerkrieg zur Pazifizierung einer ökonomischen, sozialen und politischen Krise durch die dominierenden Fraktionen der herrschenden Klasse, um in der Folge – wenngleich unter autoritär-illiberaler politischer Form – zur weitestgehend an die Durchschnittsprofitraten auf den Weltmärkten gebundenen Kapitalakkumulation zurückzukehren. Das heißt: Zwar installierten die Nazis eine autoritäre Kommandowirtschaft ganz im Interesse des Kapitals. Insgesamt reproduzierte sich der nationalsozialistische Volksstaat aber nicht mehr unter den Bedingungen *normaler* Kapitalakkumulation, also einer gelingenden Wertverwertung. An die Stelle des rechtlich geregelten rationalen Tauschs trat unmittelbare Gewalt, an die Stelle einer über den Markt und durch das Recht vermittelten Verteilung der absoluten Mehrwertmasse ihre unmittelbare Aneignung durch Teilmomente der zerfallenden staatlichen Einheit, der Rackets. Parallel dazu wurde das allgemeine durch das nationalsozialistische Recht, ein bloß technisches Mittel in der Konkurrenz der Banden, ersetzt; die Würde und der Schutz des Menschen, die unaufhebbar an die Würde und den Schutz seiner Rolle als Warensjekt und Staatsbürger gebunden sind, kassiert. Stattdessen ließ der NS den in der Krise zugespitzten antiautoritär-entgrenzten Subjektivismus der Volksgenossen von der Leine und machte sich diese „künstliche Regression“ (Adorno) zunutze. Triebtheoretisch gesprochen hat der Nationalsozialismus die spätbürgerliche Liquidation der bürgerlichen Subjektivität durch die demagogische Entfesselung des Es auf barbarische Weise vollendet. Dies geschah zwar zugunsten „mächtiger wirtschaftlicher und politischer Interessen“⁸, nur eben auf Basis der volksstaatlichen Trennung von Kapitalakkumulation und Warenproduktion.⁹ Die Konkurrenz der mächtigen Rackets und der kleinen Volksgenossen um die absolute Mehrwertmasse und die jederzeit zu anti-

zipierende Gunst des Führers war zugleich Produkt des gesellschaftlichen Zerfalls im Ausnahmezustand wie Bedingung der „sich selbst reproduzierenden Krise“. Allein im letztlich eliminatorischen Antisemitismus und im Raubkrieg realisierte sich die volksgemeinschaftliche Einheit der Teilmomente. Die Zerschlagung dieser Einheit musste folglich von außen, also mit militärischen Mitteln gelingen.

Das Nichtbegreifen der spezifischen Form entgrenzter (Nicht-)Souveränität im Nationalsozialismus verstellte auch den Blick auf den Charakter politischer Gewalt im postnazistischen Deutschland. Hatte die linke Staatskritik schon den Nationalsozialismus zu einer Spielart des „autoritären Staats“ verniedlicht,¹⁰ musste sie seinen Rechtsnachfolger, die Bundesrepublik, zum quasi-faschistischen, mindestens aber autoritären Wolf im Schafspelz aufbauschen, gerade *weil* ihre marxistische Pseudoradikalität den Blick für Wesentliches verstellte. Zwar war politische Herrschaft in der nachkriegskapitalistischen Bundesrepublik durch Techniken des sozialen Friedens gekennzeichnet (z.B. korporative Wirtschaftsplanung, Transformation der Parteien in „staatspolitische Vereinigungen“, „Interklassismus“ usw.¹¹), die unmittelbar auf dem Nationalsozialismus aufbauten. Vor allem wurden Teilmomente des nationalsozialistischen Ausnahmezustands in die rechtsstaatliche *Normalität* integriert und die daraus resultierende Sozialpartnerschaft bedeutet bis heute eine demokratisierte Arbeitsfront. Die Wirtschaftswunder-Deutschen blieben als Warensjekte zwar potenziell dauermobilisiert und in das demokratisierte Racketwesen der Sozialpartnerschaft eingebunden. Die von den Amerikanern erzwungene Demokratisierung war also keine Restauration einer vofaschistischen Ordnung und der Nationalsozialismus lebte in den nach 1945 installierten und ihn zugleich begrenzenden politischen, ökonomischen und rechtlichen Vermittlungsformen nach. Jedoch

wegdiskutieren.

⁶ Scheit, Gerhard: *Suicide Attack. Zur Kritik der politischen Gewalt*, Freiburg i. Brsg., 2004, S. 355.

⁷ Das war in etwa das Programm Carl Schmitts in der Weimarer Republik, das eine autoritär-faschistische Ordnung, aber sicher nicht das organisierte Chaos des nationalsozialistischen Unstaats im Blick hatte.

⁸ Adorno, Theodor W.: *Die Freudsche Theorie und die Struktur der faschistische Propaganda*, in: Ders.: *Kritik. Kleine Schriften zur Gesellschaft*, Frankfurt a.M. 1971, S. 34-67.

⁹ Vgl. Dahlmann, Manfred: *Finanzkrise und deutsche Kriegskasse*, in: *sans phrase* 1/2012, S. 177-187, hier S. 178.

¹⁰ Damit geht der geschichtsblinde Versuch einher, die Geltung des revolutionären Marxismus der Frankfurter aus den 1930er Jahren im Hier und Jetzt einzufordern. Die radikalen 68er stürzten sich auf die Texte der frühen kritischen Theorie und konnten sich mit den Konsequenzen aus den geschichtsphilosophischen Reflexionen der exilierten Institutsmitglieder nicht anfreunden.

¹¹ Vgl. Agnoli, Johannes: *Die Transformation der Demokratie*, Frankfurt a.M., 1968.

¹² Vgl. Adorno, Theodor W.: Die auferstandene Kultur, in: GS 20.2, Frankfurt a.M., 1986, S. 453-464, hier S. 463.

¹³ Ebd., S. 455.

¹⁴ Ebd., S. 460.

¹⁵ Vgl. Adorno, Theodor W.: Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit, in: GS 10.2, Frankfurt a.M., 1977, S. 555-572, hier S. 555.

¹⁶ Wie etwa die Georg-Weerth-Gesellschaft in der Ankündigung ihrer Veranstaltungsreihe zur Karriere, die der Racketbegriff derzeit unter Ideologiekritikern macht, schreibt. Online unter: <http://gwg-koeln.org/2017/09/15/schutz-beute-vernichtung/> und auch in dieser Ausgabe der *Prodomo* dokumentiert.

¹⁷ Vgl. ebd.

¹⁸ Clemens Nachtmann, zit. nach: Scheit 2004, S. 414.

¹⁹ Als *Trente Glorieuses* werden in Frankreich die Jahre wirtschaftlicher Prosperität zwischen 1946 bis 1975 bezeichnet. Der große marxistische Historiker Eric J. Hobsbawm spricht von einem „goldenen Zeitalter“ des Kapitals, vgl. Ders.: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, 2010, S. 324ff.

²⁰ Vgl. Lenhard, Philipp: Die Kontraktion des Kapitals. Überlegungen zum Charakter der Totalität im Spätkapitalismus, in: *Prodomo* 16, 2012, S. 22-28.

²¹ Vgl. ebd., S. 23.

waren die bundesrepublikanischen Institutionen nicht bloß demokratisches Wertegerüst für ein eigentlich noch faschistisches Deutschland. Wenngleich dies nur unter den Bedingungen florierender Kapitalakkumulation möglich war: Die nach der antisemitischen Raserei unter Hitler gerade von Linken kritisierte „Abgespaltenheit [der Deutschen] von der [...] politischen Praxis“¹² bei gleichzeitiger Begeisterung für Kultur war Ausdruck einer Reprivatisierung – und damit einer wieder errichteten Trennung zwischen Privatem und Öffentlichem, zwischen Individuum und Staat. In der neuen politischen *Ordnung* war die „Staatsunmittelbarkeit der Subjekte“ (Clemens Nachtmann) weitestgehend zurückgenommen. Adorno hat diese in ihrer Ambivalenz durchaus auch begrüßenswerten Momente der Reprivatisierung – und ja: auch der Reindividualisierung – der Deutschen nach der Niederlage, im Gegensatz zu den (radikalen) Linken, erkannt: „Isolierung wird nicht länger bloß als Bedrohung, sondern auch als Möglichkeit von Glück erfahren. Das bewirkt von sich aus ein Insichgehen, nächstverwandt der Vergeistigung.“¹³ Zugleich war Adorno sich darüber im Klaren, dass die Tendenz zum „Insichgehen“ dazu diente, den „Rückfall in die Barbarei zu vertuschen“¹⁴, weshalb er im nationalsozialistischen Rechtsnachfolger ununterbrochen „vom Strick“¹⁵ sprach. Die Zivilisierung der Deutschen war dennoch nicht ausschließlich formaler Natur.¹⁶ Ihr faschistisches Potenzial konnte nämlich in den Vermittlungsformen von Markt und rechtsstaatlich-republikanisch gehegtem Staat stillgestellt werden, weil diese nach der Dauermobilisierung im Behemoth Ruhe, Stabilität und den Rückzug ins Privatleben garantierten. Damit korrespondierte die Wiederherstellung der (West-) Deutschen als Warensjekte und Staatsbürger, wenngleich der Volksgenosse in ihnen keinesfalls aufgehoben, sondern bloß gebändigt und damit immer auch angelegt blieb – wie auch die Bundesrepublik

Momente der vorherigen *Unordnung* integrierte. Denn die „Kanalisation, Bändigung und Umleitung der wahnhaften und destruktiven Triebe auf Ersatzobjekte bei gleichzeitiger Verwehrung der asozialen Triebe auf Ersatzobjekte“¹⁷ gelang zuvorderst auf Basis des nachkriegskapitalistischen Wirtschaftswunders, welches das wichtigste Ersatzobjekt darstellte. So sehr es stimmt, dass der bundesrepublikanische Staat „ohne politisch-rechtlichen Legitimationsbruch in den Ausnahmezustand übergehen kann“¹⁸, ist dieses Nichtverhältnis bzw. diese Identität von Normalität und Ausnahmezustand – gerade mit Blick auf die Kontrastfolie Nationalsozialismus – Ausdruck einer stabilen und damit zivilisiert-bürgerlichen Form politischer Ordnung. Was seit dem Ende der *Trente Glorieuses*¹⁹ zu beobachten ist, ist die sukzessive Erosion dieser Konstellation.

II.

Nach den Trente Glorieuses

Zum Verhältnis von Einheit und Zerfall im globalisierten Spätkapitalismus hat Philipp Lenhard in einer früheren Ausgabe der *Prodomo* Wesentliches geschrieben.²⁰ Die Inter- und Transnationalisierung des Kapitals, ein Prozess, der sich schon vor dem Ende der *Trente Glorieuses* andeutete, hat ganz offensichtlich nicht zu einer Universalisierung liberal-bürgerlicher Verkehrsformen geführt. Die kapitalistische Weltgesellschaft bleibt in Zentrum und Peripherie gespalten, stellt in dieser Nichtidentität jedoch eine wie auch immer widerspruchsvolle Einheit dar. Das heißt: Im Prozess seiner Globalisierung ermöglicht das Kapital zwar nur einer kleinen Reihe von Staaten den Anschluss an die alten kapitalistischen Zentren, reproduziert die Peripherie aber „in der Sphäre des Kapitals“.²¹ So gibt es heute weltweit nichts mehr außerhalb des Kapitals, noch die überflüssigste Peripherie ist an die kapitalistische Reichtums-

produktion gekoppelt. Was für die Reproduktion des Kapitals auf globaler Ebene gilt, zeigt sich auch in den Nationalstaaten. Mit der Transformation staatlicher Souveränität in der fortgeschrittenen Globalisierung reißen die im Nachkriegskapitalismus zur absoluten Vergesellschaftung zusammengeführten Teilmomente auseinander. Ihre Einheit kann sich nur in veränderter – und ganz offensichtlich prekärer – Form erhalten. Zentrales Movens der Zersplitterung ist der tendenzielle Fall der Profitrate. Zur Rettung der Profitraten sind seither eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen worden. Von den Staaten moderiert hat sich das Kapital seit den 1970er Jahren finanzialisiert und internationalisiert. Beides bedeutet nicht nur *Lösung* von Krise und Wachstumsstagnation, sondern auch ihren *Aufschub* sowie die Potenzierung der Krisenpotenziale – wie sich in der Häufung und Verkettung von Krisen in den vergangenen viereinhalb Jahrzehnten zeigt. In den sogenannten Strukturformen sind – mal mit Unterstützung, mal gegen den erklärten Willen der Politik – arbeitsintensive und im Weltmarktmaßstab unrentable Sektoren liquidiert und aus den westlichen Industriegesellschaften ausgelagert worden. Die Steigerung der Produktivität durch die Modernisierung der Produktionsmittel ist grundsätzliches Moment in der kapitalistischen Konkurrenz. Unter den besonderen Bedingungen einer Krise oder einer relativen Wachstumsstagnation erhöht sich nun auch die organische Zusammensetzung des Kapitals in einem besonderen Maße zuungunsten des variablen Kapitals. Insgesamt haben diese Prozesse in den alten kapitalistischen Zentren Unmengen an variablem Kapital, also an Trägern der Ware Arbeitskraft, freigesetzt. Wieso Arbeitslosigkeit hierzulande dennoch *kein* Massenphänomen ist, vermag nur auf den ersten Blick zu verblüffen, hat dies doch etwas mit dem Verhältnis von (variablem) Kapital und Souveränität in Deutschland zu tun.²² Zugleich wurde mit den oder

gegen die Gewerkschaften die Intensivierung der Ausbeutung oder „Lohnzurückhaltung“ durchgesetzt. Auch Sozialstaats- und Arbeitsmarktreformen wie die (Teil-) Privatisierung der Altersvorsorge oder die Hartz-Reformen haben den Druck auf die Beschäftigten dermaßen erhöht, dass immer mehr Menschen in prekäre Beschäftigungen gezwungen sind. Da darüber hinaus in den turnusmäßig auftretenden Krisen der vergangenen Jahrzehnte nicht nur überschüssiges Kapital vernichtet, sondern eben immer auch variables Kapital freigesetzt wurde, versteht es sich, dass die von jeder Krise und jedem Sanierungsschritt angefachte Angst vor der eigenen Überflüssigkeit und *Funktionslosigkeit* auch auf nicht unmittelbar von sozialem Abstieg bedrohte Schichten übergreift.

Unter den Bedingungen nationalstaatlich gerahmter Massendemokratie – allzumal in Deutschland, wo die Ideologie des Volksstaats nicht nur in den Köpfen, sondern auch institutionell verankert ist – muss der Souverän immer auch *gegen* das Kapital und im Interesse des nationalen Wahlvolks entscheiden.²³ Wie beschrieben hat der deutsche Staat zwar den Zerfall des bundesrepublikanischen Arrangements vorangetrieben. Den Staat allerdings zum Staat der „globalisierten Klasse“ (Alexander Gauland) zu machen, ist nicht nur schlecht aufgewärmter Schmittianismus-Leninismus, sondern zielt an der Sache vorbei. Eben weil der Souverän nicht nur die Profitraten der einzelnen Kapitale im Blick haben muss, sondern seine Reproduktion als politisches Gemeinwesen, gilt sein ganzes Interesse dem einen Ziel, die Vernichtung von Kapital und die Freisetzung von variablem Kapital auf andere Staaten abzuwälzen. Nun ist die Europäische Union keinesfalls unmittelbarer Abdruck einzelstaatlicher Interessen, dennoch hat der Charakter des europäischen Integrationsprozesses Deutschland in die Karten gespielt, zumal in Europa nichts gegen die deutschen Interessen durchgesetzt werden

²² Warum das so ist und warum die meisten Linken inklusive fast aller Marxisten dies nicht begreifen, wird weiter unten ausgeführt.

²³ Auf diesen Gegensatz von Politik und Ökonomie verweist etwa Manfred Dahlmann, vgl. Ders.: Der Euro und sein Staat, in: jungle world 30/2015, online unter: <https://jungle.world/artikel/2015/30/der-euro-und-sein-staat>.

²⁴ Dazu gehört auch eine Stabilitätspolitik, welche die Anleger (also auch die deutschen Staatsbürger) unter Einsatz aller Mittel in der Sicherheit wiegt, dass der deutsche Staat ein tausendjähriger ist und als solcher jede Krise weitestgehend schadlos übersteht, vgl. Dahlmann 2012, S. 181.

²⁵ In welchem Verhältnis dabei bewusste Strategie und ideologischer Wahn stehen, vermag ich nicht zu sagen, wäre aber eine Untersuchung wert. Dahlmann jedenfalls sieht in der deutschen Krisenpolitik einen Ausdruck institutionell verankerter deutscher Ideologie, den Staat als Volksstaat von der Weltmarktbevölkerung abzukoppeln, vgl. Dahlmann 2012, S. 183.

²⁶ Die aktuelle Konjunktur der Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen zeigt indes, dass dieses Mantra auch bald fallen könnte, dass man also sogar dazu bereit ist, auf noch größere Teile der „industriellen Reservearmee“ (Marx) zu verzichten und diese überhaupt nicht mehr mobilisiert zu halten. Dass das Grundeinkommen gerade in wirtschaftsliberalen Kreisen diskutiert wird, verweist jedenfalls darauf, wohin diese Reise gehen dürfte. Nur: Wie hält der Souverän seine Untertanen dann noch im Zaum?

kann. Der Exportweltmeister konnte seine Produktionskapazitäten trotz der allgemeinen Deindustrialisierungstendenzen im alten kapitalistischen Zentrum nicht nur erhalten, sondern teils noch erweitern, weil er sich an seinen Nachbarn schadlos halten konnte. In den seit 2007 auftretenden Krisenprozessen hat der deutsche Souverän sein ganzes Handeln folglich dem Primat untergeordnet, die Entwertung von heimischem Kapital²⁴ und damit die Freisetzung heimischer Warensjekte hinauszuzögern oder auszulagern. Nur auf Grund dieser letztlich destruktiven Rolle in Europa hat Deutschland trotz allem noch ein gutes Stück der alten volksstaatlichen Einheit erhalten.²⁵ Gerade in der prosperierenden Exportindustrie ist die alte Sozialpartnerschaft nicht ganz verschwunden, wenngleich sich ihre Erosion auch hier, nämlich in der Aufspaltung der Lohnabhängigen in Stammbesitzer und Ausgelagerte, zeigt. Dass das schrumpfende politische Zentrum in den Wirtschaftsverbänden und vor allem in den Gewerkschaften nach wie vor große Unterstützung findet, hat darin seinen gesellschaftlichen Grund. Aber auch die Warensjekte, die aus der geschrumpften Sozialpartnerschaft herausgefallen sind, können sich nur über den Staat reproduzieren, der doch ihren sozialen Abstieg politisch organisiert hat. Ob über die Subventionierung von prekären Arbeitsverhältnissen oder den zurechtgestutzten Sozialstaat organisiert der Souverän die Reproduktion auch der wertunproduktiven Staatsbürger und hält die volksstaatliche Praxis der Vollbeschäftigung auch in Zeiten der tendenziellen Überflüssigkeit des variablen Kapitals mit aller Macht aufrecht. Dies bedeutet eine neue Qualität, hat sich der aktive doch in einen aktivierenden Sozialstaat transformiert.²⁶ Triebdynamisch gesprochen hat der Souverän die im Nachkriegskapitalismus durch die Bindung an das Ersatzobjekt einer starken Wirtschaft gehegten destruktiven Triebe der Staatsbürger von der Leine gelassen.

Zugleich tritt der neue Modus der Souveränität dieser Entfesselung entgegen, indem er in volksstaatlicher Tradition die Menschen in Lohn und Brot hält. Außerdem bindet der vermenschlichte Staat insbesondere die linksliberalen Mittelschichten ideologisch.

Die Rolle, die der Islam in dieser Konstellation in den westlichen Gesellschaften spielt, liegt auf der Hand: So sehr seine Familienökonomie und Alltagspraxis einen Widerspruch zu den Grundprinzipien des kapitalistischen Marktes bedeuten, gehören sie doch zu ihm, weil der Islam dem Souverän so bei der Organisation der Überflüssigen unter die Arme greift. Die Kumpanei nahezu aller politischen Parteien mit den Islamverbänden ist eines der eindrucklichsten Beispiele, wie sich Souveränität durch das Paktieren mit Rackets zu stabilisieren versucht und dabei nicht nur gegenseitiges Potenzial fördert, sondern sich auch selbst den Rackets immer mehr anähnelte. Das Appeasement dem Islam gegenüber ist allerdings nicht bloß „Herrschaftstechnik“, sondern immer auch Ausdruck subjektiven Wahns, Auslagerung der immer weniger gehegten eigenen destruktiven Triebe. Objektive Notwendigkeit und subjektives Bedürfnis fallen hier zusammen. Diese Konstellation spiegelt sich im Verhältnis Deutschlands zum Iran und anderen islamistischen Diktaturen. Hier verschränken sich rationale ökonomische Interessen und der alte deutsche Traum, die US-Hegemonie herauszufordern. Einstweilen protegirt man – schlimm genug – bloß den iranisch-islamischen Gegensouverän und hintertreibt damit die unterstützenswerten antiiranischen und damit proisraelischen Initiativen der Trump-Administration. Der Wahn, der zur Entfesselung des heimischen Gegensouveräns treibt, ist in der Idee aber schon angelegt.

Ganz grundsätzlich ist in den alten Kernländern des Kapitalismus also eine Transformation der Souveränität zu konstatieren, die sich weder auf die Rückkehr

des autoritären Leviathans noch auf Staatszerfall und Bandenwesen reduzieren lässt. Der Souverän stellt die soziale Einheit angesichts ihres schleichenden Zerfalls keinesfalls ruckartig und mit offener Gewalt wieder her. Dazu dürfte unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus mittlerweile sowieso niemand mehr in der Lage sein, nicht einmal die USA. In der politischen Organisation des gesellschaftlichen Zerfalls lässt der Staat dabei einerseits seine gewaltmonopolistischen Muskeln spielen,²⁷ was die Linken als Wiederkehr des „autoritären Staates“ verhandeln. Andererseits ähnelt er sich aber auch dem Gegensoverän an, um gesellschaftliche Einheit in transformierter Form zu erhalten. An der Geschichte und am Erfolg der Zivilgesellschaft, auch in ihrer Partei gewordenen Form, den Grünen, kann dies abgelesen werden. Zivilgesellschaft ist ein Sammelbegriff für die in den Erosionsprozessen der politischen Nachkriegsordnung freigesetzten Staatsbürger. Die Zivilgesellschaft tritt dort auf, wo die Steuerungsfunktion des Staates an seine Grenzen stößt, er politische Widersprüche nicht mehr autoritär aufheben kann. Sie verbleibt aber in einem Verweisungsverhältnis auf den Staat, ergänzt ihn, sie ist selbst verstaatlicht. Die Akteure der Zivilgesellschaft bemängeln, dass der Staat *realiter* von seinen *eigentlichen* Aufgaben abgerückt ist und dienen sich ihm in der Lösung dieses Widerspruches an: So identifiziert sich der zivilgesellschaftliche Wutbürger „durch und durch mit dem Staatszweck und ist Experte für die Frage, wie man diesem Zweck effizienter dienen kann.“²⁸ Dies drückt sich etwa in der Forderung nach mehr direkter Demokratie oder Bürgerbeteiligung aus, welche die klassischen parlamentarischen Aushandlungsprozesse hintertreiben.²⁹ Der Wutbürger³⁰ trat historisch als erstes in den linken Protestbewegungen auf, die sich ohnehin dadurch ausgezeichnet haben, die Lebens- und Arbeitsbedingungen keines einzigen Subalternen verbessert, dafür

aber die gesellschaftlichen Zerfallsprozesse ideologisch rationalisiert zu haben. Die wutbürgerliche Zivilgesellschaft kann aber auch als Bund der deutschen Steuerzahler oder Alternative für Deutschland auftreten. Insbesondere letzterer Typus von Wutbürger krakelt deswegen so laut und spielt die gesamte Klaviatur des direkt-demokratischen Populismus, weil der Staat, der doch eigentlich auch der seine ist, sich partout nicht in Übereinstimmung mit seinem subjektiven Willen bringen lassen will. Die Attraktivität von direkter Demokratie liegt ohnehin darin, dass sie die Phantasie gekränkter Narzissten anregt, aus ihrem Es möge doch endlich allgemeiner Staatszweck werden.

Die grünen Wutbürger, die es auch in Linkspartei, SPD und Union gibt, sind darin derzeit offensichtlich wesentlich erfolgreicher als ihre rechten Pendanten – man denke an die wahr gewordenen feuchten Träume der Protestbewegungen aus den 1970er und 1980er Jahren. Wir haben es hier also offenkundig mit einer Vermenschlichung des Staates zu tun, greift das subjektive Willen der Zivilgesellschaft doch über die Parteien und die politische Beamtenenschaft auf die Staatsapparate über. Die Vermenschlichung des Staates kann nun allerdings nicht losgelöst von der Verstaatlichung der Zivilgesellschaft betrachtet werden.³¹ Denn: Es war ja der nachkriegskapitalistische Staat selbst, der angesichts der kriselnden Kapitalakkumulation diese Entwicklung in Gang gesetzt hat und vermöge seiner sukzessiven Vermenschlichung souveräne Handlungsfähigkeit erhält. Dabei ähnelt er sich zweifelsohne dem Gegensoverän an, bewahrt aber so seine Einheit.

III.

Schluss: Antideutsche Staatskritik zwischen Einheit und Zerfall

Schuldig bleibt dieser Text noch die Begründung für die eingangs aufgestellte

²⁷ Die aktuelle, verfassungsrechtlich mindestens fragwürdige Verschärfung der Polizeigesetze in Deutschland wäre ein Beispiel für diese Entwicklungen.

²⁸ Vgl. Machunsky, Niklaas: Rackets im Staat. Über Staatsmaschinen und Unternehmenskulturen, in: Prodomo 20, 2016, S. 78-88, hier S. 86f.

²⁹ Worüber man nicht vergessen darf, dass diese parlamentarischen Prozesse im Nachkriegsstaat ja selbst schon hochgradig defizitär waren. Johannes Agnoli hat dies nicht von ungefähr als dem Spätkapitalismus immanente „Involutionstendenz“ gefasst, vgl. Ders. 1968, etwa S. 57.

³⁰ Die freigesetzten Staatsbürger, die Wutbürger, sind in der Regel und vor allem anderen Bürger. Sie entstammen nur selten den abgehängten Unterschichten und sind relativ resourcenstark. Die freigesetzten Warensubjekte hingegen sind politisch vor allem stumm und ohne jede Repräsentation.

³¹ Vgl. Machunsky 2016, S. 86.

³² Vgl. Ebermann, Thomas/Trampert, Rainer: Die Offenbarung der Propheten. Über die Sanierung des Kapitalismus, die Verwandlung linker Theorie in Esoterik, Bockgesänge und Zivilgesellschaft, Konkret Literatur Verlag, 1997.

³³ Der notorische Verweis auf die „Studien zum autoritären Charakter“ darf dabei weder bei Ebermann/Trampert, vgl. Dies. 1997, S. 343, noch bei sämtlichen akademischen Rechtsextremismus- und Autoritarismusstudien fehlen.

³⁴ Vgl. Wertmüller, Justus: Der deutsche Anschlag auf die Souveränität, in: bahamas 72, 2015/16, S. 28-34. Für eine genauere, lesenswerte Auseinandersetzung mit Wertmüller vgl. Machunsky 2016.

³⁵ Diese Flucht in den Staat ist dabei im Narzissmus des Kritikers durchaus angelegt. Kritik ist immer auch der Versuch, angesichts der allmächtigen Subjekt-Objektwelt wenigstens noch im Denken über diese zu triumphieren. Mit jedem neuen Misserfolg ideologiekritischer Intervention verhärtet sich das Kritiker-Ich – es wird immer unnachgiebiger, die Polemik verkommt dabei immer mehr zum Jargon. Nun scheint die eigene Ohnmacht den Kritiker gar schon zum Sozialdemokraten und Nationalkonservativen zu machen, jedenfalls in die Arme des Staates zu treiben.

³⁶ Das Lob der Bahamas für Konrad Adenauer als symbolträchtiger Figur alter bundesrepublikanisch-bürgerlicher Souveränität (vgl. Dielle, Andrea: Antideutsche Islamliebe. Der Hass auf die alte Bundesrepublik zielt auf den Westen, in: bahamas 79, S. 41-46) scheint dabei vollkommen zu vergessen, dass dieser einen leidlich demokratischen Grundkonsens und die Zivilisierung der alten antidemokratischen Rechten nur unter ganz anderen ökonomischen und geopolitischen

These. Der linke Antideutsche ist Linker und als solcher völlig blind für das „Altern antideutscher Kritik“ (Clemens Nachtman). Die linksantideutsche Staatskritik bewegt sich auf dem Niveau der „frühen“ Antideutschen. Exemplarisch sei hier Thomas Ebermanns und Rainer Tramperts „Die Offenbarung der Propheten“³² vor allem deswegen kurz angeführt, weil sich seitdem kaum etwas getan hat. So sehr Ebermann und Trampert den Charakter der Zivilgesellschaft und die Deutscherwerden der Opposition im Blick haben, bleibt ihre Analyse letztlich marxistisch und damit blind für den besonderen Charakter von Souveränität in Deutschland. Mit dem Ende des Wirtschaftsbooms der *Trente Glorieuses* seien Staat und Kapital in konzertierter Form zur Sanierung der Profitraten, also zur Sicherung des Standort Deutschlands geschritten. Da der keynesianisch-sozialdemokratische Modus der sozialen Friedenssicherung dieser Sanierung im Weg gestanden habe, sei er demontiert worden. Die Auflösung fordristischer Arbeitsverhältnisse und die Zerschlagung des Sozialstaats, also die erzwungene Senkung der Reproduktionskosten der Lohnabhängigen sei letztlich politisch organisiert gewesen. Zur Absicherung der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion habe sich die herrschende Klasse dann der völkischen Regression bedient und sei zur Feindbestimmung gegen Ausländer und andere Fremdgruppen³³ im Namen der Nation übergegangen. Angesichts des von Helmut Kohl proklamierten *conservative turn* und dem rassistischen Flächenbrand der Wendejahre erscheint dies nicht unplausibel. Darüber sollte jedoch nicht vergessen werden, dass die „geistig moralische Wende“ Kohls schon in den 1990er Jahren durch das proeuropäische Modernisierungsprojekt der Berliner Republik ersetzt worden ist, dessen Konsequenzen die heutigen Linken ganz offensichtlich immer noch nicht begriffen haben. Allerdings fehlt schon im Marxismus Ebermanns und Tramperts

der Blick für die spezifischen volksstaatlichen Kontinuitäten und das Verhältnis von Souveränität und Gegensoveränität in Deutschland. Sie sind Vertreter der These vom autoritären Staat. Und weil diese Linken die Transformation von Souveränität nur als autoritäre Vereinheitlichung denken können, sind sie zumindest objektiv anschlussfähig an die #unteilbar-Zivilgesellschaft gegen rechts.

Demgegenüber zielt die Kritik der Redaktion Bahamas auf die Diffusion des Souveräns, durch den doch allein die Freiheit des Einzelnen auch unter spätkapitalistisch-postnazistischen Bedingungen gedeckt sei. Für diese Spielart der antideutschen Ideologiekritik sind es vor allem die um Angela Merkel gruppierten Zivilgesellschaftsrackets sowie der frei drehende subjektive Wahn der linken Protestbewegungen und der postnationalen Liberalen – beide Ausdruck gesellschaftlicher Fragmentierung nach den *Trente Glorieuses* – die den Staat und das allgemeine Recht untergraben. Als vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung nennt etwa Justus Wertmüller die Flüchtlingskrise. Hier hätten sich Merkel und die um sie gruppierte Zivilgesellschaft als Gegensoverän erwiesen, da ihre ideologisch motivierte Grenzöffnung der *eigentlichen* nationalstaatlichen Logik widerspreche, da es sich hierbei um eine Preisgabe der Souveränität handle.³⁴ Zentrales Problem dieser Staatszerfall-These der Bahamas ist, dass sie die Unvernunft allein den Individuen zuschiebt. Dass es eben jener Staat war, zu dessen Verteidigung nun aufgerufen wird, der die Freisetzung der Warensubjekte politisch organisiert und die Entfesselung des im Nachkriegskapitalismus noch gehegten subjektiven Wahnsinns ermöglicht hat, gerät dabei aus dem Blick. Auch dass sich deutsche Souveränität derzeit gerade dadurch auszeichnet, sich durch eine Integration gewisser Momente der Gegensoveränität zu erhalten, bleibt unbegriffen. Wie die objektive gesellschaftliche Tendenz die Subjekte in die Arme

des Staates oder ihn ergänzender Rackets treibt, sucht auch die Ideologiekritik Zuflucht bei der Vernunft des nationalstaatlichen Allgemeinen.³⁵ Da die Redaktion Bahamas die aktuelle Entwicklung allein auf Staatszerfall und Racketwesen reduziert, erscheint ihr dieses Allgemeine, verkörpert in Staat und Recht, als einzige Hoffnung gegen die objektive Tendenz des subjektiven Wahnsinns. Deshalb muss die Redaktion Bahamas den *eigentlichen* Staat wollen, die Momente der Souveränität fein säuberlich von denen des Gegensouveräns abtrennen, obwohl beide doch vom geschichtlichen Verlauf aufeinander bezogen worden sind. Dagegen wäre ganz dialektisch darauf zu beharren, dass sich der Gegensouverän mit kapitalentsprungener Notwendigkeit nicht nur in den Subjekten, sondern eben auch im Allgemeinen verbirgt. Es wäre auch darauf zu beharren, dass die Stillstellung des Weltgeistes oder gar ein Sprung ins Vergangene unter kapitalistischen Bedingun-

gen weder wünschenswert noch möglich ist – und schon gar nicht dann, wenn das Objekt der Verklärung zu der Bewegung gehört, der es äußerlich sein soll.³⁶ Weil die Bahamas das aber nicht sehen kann oder nicht sehen will, bietet sie als Lösung der neuerlichen kapitalistischen Entzweiung Sozialdemokratie³⁷ an oder muss die AfD zur antifaschistischen Opposition gegen den Staatszerfall aufbauschen.³⁸

Kurzum: Ideologiekritik hätte weder die Zivilgesellschaft gegen den Souverän zu mobilisieren, noch zu seiner Verteidigung aufzurufen, sondern gegen die Einheit von Souveränität und Gegensouveränität zu polemisieren, zu welcher der postnazistische Staat seit gut viereinhalb Jahrzehnten als auf die kapitalimmanenten Dynamiken bezogener notwendigerweise hinstrebt – gerade weil es ihr um die Verteidigung der bürgerlichen Vermittlungsformen geht, die doch Bedingung für die Realisierung des ganz Anderen sind.

Bedingungen durchsetzen konnte. In jedem heutigen Adenauer, welcher der Bahamas vorschwebt (sei es Wagenknecht, sei es Gauland), verbirgt sich jedenfalls mehr Kurt Schumacher als es einem lieb sein kann.

³⁶ Vgl. Krug 2018. Vgl. auch das Interview von Platypus mit Rajko Eichkamp, online unter: <https://platypus1917.org/2018/06/22/den-ganzen-ballast-einer-missgluckten-geschichte-abwerfen/>.

³⁸ Vgl. Maul 2018. Thomas Maul geht in diesem Artikel sogar so weit, Ansammlungen von rechten Chemnitzer Wutbürgern zu Genossen von Max Horkheimer umzulügen, da es ersteren immerhin um das bürgerliche „Prinzip der Selbsterhaltung“ und damit anscheinend um die Verteidigung des Lebendigen gegen den Tod gegangen sei.

Heute fährt die 18 bis nach Istanbul

Ereignisse und Ereignislosigkeit rund um den Besuch Erdogans in Köln

Jonathan Schröder

Die Menschen, die in Köln leben, entweder hier geboren wurden oder herzogen, weil diese Stadt von der Eifel, dem Bergischen Land oder anderen egal-Regionen Deutschlands aus betrachtet, etwas von einer Metropole zu haben scheint, vertragen neben den beiden Großereignissen CSD und Karneval nicht allzu viel Aufregung. Und auch diese beiden Events liebt der Kölner nur deswegen, da sie ihm Tradition und damit Auftrag zum Ertragen sind.

Denn Tradition, als sich vorhersehbar wiederholendes Ereignis, und eine Feindschaft zur Veränderung zeichnen den Kölner aus.¹ Diese Feindschaft geht so tief, dass negative Veränderungen lieber verdrängt werden, als sie zu skandalisieren. Lieber will man nicht wissen, nicht sehen und nicht darüber sprechen, als wahrzuhaben, dass die Entwicklungen und Tendenzen in der Welt und in Deutschland auch an Köln nicht spurlos vorbeiziehen. Alles scheint in dieser Stadt unwirklich verlangsamt, zugeeckt unter der sich selbst belügenden und schunkelnden Volksgemeinschaft, die als Veedel auch dem kritischen Jecken der näheren Betrachtung sich entzieht. Da ist ein

¹ Das der CSD sich in die Kölner Folklore so herrlich eingliedert hängt mit seiner Ähnlichkeit zum Karneval zusammen, sind doch die politischen Forderungen des CSD so weichgespült und greifen kaum provokante Themen – wie z.B. den Islam – auf, wie auch der Karneval in seiner politischen Kritik, die mit den Wagen inszeniert wird, sicher und vorhersehbar auf dem Niveau von *Neues aus der Anstalt* operiert.

² Für die Opfer der Übergriffe während der Silvesternacht sind diese selbstverständlich gar nicht und erst recht nicht turnusmäßig zuzumuten, doch die Opfer sind den Kölnern, ebenso wie den Feministinnen und anderen Linken reichlich egal. In der letzten Ausgabe der *Prodomo* dazu: Pauline Arenz: „Bloß nicht über den Islam sprechen. Zu den Reaktionen auf die Kölner Silvesternacht“, *Prodomo* 20.

³ „Erdogan-Anhänger fordern auf Köln-Demo die Todesstrafe“, *BZ*, 16.07.2016, <https://www.bz-berlin.de/deutschland/erdogan-anhaenger-fordern-auf-koeln-demo-die-todesstrafe>.

eskalierter Aufmarsch von *Hooligans gegen Salafisten* 2014 oder eine *Silvesternacht* mit übergriffigen Flüchtlingen wie 2015/16 für die Stadtbevölkerung nur alle zwei Jahre zu verkraften.² Allzu schwer fällt es den Kölnern, die Ereignisse im Nachgang kleinzureden, zu verdrängen und zu vergessen, bis kein Ereignis, das über sich selbst hinausweist, mehr übrig bleibt, der Alltag wieder einzieht. Geschehen, Ereignis und Veränderung bedeuten hier so viel Aufregung und Anstrengung, soviel politische Überforderung, auf die im Anschluss nur reflexhaft mit *Kein Kölsch für Nazis* reagiert werden kann. Am Ende ist Köln im Selbstverständnis jedenfalls immer weltoffen, da ist man sich hier sicher, auch wenn die Welt dieses überdimensionierte und selbstverliebte Dorf, dass nicht nur fußballerisch häufiger Zweite Liga ist, meist recht gut ignoriert. Köln scheint unter den Millionenstädten in Deutschland das Gegenteil von Berlin zu sein; Berlin wo jeder noch so kleine Scheiß medial-emotional hoch gepicht wird und man gerne auf die Straße geht, nicht zuletzt, weil der „kleine Scheiß“ sich in der Zukunft als grauenvolle Avantgarde einer größeren Bewegung oder negativen Tendenz herausstellen kann. Wahn und berechtigtes Unbehagen liegen in Berlin ebenso nahe beieinander wie in Köln Gelassenheit und falsche Toleranz. Es ist die hiesige Dialektik von *levve und levve losse*, die am Ende aber nicht aufgeht, wenn das, was da bildlich am Leben gelassen wird, in letzter Konsequenz das eigene Leben in Frage stellt. Bis es aber soweit ist, sind die Kölner Großmeister der Verdrängung und Toleranz. Für uns, die Redaktion der Zeitschrift *Prodomo*, bedeutet das, dass wir eher aus dem *Grand Village* als aus dem *Grand Hotel* in den Abgrund schauen.

Nun wurden die Kölner 2018 recht turnusmäßig – es sei an dieser Stelle an die zwei Jahre Regel erinnert – wieder aufgeschreckt: Ein Besuch des türkischen Staatspräsidenten Erdogan, der in den letzten Jahren sein Land geführt hat, als sei Isno-

gud endlich Kalif anstelle des Kalifen geworden. Am 30.09.2018 kam Erdogan, um die fertiggewordene Großmoschee in Köln einzuweihen. Der ganze Besuch war bundespolitisch und lokalpolitisch eine unangenehme Sache. Erdogan hatte sich durch Verhaftungswellen und Aushebelung von Pressefreiheit wie auch rechtsstaatlicher Strukturen in weiten Teilen der deutschen Öffentlichkeit unbeliebt gemacht, denn die Deutschen – als Geschichts- und Erinnerungsweltmeister – verachten die Feinde der Demokratie. Das tun sie nicht wegen ihres Verständnisses des Rechtsstaates und der freien Presse, sondern weil es unmoralisch ist und den Deutschen nichts lieber ist als die Moral. Bei seinen Anhängern hingegen, die schon 2016 mit geschätzten 40.000 Menschen ebenfalls in Köln zusammenkamen und kollektiv nach der Todesstrafe riefen,³ konnte Erdogan mit seiner Politik punkten. Er kam also nicht nur in ein fremdes und ihm feindselig gesinntes Land, sondern begegnete auch einer großen Zahl von Freunden, von denen besonders in Köln viele leben, wie die letzten Wahlergebnisse gezeigt haben. Zugleich braucht die Bundesregierung den Islamisten vom Bosphorus: Erstens, um sich im Kontrast als weltoffen zu verkaufen und zweitens, um die Flüchtlinge möglichst weit von den eigenen Grenzen unter türkischen Verhältnissen fernzuhalten. Drittens träumt mancher in Berlin zumindest heimlich von einem anti-amerikanischen Block, da Trump den Partner auf der anderen Seite des Atlantiks ja vollends diskreditiert habe, weshalb man nun auch jedem Despoten mit moralisch gutem Gewissen die Hand schütteln kann. Viertens, was mit drittens – letztlich auch zweitens und erstens – zusammenhängt, geht es auch um Absatzmärkte für den brummenden deutschen Exportmotor. Der Besuch war also eine heikle Sache für die deutsche Politik, irgendwo zwischen kritischer Kritik und Hofschranzenthum, unter sehr unterschiedlichen innen- und außenpolitischen Zei-

chen.

Den Kölnern ist auch die Großmoschee selbst durch deren Betreiberverein DITIB im letzten Jahr zum Problem geworden. Nicht nur, dass die Stadthonoratioren sich nicht ordentlich in die islamische Gemeinde integriert fühlten,⁴ dem einen oder anderen war inzwischen gedämert, dass es bei der DITIB sich vielleicht nicht um jenen aufgeklärten und unabhängigen islamischen Dachverband handelt, den man sich vorgestellt hatte. Völlig überraschend hatte sich der Verein als konservativer Dachverband mit klarer Anbindung an den türkischen Staat herausgestellt und es gibt zumindest Verdachtsmomente, dass er nicht einmal vor Spionage in Deutschland zurückschreckt. Sicherlich, 2007 hatte die *Georg-Weerth-Gesellschaft Köln* wie auch andere in noch recht zaghaften Worten davor gewarnt. So schrieb man damals in einem Flugblatt: „Die Ditib ist keine gemäßigte Organisation. Wer das behauptet, der hat sich noch nie die Website dieser Organisation angesehen. Sicher, dort werden keine djihadistischen Kampfaufrufe verbreitet, trotzdem vertritt die Ditib einen konservativen Islam, spricht sich für das Kopftuch aus, hält die Geschlechtertrennung beispielsweise in Schwimmbädern für sinnvoll und sieht im Koran das »Wort Gottes«.“⁵

Doch vermeintlichen Spinnern wie der *GWG* wollte man nicht glauben, denn jeder der damals etwas gegen die Moschee, DITIB oder andere Teile der Schunkelgemeinschaft sagte, der gehörte zu Pro Köln, die derzeit dem Kölner das waren, was heute die AfD der Bundesrepublik ist. Besonders infam war damals der Umgang mit Ralph Giordano. In der Presse wurde angedeutet, was Linke in Flugblättern aussprachen: Der Holocaustüberlebende Giordano stehe in einer Reihe mit den Rechtspopulisten, Antisemiten und Neonazis aus der Partei Pro Köln.

Jahre später hat sich der Ton gewandelt, denn leider haben der Schriftsteller,

die *GWG* und andere Kritiker Recht behalten, und so schrieb 2017 Hildegart Stausberg auf welt.de „Ralph Giordano durchschaute schon früh die Ditib“⁶. Dass die Moschee als „Symbol der Macht des Islams“ zu sehen ist, dass hat Erdogans Besuch und das fehlende Rederecht jeglicher Nicht-Muslime während der Auftaktveranstaltung eindrücklich klargestellt. Letzteres wäre sicherlich zwiespältig zu betrachten und ebenfalls kritikwürdig gewesen, besonders bei dem, was man sich ausmalen kann, hinsichtlich potentieller und nun nicht gehaltener Redebeiträge von möglichen Kandidaten wie OB Reker, ex-OB Schramma oder gar irgendeiner kölschen Kulturgröße, was Karnevalsänger oder Karnevalsband bedeutet hätte. Doch es hätte zumindest bedeutet, dass Erdogan und die DITIB als sein auswärtiges Amt noch des Deckmantels der gesellschaftlichen Einbindung bedürften. Die DITIB hätte sich mit solchen Reden noch einmal zur schunkelnden Volksgemeinschaft bekennen müssen. Doch sie muss nicht mehr, als offizieller Erdogan-Fanclub ist ihre Macht groß genug, als dass sie sich nicht die verstörten Gesichter der Lokalprominenz und einige kritische Artikel erlauben könnte. Mit dem Fehlen der bisherigen Entourage Reker/Schramma ist nun vermutlich auch dem letzten klar geworden, wessen Haus das ist: Das Haus des türkischen Islam, der jenseits seiner konkurrierenden Spielarten, wie der bekämpften und sicherlich ebenso unangenehmen Gülen-Bewegung, immer weniger vom türkischen Staat zu trennen ist. Ein autoritärer Islam für einen ebenso autoritären Staat.

Diese ganze Gemengelage – unbeliebter, ausländischer Staatschef auf Besuch, Fans, Kritiker, Lokal- und Bundespolitik – das ist dem Kölner nicht Recht. Die Einheit aller Schunkelnden sieht er durch Differenzen und Widerspruch in seiner Stadt bedroht. Dieser Widerspruch führte u.a. dazu, dass Erdogans Triumphfahrt durch Köln von einer kleinen Anfangspannen ge-

⁴ Besonders der ehemalige OB Schramma jammerte vor dem Besuch in vielen Zeitungen, dass die Zusammenarbeit irgendwie nicht ganz nach seinen Vorstellungen verlaufen sei. „Die Moschee hat einen großen Makel durch diesen Akt“. Fritz Schramma im Gespräch mit Philipp May“, deutschlandfunk.de, 29.09.2018, https://www.deutschlandfunk.de/ex-ob-schramma-zu-erdogan-in-koeln-die-moschee-hat-einen.694.de.html?dram:article_id=429358

⁵ Georg-Weerth-Gesellschaft Köln: „Ralph Giordano hat Recht! Und: Einige Gründe, gegen den Bau der „Zentralmoschee“ zu sein“, 13.06.2007, <http://gwg-koeln.org/archiv/texte/20070713.html>.

⁶ Hildegart Stausberg: „Ralph Giordano durchschaute schon früh die Ditib“, welt.de, 26.02.2017, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article162391279/Ralph-Giordano-durchschaute-schon-frueh-die-Ditib.html>.

⁷ „Warum Halil Yenigün in der Türkei keine Zukunft mehr hat“, Tagesspiegel, 26.08.2016, https://www.tagesspiegel.de/wissen/gastwissenschaftler-in-berlin-warum-halil-yeniguen-in-der-tuerkei-keine-zukunft-mehr-hat/14456732.html?fbclid=IwAR1Qo1Ed-HIHvjDv6pV7vToHdP6n7g_cQl-k__V79malwYJEBc6s-E6jRkFNs.

⁸ „Eigentümer-Familie verhindern Erdogan-Empfang auf Schloss Wahn“, SPON, 28.09.2018, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/recep-tayyip-erdogan-schlossbesitzer-wollen-keine-raeume-fuer-treffen-stellen-a-1230697.html>.

⁹ SPON an dieser Stelle etwas zurückhaltend, dafür mit schöner Bebilderung der freundlich dreinblickenden türkischen Islamo-Faschisten: „Türkische Sicherheitsleute spielen Polizei“, SPON, 30.09.2018, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/recep-tayyip-erdogan-in-koeln-tuerkische-sicherheitsleute-uebernahmen-kurz-polizeifunktion-a-1230899.html>.

prägt war: Es sollte ein Treffen mit dem Ministerpräsidenten Armin Laschet im von der Universität gemieteten und bereitwillig zu Verfügung gestellten Schloss Wahn geben. Die Lokalität, ein Treppenwitz, bedenkt man doch, dass Erdogan die Wissenschaftsfreiheit in den letzten Jahren in der Türkei nicht gerade hochgehalten hat. Die in ihrer Reisefreiheit eingeschränkten und entlassenen türkischen Wissenschaftler können ein Lied davon singen.⁷ Zum Glück schaltete sich noch der Verpächter des Schlosses ein und tat das, was der Vernunft nach von der Universität zu erwarten gewesen wäre, und erklärte, dass der politische Besuch nicht durch das Nutzungsrecht der Universität gedeckt sei – die formale Begründung für die Überzeugung der Eigentümerfamilie.⁸ Aber vermutlich ist der gescheiterte Besuch des Schlosses rückblickend betrachtet auch eher im Interesse derer, die sich so sehr wünschen, dass Erdogan endlich Deutschland mit *Respect* begegne. Denn der Despot erweckt mit dem neuen in der Heimat gebauten Präsidentenpalast den Eindruck, dass bauliche Objekte zur Verlängerung des präsidialen Geschlechtsorgans dienen, was darauf schließen lässt, dass er sich wohl kaum von dem kleinen Gutshof am Stadtrand beeindruckt hätten lassen. Trotz also dieses kleinen Missgeschicks, konnte Erdogan die Triumphfahrt zu seiner Großmoschee genießen, säumten doch viele Tausend Muslimbrüder(-Fans) und Graue Wölfe(-Fans) die Strecke – zumindest lies die viele Fingerakrobatik kaum andere Schlüsse zu. Kinder, mit roten Stirnbändern, auf denen Erdogan stand, und die wie die rote Variante der grünen Stirnbänder der Hamas in ihren paramilitärischen Sommerferienlagern aussahen, machten schnell klar, was Dialektik im Islam bedeutet: Sie skandierten wahlweise „Soldaten sterben nicht!“ und „Erdogan, ich würde für dich sterben!“ Auch unangenehm fielen die türkischen Sicherheitsleute auf, die man vorher nicht gut informiert hatte, dass zwar die

größte Moschee in Deutschland eröffnet werde, Köln aber dadurch nicht zum türkischem Staatsterritorium werde. Allzu gerne übernahmen sie nämlich die Polizeiarbeit und erweiterten diese sogar noch um die Einschüchterung von Erdogan-Gegnern, bis die echte Polizei eintraf und das Missverständnis aufklärte.⁹

Gegen den ungeliebten Partner Deutschlands versammelte sich, durch Polizei getrennt bzw. geschützt, an den Absperrungen nur ein kleiner Haufen von Kölnern, um ihre Ablehnung dann doch zu zeigen. Der Großteil war schon mit der Verdrängung zu sehr beschäftigt. Einzig einige türkische und kurdische Frauen, die Erdogan und seine Kopftuchmutter recht deutlich ablehnten, machten dies dann auch lautstark klar. Dem Rest der anwesenden Kölner, einige besorgte Bürger, Grüne und Jusos, fiel nichts anderes ein, als irgendwann *Viva Colonia* zum traurigsten Protestsong aller Zeiten umzufunktionieren. In dem Karnevalslied heißt es „Da simmer dabei! Dat is prima! Viva Colonia! Wir lieben dat Leben, die Liebe und die Lust. Wir glauben an den lieben Gott und ham uch immer Durscht!“ Damit ist diese Glosse wieder bei der psychopathologischen Beschreibung der Stadt und ihrer Bewohner vom Anfang angelangt. Hier geht es nicht nur um ein bürgerliches Spektrum, welches sich auf keine Demosprüche einigen kann, da sie eben nichts mehr verbindet – im Gegensatz zu der Gegenseite, die durch Islam und türkischer Nation ganz gut sich verbunden fühlt, denn „Nazis raus!“ können sie zumindest gegen die AfD jederzeit rufen, trauen sich aber wegen des möglichen Rassismusvorwurfes nicht, den Protest gegen Erdogan und die DITIB als ebenso antifaschistischen zu begreifen. Es ist also keine fehlende Vergesellschaftung, sondern jene kölsche Pomade, die im Karneval ihren jährlichen Höhepunkt findet, der sogar noch die wenigen Errungenschaften bürgerlicher Subjektivität abgehen. Diese Errungenschaften sind

jedoch notwendig für das Erkennen und Aussprechen von Widersprüchen, formulieren von schärfster Kritik, ohne anhängigem Vernichtungswunsch von allem was da als fremd erkannt werden könnte. Doch da diese bürgerlichen Errungenschaften fehlen, da man sich tief in seinem Herzen bewusst ist, dass dieses jederzeit die Mördergrube werden kann, da flieht man sich lieber in die ach so weltoffene Schunkelgemeinschaft, die alle Widersprüche zwischen Kölsch, Bützchen und Antirassismus einebnet.

Mag bei aller Schunkelromantik von *Viva Colonia*, doch die Liebe zum Leben, der Liebe und der Lust, wie auch der Durst, der sicherlich auf keine Getränke abzielt, die nicht *haram* sind, noch halbwegs als Kritik am Islam funktionieren, so konnte man doch froh sein, dass der Erdogan-Fanclub nicht mitsang. Nicht nur, dass der Gottglaube kein Widerspruch erzeugt hätte, überhaupt zu glauben, dass man durch kölsche Folklore eine Differenz erzeuge, zwischen sich und den Kölnern, die Erdogan richtig gut finden. Denn nichts anderes als Kölner, Bürger Deutschlands, sind viele Fans des türkischen Despoten. Und gerade die falsche Weltoffenheit der Stadt bezieht diesen Wahnsinn mit ein, lädt ihn ein. Vermutlich hätte der eine oder andere sich sogar gefreut, wenn plötzlich alle – Gegner und Fans – zusammen *Viva Colonia* geschmettert hätten. Die schunkelnde Volksgemeinschaft hätte ihre Reihen wieder geschlossen, der Widerspruch wäre aufgehoben. Aber diese geheimen vom Kölsch angefeuchteten Träume der Kölner wurden nicht erfüllt. Leider blieb aber auch der persönliche Wunsch des Autors dieser Glosse aus, dass plötzlich Greenpeace zwischen den beiden Minaretten ein Transparent mit „Atomkraft stoppen“ spannt, um so die naheliegendste Assoziation, die das Bauwerk evoziert, zu unterstreichen: Die eines AKW. Nicht einmal auf die wenig kreativere und auch nur unwesentlich provokantere Idee, *Heute*

fährt die 18 bis nach Istanbul zu singen, ist man gekommen.

Nach über fünf Stunden des Wartens waren dann auch viele Erdogan-Fans ermüdet. Als der demokratisch gewählte Despot der Türkei an seinen Jüngern vorbeifuhr, brandete noch einmal Jubel auf, die Zeichen von Grauen Wölfen und Muslimbrüdern wurde mit den Fingern geformt, dann war plötzlich Stille. Die Bundespresse, die Lokalpresse, alle sekundierten noch wenige Tage. Doch bald war alles in den Brauhäusern und Szeneclubs der Stadt vergessen, wieder völlig verdrängt. Die Großmoschee arbeitet im Sinne Erdogans, die Kölner sind wieder eine Gemeinschaft – oder reden es sich zumindest ein. Irgendwie war es am Ende trotz allem, was hier beschrieben wurde, trotz des Ausnahmezustands inklusive Scharfschützen auf Dächern, gelungen, ein solches Ereignis zum Nicht-Ereignis zu formen, das nichts im Bewusstsein der Menschen dieser Stadt zurückließ, außer eben bei den Fans von Erdogan, die vielleicht in mancher Nacht mit dem wohligen Gefühl einschlafen, die Limousine vorbeifahren gesehen zu haben.

Und der Kölner wäre damit gerne wieder in seinen zumindest zweijährigen Schlaf verfallen, doch es kam anders: Der Hambacher Forst lag zu nahe, so dass die Stadt plötzlich mit „Rettet den deutschen Wald“-Plakaten zur Mobilisierungshochburg der sehr deutschen Öko-Ideologien wurde. Gegen den Energiekonzern RWE fiel die Mobilisierung dann auch wesentlich besser aus als gegen Erdogan, war man sich doch diesmal sicher, auf der richtigen Seite der Geschichte geschlossen zu stehen, und es ging diesmal ja um den deutschen Mischwald, der länger als jedes Reich nun schon bestand. Er stammt sogar aus einer Zeit, bevor das erste Kölsch gebraut und der Grundstein für den Dom gelegt wurde. Aber das ist eine andere Geschichte. Auf jeden Fall waren die Kölner gegen Ende des Jahres sehr, sehr müde von dem ganzen Stress (Karneval und CSD wa-

¹⁰ „Ausländerbehörde dementiert Ausweisung von Adil Yigit“, SPON, 29.10.2018, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/adil-yigit-auslaenderbehoerde-dementiert-ausweisung-von-erdogan-kritiker-a-1235747.html>.

¹¹ So warf man im November 2018 die vom Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ geförderte Beratungsstelle Violence Prevention Network gegen Radikalisierung mit großem Tamtam aus der Berliner Sehlik-Moschee. Sabine Beikler: „Aus für Präventionsprojekt an Sehlik-Moschee“, 08.11.2018, <https://www.tagesspiegel.de/berlin/berlin-neukoelln-aus-fuer-praeventionsprojekt-an-sehitlik-moschee/23597128.html>. Und von der Neuwahl des DITIB Vorstandes im Januar 2019 erhofft sich selbst die bürgerliche Presse nichts mehr

ren ja schon gewesen und der 11.11. stand noch vor der Tür), sodass man letztlich eisen den gescheiterten Terroranschlag am Hauptbahnhof ignorierte. Aber gut, dieser ist dem Kölner auch aus anderen Gründen kaum ein Ereignis: Denn erstens ging der Anschlag schief und zweitens hat man den IS-Mitgliedsausweis des Täters noch nicht gefunden – und aus der Aufarbeitung der deutschen Vergangenheit wissen die Leute hier, dass jeder, der Böse ist oder Böses tut, einen Ausweis hat oder in einer Mitgliedskartei zu finden ist. Trotzdem, recht viel Erregung für eine Stadt wie Köln, weshalb man sich nun auch mindestens drei Jahre tiefen Schlaf verdient hat.

Die deutsche Bundespolitik ist derweil bemüht, das Verhältnis zur Türkei in dem Maße zu normalisieren, wie man verbal gegen die USA aufrüstet. Dazu gehört dann wohl auch, dass dem kritischen Journalisten Adil Yigit, der bei der Pressekonferenz mit Erdogan und Merkel die traute Zwei-

samkeit gestört hatte, mit Abschiebung gedroht wird, was im Nachgang als nur ein formaler Zwischenschritt gerechtfertigt wird. Ein Zwischenschritt, um ihm im Anschluss eine andere Aufenthaltsgenehmigung mit weniger Rechten zu erteilen.¹⁰ Es mag sicherlich alles mit formal richtigen Dingen zugegangen sein, jedoch jeder, der einmal in einer Verwaltung gearbeitet hat, der weiß, dass man Prozesse verschleppen und forcieren kann. Erdogan wird das Signal auf seinem Schloss in Akara auf jeden wohlwollend zur Kenntnis genommen haben. Ärgerlich nur für die so bemühte bundesdeutsche Politik, dass solche kleinen Liebesbeweise von der türkischen Seite weiterhin ausbleiben; mehr noch deren langer Arm in Deutschland in der Form der DITIB sich aus dem Gefühl der eigenen Stärke heraus nicht nur in Köln immer weniger darum schert gesellschaftlich an- und eingebunden zu sein.¹¹

„Bange machen gilt nicht“

Materialistische Schnipsel gegen die intellektuelle Regression

Redaktion Prodomo

I.

Die bestehende Weltordnung ist kapitalistisch. Das bedeutet, dass die Menschheit vom gesellschaftlichen Reichtum, den sie produziert, getrennt ist. Um ihn konsumieren zu können, bedarf es zuvor der Aneignung. Diese kann auf drei verschiedene

Weisen vonstatten gehen: *Legal*, also durch den Tausch von Geld gegen Ware; *illegal*, also durch Raub und Diebstahl; oder *karitativ*, also in Form einer unentgeltlichen Zuwendung durch einen Wohltäter. Allen drei Aneignungsformen liegt aber die grundlegende Trennung der Produzenten nicht nur vom Reichtum selbst, sondern auch von den Mitteln, diesen zu produzieren, zugrunde. Die Produzenten können daher nicht einfach eine parallele Ökonomie entwickeln, die nach anderen Regeln funktioniert, sondern sind gezwungen, sich in der bestehenden Ordnung zu behaupten und im „Konkurrenz“ genannten Existenzkampf zu bestehen.

II.

Die Regeln, nach denen dieser tägliche Existenzkampf verläuft, bestimmt der jeweilige Souverän. Dieser nimmt „traditionell“ Staatsform an, wenn er die Gewalt monopolisiert und die gesetzten Regeln institutionalisiert. Die Staatsförmigkeit politischer Souveränität ist allerdings ein historisches Phänomen, dessen Beginn sich auf die Frühe Neuzeit datieren lässt, die zugleich den Beginn kapitalistischer Akkumulation markiert. Sie zielte auf die Universalisierung des Warentausches auf einem umgrenzten Territorium ab und richtete sich damit vor allem gegen feudale – und damit unmittelbare – Aneignungsformen. In diesem Sinne ist Staatlichkeit genuin bürgerlich, auch wenn ihre Ursprünge im Absolutismus liegen (dessen Zentralisierungsdynamik bereits den Untergang der Ständeordnung einleitete). Der klassische Nationalstaat erscheint als unvermeidbares Endprodukt dieser politischen Entwicklung, obgleich er immer schon in Spannung zum globalen Charakter des Kapitals stand. Die niederländischen oder britischen Handelskompanien waren faktisch extraterritoriale Ausdehnungen der Souveränität, die sich heute in der Außenpolitik der modernen Nationalstaaten fortsetzen. Globalisierung und Nationalstaat stehen zwar in einem widersprüchlichen, aber auch in einem notwendigen Verhältnis zueinander.

III.

Die *pax americana* ist in einer Krise. Durch den militärischen, ökonomischen und politischen Vormarsch Chinas sehen sich die USA als Welthegeemon das erste Mal seit dem Kollaps der Sowjetunion herausgefordert. War Barack Obamas Präsidentschaft noch den Versuch gekennzeichnet, Boden in Südostasien gut zu machen und den hegemonialen Ansprüchen Chinas vor allem

durch diplomatische Bemühungen und wirtschaftliche Kooperationen entgegenzutreten, ist die Politik Donald Trumps sowohl Fortführung als auch Reaktion auf das Scheitern dieser Strategie. Durch den derzeitigen Handelskrieg und handfeste militärische Drohungen, deren Ernsthaftigkeit früher oder später durch den Einsatz von Waffen demonstriert werden muss, sind die USA derzeit bemüht, wieder das Heft des Handelns zu übernehmen und China die allgemeinen Regeln des Welthandelns aufzuzwingen, aber der Erfolg dieser Maßnahmen ist derzeit noch nicht abzusehen. Der Rückzug aus dem TPP-Abkommen zeigt die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Außenpolitik unter Trump, denn gerade von diesem Abkommen erhofften sich die pazifischen Anrainerstaaten an der Seite Amerikas, sich besser gegen die aggressive Wirtschaftspolitik Chinas behaupten zu können. Zu glauben, das gegenhegemoniale, antiamerikanische Projekt der neuen Seidenstraße sei bloß ein friedliches, auf Handel ausgelegtes, wäre naiv. Längst hat China angefangen, den Aufbau der zivilen Infrastruktur der Seidenstraße auch militärisch zu flankieren und z.B. einen militärischen Außenposten in Dschibuti errichtet.

IV.

Die objektiv gebotene Fokussierung auf China, die beide Administrationen miteinander verbindet, geht mit dem amerikanischen Rückzug aus anderen Regionen einher, insbesondere aus Europa und dem Nahen Osten (weniger aus dem subsaharischen Afrika, weil China dort immer mehr zur dominierenden Weltmacht wird). In Europa ist angesichts des amerikanischen Rückzugs Panik ausgebrochen. Während die Kerneuropastaaten Deutschland und Frankreich nach wie vor den Aufbau einer schlagkräftigen europäischen Armee avisieren (ohne dafür zahlen zu wollen und Sol-

daten beisteuern zu können), um sich von den USA unabhängig zu machen (insbesondere seit Trump die Nato für tendenziell überflüssig und zu teuer erklärt hat), setzen die Visegrád-Staaten zunehmend auf ein mittel- und osteuropäisches Modell unter polnischer Führung, da Deutschland Russland immer wieder gefährliche Avancen macht. Die Annexion der Krim hat die osteuropäischen Länder aufhorchen lassen und die Europaskepsis verschärft. Letztendlich sind beide Strategien zum Scheitern verurteilt – dafür genügt ein schlichter Blick auf den Verteidigungsetat (USA: 600 Milliarden; EU (gesamt, aber ohne Großbritannien): 200 Milliarden; China: 180 Milliarden; Russland: 50 Milliarden). Die Frage wird sein, inwiefern die USA den Schutz Europas noch als eigenes Interesse identifizieren. Die Antwort hängt auch hier davon ab, ob sie Welthegeemon bleiben oder diese Rolle im Einklang mit der Parole „America first!“ China überlassen wollen.

V.

Im Nahen Osten wirkt sich der Rückzug der USA zunächst in der Stärkung der iranischen Position aus. Dieser hat das Machtvakuum in Syrien und im Irak geschickt genutzt, um sich in der gesamten Region des „schiitischen Halbmondes“ festzusetzen und unersetzbare Kriegserfahrungen zu sammeln. Allerdings ist die militärische Expansion, die vor allem Israel bedroht, immer noch maßgeblich vom weiteren Verhalten der USA und Russlands abhängig – China hält sich aus guten Gründen aus dem Konflikt weitgehend heraus. Israel hat in den letzten Jahren seine Zusammenarbeit mit sunnitischen Staaten, allen voran Saudi Arabien, verstärkt, ist aber auch in Afrika und Südostasien inzwischen kein Paria mehr. Es scheint der Bedrohung durch die Palästinenser gut gewachsen zu sein, auch der durch die Hisbollah,

obwohl der nächste Krieg wahrscheinlich sehr viel höhere Opferzahlen auch auf israelischer Seite zu verzeichnen haben wird. Israel versucht, mit „Kampagnen zwischen den Kriegen“ den kommenden Krieg hinauszuzögern und bekennt sich inzwischen offen zu Angriffen auf den Iran in Syrien. Sollte es dem Iran gelingen, einen Korridor bis ans Mittelmeer unter seine Kontrolle zu bekommen, wäre der Iran in einer kommenden militärischen Auseinandersetzung Kriegspartei an Israels Außengrenze. Auch der Bau einer iranischen Atombombe steht noch immer im Raum und es ist schwer vorstellbar, dass die iranische Führung diese Pläne jemals ganz auf Eis legen wird. Da sie militärisch wohl nicht mehr zu durchkreuzen sind, lässt sie sich nur durch massiven wirtschaftlichen und politischen Druck verhindern – aber auch das ist kein wirksamer, dauerhafter Schutz, schon gar keine Garantie.

VI.

Von Beginn an existierten neben und innerhalb der Staaten konkurrierende Gewaltakteure („Rackets“), die um einen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum rangen. Gerät der Staat in die Krise, indem er aufgrund ökonomischer oder gesellschaftlicher Faktoren nicht mehr voll handlungsfähig ist, wird das daraus resultierende Vakuum vorübergehend oder langfristig durch nichtstaatliche Akteure ausgefüllt. Diese folgen aber ihrer eigenen Logik und sind nicht mehr unmittelbar auf die Aufrechterhaltung der Warenproduktion bezogen. Die Forderung, Staaten seien Rackets vorziehen, basiert auf einer Scheinalternative, weil beides parallel zueinander existieren kann und der Staat die Existenz von konkurrierenden Gewaltakteuren nicht ausschließt. Entscheidender ist die Frage, welchen Charakter die jeweilige Gewalt annimmt: Gestattet sie den ihr Unterworfenen eine Minimum an persönlicher Frei-

heit? Behandelt sie die Menschen nicht bloß als Mittel, sondern auch als Zweck? Ermöglicht sie Partizipation an Entscheidungsprozessen?

VII.

Die kapitalistische Produktionsweise ist durch ein grundlegendes Problem gekennzeichnet: Das Kapital tendiert kraft innerer Notwendigkeit dazu, den Anteil menschlicher Arbeitskraft am Produktionsprozess zu reduzieren. Anders als so mancher Krisenprophet behauptet, bedeutet das zwar kein „Abschmelzen der Wertschöpfung“, sehr wohl aber einen Anstieg der „technologischen Arbeitslosigkeit“ (E. Lederer). Weltweit sind derzeit etwa 200 Millionen Menschen arbeitslos (5,8% der Weltbevölkerung). Dazu kommen allerdings noch all jene, die sich trotz Job nicht über Wasser halten können (28,1% der Weltbevölkerung) und entweder zusätzliche (staatliche oder nichtstaatliche) Unterstützung erhalten oder das Überleben auf illegalem Wege sichern. In der Konsequenz jedenfalls werden immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit produziert, obwohl gleichzeitig bei ansteigender Weltbevölkerung die Zahl der potentiellen Konsumenten sinkt. Die Industriestaaten halten die Zahl der „Überflüssigen“ seit dem Zweiten Weltkrieg (der auf der ökonomischen Ebene ein gigantischer Waren- und Arbeitskraftvernichtungsprozess war) durch aufgeblähte Bürokratien und staatliche Investitionen künstlich niedrig, und schaffen dadurch auch eine erhöhte Nachfrage nach den produzierten Waren. Es steht aber infrage, ob sich dieses staatskapitalistische Grundprinzip dauerhaft durchhalten lässt. Chinas kompetenter Aufstieg könnte sich als trügerisch erweisen, wenn die mit dem Staat nahezu identischen Unternehmen in die nächste Rezession schlittern. Die Machthaber in Peking scheinen das zu ahnen und bereiten daher schon jetzt eine aggressiv-

iv-imperialistische Politik vor. Das in sich widersprüchliche kapitalistische System steuert jedenfalls nicht auf den finalen Zusammenbruch, sondern „lediglich“ auf den nächsten Weltkrieg zu, der den überhitzten Kapitalismus kathartisch von seinen Überkapazitäten säubert. Hans-Werner Sinn, der deutscheste aller „Wirtschaftsweisen“, drückt das so aus: „Es ist aber insofern was dran an der Marx’schen Theorie, als es immer wieder im Zuge der kapitalistischen Entwicklung Erwartungsblasen gibt... Die Blase platzt, und in dem Platzen der Blase liegt schon wieder der Keim des neuen Aufschwungs, weil tatsächlich die Kapitalien entwertet werden.“ Die Kapitalien, das vergisst der Sinnstifter zu erwähnen, sind nicht nur Waren, Rohstoffe und Produktionsanlagen, sondern auch menschliche Arbeitskraftbehälter.

VIII.

In dem Maße, wie sich das Kapital totalisiert, zieht es sich zugleich auch zusammen. Jeder Fleck der Erde ist dem Regime der Warenproduktion unterworfen, aber das bedeutet nicht, dass überall Waren produziert würden. Im Gegenteil: Das Kapital sucht sich Produktionsstandorte (die sich häufig in Produktions- und Verwaltungsstandort aufspalten), an denen sich menschliche Arbeitskraft am produktivsten vernutzen lässt. In diese Kalkulation gehen mehrere Faktoren ein. Neben dem Lohnniveau und den Reproduktionskosten sind das etwa politische Stabilität, Infrastruktur, Bildungsniveau und Rohstoffversorgung. Diesen stets prekär bleibenden industriellen Zentren, in denen der Großteil des weltweiten Reichtums produziert wird, steht eine sich immer weiter ausdehnende postindustrielle Provinz gegenüber. Die Bewohner dieser Provinzen müssen wie die der Zentren Wege finden, am gesellschaftlichen Reichtum zu produzieren, denn dieser ist die einzige relevante Quel-

le von Lebensmitteln. Der Provinz ist aber die „legale“ Aneignungsform zunehmend verschlossen, weshalb sie auf „illegale“ und „karitative“ Formen angewiesen sind. Dies erklärt den enormen Bedeutungszuwachs nichtstaatlicher Akteure und die Auflösung von Staaten in Rackets.

IX.

Der nationale Sozialstaat ist in einer Krise. Weil die Staatsausgaben und insbesondere die Sozialquote immer weiter steigen (in Deutschland beispielsweise von 3% des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1913 auf 18% im Jahr 1960 bis zum heutigen Stand von 30%), rufen Ökonomen nach einer Verschlankung des Staates. Der Sozialstaat soll also zurückgebaut werden, was in Deutschland etwa mit den Hartz-Reformen teilweise passiert ist – wie groß der Anstieg der Kosten für die Existenzsicherung der „Überflüssigen“ ist, zeigt die trotz der tiefgreifenden Reformen anhaltend hohe Sozialquote (in Ostdeutschland liegt die Quote zur Zeit bei knapp unter 50%). Nicht eingerechnet ist in diese die Finanzierung der aufgeblähten Bürokratie, die als sekundäres Sozialsystem zu qualifizieren wäre. Obwohl ein immer größer werdender Anteil der staatlichen Einnahmen für die Alimentierung „überschüssiger“ Bevölkerung aufgewendet wird, sind die traditionellen Parteien sozialer Anwartschaft – allen voran die Sozialdemokratie – in die Defensive geraten. Weil sie sich als verantwortungsvolle Reformer des Staatswesens sehen, müssen sie die „Verschlankung“ mit tragen und durchführen. Bislang trifft dies vor allem die Arbeitslosen, aber es ist zu erwarten, dass auch die staatlich finanzierte Mittelschicht bald fallengelassen wird. Dies wird die Krise der Sozialdemokratie noch verschärfen, wie bereits jetzt etwa in Frankreich (2017: 5,7%) oder in den Niederlanden (2017: 15%) zu sehen ist. Die einzige Möglichkeit, dieser Krise zu ent-

kommen, ist der Gang in den Populismus. Der ist aber kein Ausweg, denn die Krise des Nationalstaates ist damit ja nicht gelöst – es wird nur ein entsprechender Schuldiger präsentiert (Brüssel, Trump, die Juden etc.).

X.

Mit der Verschlankung geht auch ein „Outsourcing des Staates“ einher. Das bedeutet, dass der Staat sich zunehmend aus Randbereichen des öffentlichen Lebens zurückzieht und diese der Selbstregulierung überantwortet. Was im Kommunitarismus angloamerikanischer Prägung ursprünglich durchaus noch einen demokratischen Charakter hatte, führt gerade in staatszentrierten Gesellschaften zur Übernahme dieser Bereiche durch Rackets. Islamistische Aktivistinnen – Gewaltakteure in Verbindung mit Imamen – machen beispielhaft vor, wie der Rückzug des Staates zu einer Barbarisierung der Gesellschaft führen kann, wenn die „entstaateten“ Communities dieser nichts entgegenzusetzen. Von entscheidender Bedeutung ist hier die Frage der „Integration“ in einem sehr umfassenden Sinne: Werden die einzelnen Communities noch durch übergeordnete Werte und Normen zusammengehalten, insbesondere durch den gemeinsamen Bezug auf das Rechtssystem? Oder bilden sie Gegengesellschaften aus, deren Gedeihen dann durch das „Outsourcing“ begünstigt wird? Beides ist neben kulturellen und religiösen Traditionen auch abhängig von materiellen Fragen: Wer kann realistisch damit rechnen, in die legalen Aneignungsprozesse einbezogen zu werden? Wer ist stattdessen langfristig auf illegale und karitative Aneignungsformen angewiesen? Wer verteilt die Beute?

XI.

Die bestehende Gesellschaft ist zwar eine

tendenziell postideologische, aber deswegen noch lange keine rational durchsichtige Gesellschaft. Ideologie im Sinne universeller Gesellschaftsentwürfe, die es ermöglichen, die Wirklichkeit an ihrem Anspruch zu messen, hat durch die Desillusionierungen des 19. und 20. Jahrhunderts weitgehend ausgespielt. Dies lässt sich etwa am Sozialismus oder Faschismus (der Nationalsozialismus dagegen war keine Ideologie, sondern eine Vergemeinschaftung durch Vernichtung) zeigen. Beim Islamismus scheint es anders zu sein, aber auch hier steht in Frage, inwieweit es sich dabei um einen „ungegläubten Glauben“ handelt. Zugleich aber ist das Individuum durch Ohnmachtsgefühle und Existenzängste geplagt, die – das macht es umso schlimmer – auch noch objektive Ursachen haben. Gerade weil die großen Ideologien entzaubert sind, scheint es auch kein Entrinnen aus dem unvermeidlichen Schicksal der Überflüssigkeit mehr zu geben. Sinn stiften und Orientierung bieten kann nur noch absolute Anpassung, die Verschmelzung mit einem Kollektiv, die keinerlei Glück, sondern nur noch die Auslöschung des so quälenden Subjektstatus verspricht. Der Islam stellt derzeit die erfolgreichste Form dieser Entindividuation dar, aber der erneuerte, „ungegläubte“ Nationalismus, ebenso wie der Abendland-Popanz sind schon Nachbildungen, die bei immer mehr desillusionierten Menschen verfangen, die nicht mehr an eine bessere Zukunft glauben mögen. Nur zu oft ist deshalb der Islamhass tatsächlich ein Islamneid. Die Desillusionierung führt nicht dazu, die Dinge ohne Illusionen anzuschauen, wie sie sind, sondern zur Wiederaufrichtung einer irrationalen Illusion, manchmal sogar unter Berufung auf rationale Argumente.

XII.

Wo die Ideologien und mit ihnen die Aus-

sichten auf eine bessere Zukunft zur Bedeutungslosigkeit herabsinken, heftet sich die Hoffnung an eine nostalgisch verklärte Vergangenheit. Hatten Ideologien noch einen rationalen Gehalt, an den sich anknüpfen ließ – das in ihnen enthaltene Glücksversprechen –, so tritt gegenwärtig ein reines Bekenntnis an deren Stelle. Folglich wird die nostalgische Ideologiekritik immer mehr durch Dezisionismus ersetzt und es ist ganz konsequent, dass sich zahnlos gewordene Ideologiekritiker fast nur noch auf den Souverän beziehen, der die gewünschte Ordnung herstellen beziehungsweise schützen soll. Aufklärung durch Kritik scheint an ihr Ende gekommen zu sein, wo schon die Idee einer besseren Zukunft als verfehlt gilt. Stattdessen wird die „Restvernunft“ in den Staat projiziert, der angeblich über der Gesellschaft schwebt und, von ihr unberührt, autonom vor sich hin prozessiert. Derlei Fetischisierung des Rechtsstaates ist schlechte Metaphysik. Auch wenn der Staat sich gegenüber seinen historischen Voraussetzungen – Enteignung, Vertreibung und Willkür – verselbständigt hat, bleibt er doch immer auch auf diese verwiesen. Das, was unter die Rechtsnormen subsumiert wird, geht nie ganz in diesen auf. Totale Verrechtlichung ist unmöglich, der Wunsch nach ihr ist neurotisch.

XIII.

Wenn die Ideologien eine immer geringere Rolle für die Entscheidungen von Menschen spielen, stellt sich die Frage, wie diese zustande kommen. Die Wissenschaft tendiert ganz folgerichtig zur Reduktion von Entscheidungen und Handlungen auf chemische Prozesse, auch wenn ein allzu übereifriger Hirnforscher dann doch wieder zugeben muss, dass diese Prozesse möglicherweise weniger erklären als vielmehr beschreiben. Die kritische Theorie des Subjekts, die zwischen Allgemeinem

und Besonderem oder Gesellschaft und Individuum vermittelt, war seit je die Psychoanalyse. Und tatsächlich scheinen Psychosen und Neurosen sich im selben Maße, wie die Ideologie an Anziehungskraft verliert, zu universalisieren. Das zunehmend neurotische Verhältnis der Menschen zur Technik – Smartphones sind keine Hilfsmittel mehr, sondern der einzige Kontakt zur Außenwelt – und die Allgegenwärtigkeit von Verschwörungstheorien zeigen an, dass Gesellschaftskritiker noch immer auf die Psychoanalyse verwiesen sind. Allerdings werden zugleich deren Voraussetzungen fraglich. Die bürgerliche Familie als klassische Vergesellschaftungsinstanz ist ebenso in der Krise wie das Patriarchat. Was das für die Erkenntniskategorien der Psychoanalyse bedeutet, ist noch nicht annähernd erfasst.

XIV.

Das postideologische Zeitalter ist selbst ideologisch. Kaum noch einer glaubt zwar daran, dass die kapitalistische Globalisierung für alle Menschen eine bessere Zukunft bereithält; aber diese sind ihr dennoch restlos ausgeliefert. Der Kapitalismus hat alle anderen Quellen des Reichtums ausgetrocknet. Weil alle, und sei es auch dadurch, dass sie aus der Reichtumsproduktion ausgeschlossen sind, auf diese bezogen sind, erscheint ihnen dieser Reichtum auch dann noch als eine ungeheure Warensammlung, wenn sie sich mangels allgemeinen Äquivalents keinen Teil dieses Reichtums durch Vermittlung aneignen können. Ist ihnen der legale Weg zur An-

eignung der Waren auch versperrt, der Warenfetisch bleibt bestehen. Gerade dann, wenn der Tauschwert irrelevant wird, weil ein Tausch ausgeschlossen ist und der Gebrauchswert hervortritt, bleibt die Ware eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Die gesellschaftlichen Mechanismen zu durchschauen, ist aber die Voraussetzung für die Überwindung des kapitalen Verhältnisses.

XV.

So ausweglos die Situation scheint, so sehr gilt Adornos Imperativ: „Bange machen gilt nicht.“ Nicht aufgrund einer verschrobene Selbsttheroisierung oder eines selbstzufriedenen Radikalismus, sondern weil die Alternative zur fortgesetzten schonungslosen Kritik das Einlassen auf Scheinlösungen ist; vermeintliche Lösungen also, die niemandem helfen, sondern nur dumm machen. Insbesondere das neu entdeckte Bündnis mit linken Sozialdemokraten und rechten Volksfreunden führt die Kritiker in die Arme der selbst ernannten Krisenverwalter, die nichts anzubieten haben als autoritäre Vergemeinschaftung. Das scheinbar so rationale materielle Eigeninteresse – also die Restitution des Sozialstaates und dessen Absicherung gegenüber Fremden – entpuppt sich bei näherer Betrachtung als vergrößerte Version einer Suppenküche. In einer Gesellschaft, die notwendig Überflüssige produziert, fordert man Gnade von den Herrschenden, die sie einem vorübergehend und unter Auflagen gewähren. Die eigene Position wird dadurch nicht gestärkt, sondern geschwächt.

Was bleibt von Marx?

Anmerkungen zu Jan Gerbers Buch
„Karl Marx in Paris“

Niklaas Machunsky

Marx stellte die bekannte Prognose auf, der Kapitalismus würde an seinen eigenen Widersprüchen zu Grunde gehen und auf ihn der Kommunismus folgen. Umso erstaunlicher, dass Max Horkheimer seinen 1940 im Exil geschriebenen Aufsatz über den „Autoritären Staat“ mit folgendem Satz beginnt: „Die historischen Voraussagen über das Schicksal der bürgerlichen Gesellschaft haben sich bewährt.“¹ Die von Marx und Engels prognostizierte Tendenz der kapitalistischen Gesellschaft, von der „Anarchie der Warenproduktion“ zur zentralisierten Planwirtschaft überzugehen, wurde Horkheimer zufolge von der historischen Entwicklung bestätigt, doch statt der Diktatur des Proletariats habe sich die Herrschaft des Monopolkapitals und des autoritären Staates realisiert. Wie das eine mit dem anderen zusammengeht, wie also die Entwicklung der auf kapitalistischer Produktion beruhenden Gesellschaft richtig diagnostiziert, aber die Prognose über den revolutionären Ausgang trotzdem verfehlt werden konnte, stellt für die sich auf Marx berufende Kritik auch unabhängig von der Bewertung der Monopolkapitalismusthese ein entscheidendes Problem dar. Noch die von Adorno 1967 veröffentlichte *Negative Dialektik* hebt mit dem um dieses Problem kreisenden Satz an: „Philosophie, die einmal überholt schien, erhälte sich am Leben, weil der Augenblick ihrer Verwirklichung versäumt wurde.“² Was

also bleibt von Marx' Theorie nach dem Nationalsozialismus, und insbesondere nach dem Holocaust? Inwiefern lässt sich noch an eine Kritik der politischen Ökonomie anschließen, die im späten 19. Jahrhundert verfasst wurde und wesentlich auf den liberalen Kapitalismus Englands zielte? Welche Marxschen Kategorien sind inzwischen historisch geworden? Kurzum: Wie weit muss die Revision der Marxschen Theorie gehen?

Genau diesen Fragen geht Jan Gerber in seinem Buch *Marx in Paris. Die Entdeckung des Kommunismus* nach.³ Nur vordergründig werden die Jahre 1843 bis 1845 verhandelt, als sich Marx in Paris aufhielt, denn im Hintergrund steht die Frage der Gegenwart, wie sich nach Auschwitz noch mit Marx denken und kritisieren lasse.

Dass mit der marxistischen Theorie, wonach die Revolution mit naturgesetzlicher Notwendigkeit eintreten werde, etwas nicht stimmt, wurde allerdings nicht erst 1940, als Horkheimer seinen eingangs erwähnten Aufsatz schrieb, offenbar. Schon während des Ersten Weltkrieges, den die Sozialisten der Zweiten Internationalen durch die Bewilligung der Kriegskredite mit ermöglichten, schrieb Rosa Luxemburg: „Die bürgerliche Gesellschaft steht vor einem Dilemma, entweder Übergang zum Sozialismus oder Rückfall in die Barbarei. [...] Ein Blick um uns in diesem Augenblick zeigt, was ein Rückfall der bürgerlichen Gesellschaft in die Barbarei bedeutet. Dieser Weltkrieg – das ist ein

¹ Max Horkheimer, *Autoritärer Staat*, GS Bd. 5, Frankfurt/M. 1987, 293. Der Aufsatz wurde 1942 erstmals veröffentlicht. Dazu auch: „Der Faschismus ist die Wahrheit der modernen Gesellschaft, die von der [marxistischen] Theorie von Anfang an getroffen war. Er fixiert die extremen Unterschiede, die das Wertgesetz am Ende produzierte. Ihn zu erkennen, bedarf es keiner Revision der ökonomischen Theorie. Der gleiche und gerechte Tausch hat sich selbst ad absurdum geführt, und die totalitäre Ordnung ist dies Absurdum.“ Max Horkheimer: *Die Juden und Europa*. In: *Studies in Philosophy and Social Science* VIII, 1/2 (1939), S. 116.

² Theodor W. Adorno, *Negative Dialektik*, GS Bd. 7, Frankfurt/M. 1997, S. 15.

³ Jan Gerber, *Marx in Paris*, München 2018. Alle Zitate aus diesem Buch im Folgenden im Text als (Gerber, Seite).

⁴ Rosa Luxemburg, *Krise der Sozialdemokratie*, zitiert nach Christoph Türcke/Gerhard Bolte, *Einführung in die kritische Theorie*, Darmstadt 1994, 12.

⁵ Ebd.

⁶ Bei Lukács sollte allerdings die Partei den geschichtlichen Prozess deuten und deshalb dazu berufen sein den revolutionären Willen zu verwalten.

⁷ Die Thesen wurden wahrscheinlich größtenteils im Jahr 1943 ausgearbeitet und erstmals 1944 in der „Dialektik der Aufklärung“ publiziert. 1947 wurde noch die siebte These hinzugefügt. Vgl. Max Horkheimer/Theodor W. Adorno, *Dialektik der Aufklärung*, Frankfurt/M. 1987.

⁸ „Dennoch besteht kein Zweifel daran, dass er [Brecht; N.M.] mit seiner Entscheidung, das Kommunistische Manifest neu zu schreiben, auf die Erfahrung reagiert, für die der Begriff des gerade befreiten Vernichtungslagers Auschwitz bald zur – wenn auch ungenauen – Chiffre wurde. In Pacific Palisades, wo der Dichter in unmittelbaren Nachbarschaft Hanns Eislers, Lion Feuchtwangers, Max Horkheimers und Theodor W. Adornos wohnte, hatte sich seit Anfang der 1940er-Jahre eine schwere Depression ausgebreitet. Die Nachrichten aus Europa, die nach und nach an der amerikanischen Westküste eintrafen, betrafen nicht nur enge Freunde und Verwandte der Emigranten. Durch die Meldungen vom Kontinent wurde zugleich ihr Weltbild erschüttert. Ein Nachbar Brechts, Friedrich Pollock, der engste Vertraute Max Horkheimers, hatte schon im Dezember 1941 auf einem Thesenpapier, das er während eines Aufenthalts in New York anfertigte, notiert: „In den Marschen Begriffen stimmt etwas nicht.“ (Gerber, 10f.) Diese Engführung ist umso erstaunlicher, als der Herausgeber dieser Thesen, Philipp Lenhard, in seinem dazugehörigen Kommentar erläutert, dass „die Einrichtung von Vernichtungslagern im Ausland erst ab dem Sommer 1942 be-

Rückfall in die Barbarei.“⁴ Sie selbst zog daraus eine spontaneistische Konsequenz, indem sie zur Revolution drängte. Aus ihrer Sicht war die Revolution schon nicht mehr die Einlösung eines Versprechens, sondern eine Revolution aus Verzweigung, denn, so ihre Prognose: „Noch ein solcher Weltkrieg, und die Aussichten des Sozialismus sind unter den von der imperialistischen Barbarei aufgetürmten Trümmern begraben.“⁵ Nach ihr brachten Karl Korsch und Georg Lukács in ihren grundlegenden Werken das subjektive Moment gegen die objektive Zwangsläufigkeit der Revolution in Stellung.⁶ Unter der Leitung Max Horkheimers untersuchte das Institut für Sozialforschung wiederum, warum die Arbeiter sich, statt die Revolution zu machen, in das kapitalistische System integrierten, und bediente sich dazu der Psychoanalyse. Aber erst mit den „Elementen des Antisemitismus“⁷ von Horkheimer und Adorno wurde auf die Vernichtung der europäischen Juden reagiert – ein Ereignis, das sich beim besten Willen nicht mehr mit Marx erklären ließ.

In seinem Buch *Marx in Paris* beginnt Jan Gerber daher auch keineswegs zufällig weder mit dem *Kapital* noch mit den Marxschen Frühschriften, sondern mit den erst vor kurzem veröffentlichten Gedanken von Friedrich Pollock aus dem Jahr 1941, die sich vor dem Hintergrund der damaligen Entwicklungen mit der Gültigkeit der Marxschen Theorie beschäftigen. Diese Gedanken erklärt Gerber zu einer frühen Auseinandersetzung mit Auschwitz. In der von ihm angeführten These konstatierte Pollock: „In den Marxschen Begriffen stimmt etwas nicht. Man muss herausfinden, was das ist.“ Gerber führt diese Infragestellung auf „die Meldungen vom Kontinent“ über die Vernichtung der europäischen Juden zurück, durch die unter anderem Pollock „erschüttert“ worden sei.⁸ Doch in den Thesen ist noch nirgends vom Schicksal der Juden oder vom Antisemitismus die Rede, stattdessen noch ganz

klassisch vom Kampf um Lohn als Form des Klassenkampfes. Aber auch ohne die Kenntnis von Auschwitz stellten die ausbleibende Revolution und die Existenz des Nationalsozialismus für Pollock und Horkheimer nicht nur eine lebensgeschichtliche, sondern auch eine theoretische Katastrophe dar. Die Einsicht, dass der Nationalsozialismus in der Lage war, die Krise zu sistieren und Herrschaft zu perpetuieren, die so wesentlich für Pollocks Arbeiten in den vierziger Jahren ist, veranlasste ihn, den Nationalsozialismus als eine neue Ordnung jenseits des von Marx vorgezeichneten Entwicklungsschemas zu begreifen. Pollock ergänzte die von Gerber zitierten Sätze: „In den Marxschen Begriffen stimmt etwas nicht. Man muss herausfinden was das ist“ um die von ihm nicht zitierten: „Das soll aber nicht heißen, dass man die Bruecken hinter sich abbricht. Es handelt sich darum, die vorhandene Theorie auszubauen.“ Genau diese Ambivalenz, die Begriffe auf den Prüfstand zu stellen, sie aber deshalb nicht einfach zu verwerfen, sondern sie auf die Höhe der Zeit zu bringen, blendet Gerber bewusst aus. Seine Schlussfolgerung hört sich daher ganz anders an: „In der Tat versagten die Kategorien der Arbeiterbewegung bei der Erklärung des Nationalsozialismus. Mehr noch, sie wurden durch die braune Revolution, die Integration der Arbeiterschaft in das Regime und das Ausmaß der Verbrechen demontiert.“ (Gerber, 11). Abgesehen davon, dass Pollock das Ausmaß der Verbrechen in seinen Thesen noch nicht kannte und deshalb auch nicht berücksichtigen konnte, löst Gerber die Widersprüchlichkeit der prognostischen Kraft der Marxschen Theorie dahingehend auf, diese als widerlegt anzusehen, anstatt sie „auszubauen“ (Pollock). Horkheimer und seinen Mitarbeitern ging es aber nicht um eine „Revision der Marxschen Theorie, sondern ihre Anwendung auf sich selbst, ihre kritische Durcharbeitung mit ihren eigenen Mitteln oder, philosophisch ausgedrückt: ihre Selbstreflexi-

on.“⁹ Gerbers Buch ist hingegen der Versuch einer Revision. Sein Forschungsprogramm beschreibt er selbst wie folgt: „Ausgehend von der historischen Erfahrung, dass die zukunftsreichen Kategorien der Arbeiterbewegung vor der Wirklichkeit des Nationalsozialismus versagten, wird der Frage Friedrich Pollocks nachgegangen, was an den Marx’schen Topoi nicht ‚stimmt‘. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei den Begriffen Klasse, Revolution und Geschichte entgegengebracht [...]“ (Gerber, 14) Hierzu geht er in der Zeit zurück und schaut Marx bei der Verfertigung seiner Kategorien über die Schulter, um zu zeigen, was dieser übersah. Das Ergebnis dieser Suche steht aber durch den geschichtlichen Ausgang längst fest, dass nämlich die Arbeiter nicht die Revolution machten, nicht das Reich der Freiheit eingetreten ist, sondern die Barbarei, kurz: „sich das Proletariat nicht seiner Ketten [entledigte], sondern seiner jüdischen Nachbarn.“ (Gerber, 11) Von Auschwitz aus gedacht, muss sich die gesamte Geschichte, samt aller Fortschritts- und Glücksversprechen, einzig als Vorstufe zur Barbarei darstellen. Das gilt für die Renaissance so sehr wie für die Aufklärung und den Sozialismus. In diesem Sinne „dementiert“ Auschwitz tatsächlich die Theorie von Marx, allerdings nur, wenn darunter *erstens* im Popperschen Sinne eine Falsifikation von Hypothesen verstanden und *zweitens* die Marxsche Theorie auf eine Zukunftsprognose eingedampft wird. Wo es darauf ankäme, den Umschlag in die Barbarei an den Marxschen Kategorien selbst darzustellen, also der Frage nachzugehen, inwiefern der Nationalsozialismus die „negative Aufhebung des Kapitals auf seiner eigenen Grundlage“¹⁰ war, macht sich Gerber auf die Suche nach Marx’ persönlicher Verblendung. Historisch rekonstruiert er, dass der eher von romantischen Sehnsüchten als kühler Analyse getriebene Marx die wahren Interessen und Leidenschaften der Arbeiter nicht gesehen habe. Denn sonst,

so die implizite Schlussfolgerung, hätte Marx seine Theorie des Proletariats niemals formulieren können; die Proletarier, über die er schrieb, seien reine Fantasiegestalten gewesen. Der Hauptteil des Buches *Marx in Paris* besteht in dieser revisionären Abgleichung der Marxschen Theorie mit der historischen Wirklichkeit. Bemerkenswerterweise bleibt aber diese historische Kontextualisierung selbst vollkommen unhistorisch, eine bloße Momentaufnahme, ein *snapshot*, der die immanente Entwicklung des Kapitalismus nicht berücksichtigt. Genau das aber wäre notwendig, um zu einer Historisierung der Marxschen Theorie zu gelangen – nämlich die Frage zu stellen, wie die Theorie auf die Veränderung der Wirklichkeit reagieren kann. Marx hat das bekanntlich getan, indem er *Das Kapital* als dezidiert ideologiekritisches Werk verfasste, das eine Antwort auf das Scheitern der Revolution von 1848 darstellte. Nicht zufällig nehmen die revolutionstheoretischen und klassenkämpferischen Passagen im *Kapital* nur geringen Raum ein. Zwar hielt Marx an der revolutionären Perspektive fest, aber zentraler Ansatzpunkt der Kritik der politischen Ökonomie ist es zu fragen, warum die Arbeiter die Revolution *nicht* gemacht haben. Marx’ Antwort lautete: Weil den Waren, dem Geld und dem Kapital als den Grundkategorien der politischen Ökonomie ein Fetischcharakter anhaftet, der die Einsicht in die Verhältnisse erheblich erschwert. Es kann nicht verwundern, dass Marxisten wie Franz Mehring über die Unverständlichkeit der Wertformanalyse schimpften, denn sie hielten – anders als Marx – daran fest, dass alles ganz einfach sei und die Revolution sich von selbst einstelle. Marx reagierte auf das Scheitern, indem er seine Kategorien kritisch überprüfte und die Theorie *ausbaute*. Schon dieser Schritt hing mit einer Veränderung des Kapitalismus zusammen, nämlich mit seiner Verwandlung vom Kaufmannskapitalismus zum liberalen Industriekapitalismus, die ja 1848, anders

kannt – und oftmals aufgrund der monströsen Dimension nicht geglaubt [wurde]. In seinem Vortrag über ‚Politischer Antisemitismus‘ vom April 1944 benannte Pollock später dann sehr klar den ‚Mord an hunderttausenden von Juden‘ mit dem Beginn des Russlandfeldzuges. Aber selbst in diesem Text [...] ist von Auschwitz noch keine Rede.“ sans phrase 5, Freiburg 2014, S. 15.

⁹ Bolte/Türcke, Einführung in die Kritische Theorie, 14.

¹⁰ Clemens Nachtmann, Wenn der Weltgeist dreimal klingelt, in: *Krisis* 20, Bad Honnef 1998, S. 134.

¹¹ MEW 23, S. 790.

¹² MEW 23, S. 790 f. Meine Hervorhebung.

als 1867, noch nicht abgeschlossen war. Während in ersterem die Ausbeutungs- und Aneignungsverhältnisse noch unmittelbar sichtbar waren, etwa am Gebaren der Handelskompanien in Asien und in der Neuen Welt, bedeutete die Entwicklung zum modernen Industriekapitalismus die Inkorporation der Arbeit. Den Übergang des liberalen, auf vielen kleinen Eigentümern beruhenden Kapitalismus zum Monopol mit der analogen Formveränderung des Staates konnte Marx nur in Ansätzen mit eigenen Augen verfolgen, aber im berühmten Abschnitt „Geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation“ im ersten Band des *Kapitals* heißt es bereits: „Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Ökonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarkts und damit der internationale Charakter des kapitalistischen Regimes.“¹¹ An dieser Diagnose ist nichts zu revidieren, sehr wohl aber an der unmittelbar darauf folgenden Stelle: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, *aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse.* [...] Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriert.“¹² Dieser Abschnitt zeigt mustergültig, wie sich beim späten Marx Kritik und Hoffnung miteinander verbinden. Dass die Hoffnungen, die hier als Prognosen formuliert sind, enttäuscht wurden, dementiert aber nicht die Richtigkeit der These einer zunehmenden Zentralisierung des Kapitals. Dass die Proletarier sich nicht empörten (oder dass sie sich *nur* empörten), ist ein historischer Fakt, aber damit ist noch nichts über ihre Gründe gesagt.

Ausgerechnet mit Bezug auf den Begriff des Proletariats versucht Gerber aber nachzuzeichnen, wie der Begriff die Wirklichkeit verfehlen konnte, weil er „kein empirischer“ (Gerber, 186) gewesen sei bzw. Marx’ „Ausführungen [...] ohne jede Empirie“ (Gerber, 130) ausgekommen seien. Die Empirie wird dabei nie ins Verhältnis zur gesellschaftlichen Synthesis gesetzt und daher auch nicht die Frage nach dem gesellschaftlichen Geltungsgrund von Begriffen gestellt. Die Empirie, auf die sich Marx berief, ist Gerber zufolge von Marx nur zurecht manipuliert worden, um seinen Begriff vom Proletariat illustrativ abzustützen. Gefüllt worden sei dieser mit den Erfahrungen, die Engels in Manchester gesammelt hatte, doch laut Gerber waren diese Erfahrungen nicht repräsentativ für die damalige Gesellschaft, weil Manchester nicht als prototypisch für den Frühkapitalismus gelten könne. Damit will er Engels nicht absprechen, dass die Lage in Manchester tatsächlich so war, wie er sie beschrieben hatte. Aber Manchester sei ein Sonderfall gewesen, nicht Repräsentant des Allgemeinen: „Friedrich Engels war gewissermaßen zur falschen Zeit am falschen Ort.“ (Gerber, 143)

Diese These wirft ein Schlaglicht auf den Begriff von historischer Erfahrung, der Gerbers Analyse zugrunde liegt. Erfahrungen in einem starken Sinne kann näm-

lich demnach nur machen, wer zufällig zur richtigen Zeit am richtigen Ort ist. Hatte Engels geglaubt, in Manchester das Wesen der neuen Gesellschaft vor Augen zu haben, so wurde er aus Gerbers Perspektive durch das Neue eher geblendet – er sah nicht mehr, was die Regel war. Das Wesen kann aus diesem Blickwinkel nur empirisch und gewöhnlich sein. War Engels' und Marx' Wesensbegriff noch ganz hegelianisch und damit historisch gewendet – er war nicht statisch, sondern prozessual und dynamisch –, so wittert Gerber hier in positivistischer Manier bereits Geschichtsphilosophie, die er im Namen des bloß empirisch Gegebenen ablehnt. Als Erfahrung gilt ihm folglich eine vorurteilsfrei, umfassend erlebte Gegenwart. Aus dieser sprachlichen Veredelung von zeitlicher und räumlicher Präsenz zur Erfahrung resultiert das Argument, Marx hätte eine falsche Verallgemeinerung betrieben und „die Situation im Manchester dieser Zeit umstandslos auf die gesamte Epoche der Industrialisierung [...] übertragen.“ (Gerber, 143) Während Engels' Fehler noch verzeihlich war, weil er nun mal zur falschen Zeit am falschen Ort gewesen sei, habe Marx sich gar nicht erst um die Empirie geschert und einfach genommen, was ihm geboten wurde, um es in sein dialektisches System einzubauen.¹³ Auf diese Weise sei die punktuell richtige Beschreibung zu einem hypertrophen Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft aufgeblasen und das Proletariat zum revolutionären Subjekt der Geschichte erkoren worden.

Wirken historische Begebenheiten in Raum und Zeit auf eine Person ein und registriert diese sie, nennt Gerber dies Erfahrung. Ist man aber zu einer falschen Zeit an einem falschen Ort, ist auch die Erfahrung falsch. Lässt sich die gemachte Erfahrung hingegen zu einer allgemeinen Erfahrung aufaddieren, gilt ihm die Erfahrung als richtig. Im Umkehrschluss bedeutet dies, dass eine Erfahrung, die sich nicht als prototypisch herausstellen sollte, zwar weiter-

hin eine Erfahrung ist, nur keine begriffstaugliche, d.h. ohne mit der Allgemeinheit vermittelt zu sein. Was richtig und falsch ist, darüber entscheidet aber alleine die Geschichte, denn erst in ihrem Verlauf zeigt sich, welche Erfahrung sich verallgemeinert. Damit liefert sich Gerber in seinem Urteil über das, was ist und was sein soll, ganz der Empirie aus. Die Weltgeschichte erscheint so als Weltgericht.

Am Ende des Hauptteils kommt Gerber auf den vermeintlichen Balken im Auge von Marx zu sprechen, also auf die Ursache für seine Fehlwahrnehmungen. Und obwohl das Buch *Marx in Paris* heißt, habe sich Marx den alles entscheidenden Balken nicht in Paris, sondern in Berlin zugezogen. Denn die Ursache für alle folgenden Fehler, der Fehler aller Fehler, sei die Marxsche Geschichtsphilosophie gewesen. Gerber behandelt diese nicht wie eine Ideologie im Sinne eines notwendig falschen Bewusstseins, sondern als ein ideengeschichtlich vermitteltes Vorurteil. Zu kritisieren sei sie aber, weil sie die menschliche Freiheit beschneide.

Die Vorwürfe gegen die Geschichtsphilosophie, die bürgerliche wie die marxistische, sind nicht neu und schon häufig wurden die desaströsen Folgen des teleologischen Geschichtsbildes kritisiert.¹⁴ Die Geschichtsphilosophie legt die Geschichte auf ein zu Grunde gelegtes Telos fest und unterläuft so die Freiheit der Menschen, die sie gerade am Ende der (Vor-) Geschichte realisieren sollen. Die Marxsche Variante der Geschichtsphilosophie ordnete das Freiheitspotential und die ihm vermeintlich korrespondierenden Notwendigkeiten in der Geschichte, konstruierte eine Fortschrittsbewegung bis zur Gegenwart, darüber hinaus bis zum Umschlagspunkt der Revolution, traf sogar noch eine Aussage über deren Ausgang und verstummte erst dann. Aber wenn die Menschen nur aus Freiheit frei werden können, dann kann die Geschichte nicht ein festgesetztes Telos haben, wodurch diese Freiheit

¹³ „Marx lieferte dem ‚Historischen Materialismus‘ die Philosophie, Engels die Empirie.“ Gerber, S. 135.

¹⁴ Wenn Rosa Luxemburg zur Revolution drängte, dann deshalb, weil ihr das gute Ende der Geschichte nicht als durch die Entwicklung verbürgt galt. Derselbe Gedanke lässt sich in Walter Benjamins 1940 verfassten Geschichtsthesen wiederfinden, die zwar ebenfalls vor dem Holocaust geschrieben wurden, aber bereits in einer weltpolitischen Situation, in der die Revolution das Fernste zu sein schien.

¹⁵ Karl Marx, MEW 8, S. 115; vgl. Gerber S. 183.

negiert werden würde. Der Aufklärer und hegelianische Hegel-Kritiker Marx wusste das und so stellt sich seine Geschichtsphilosophie keineswegs als so geschlossen dar, wie Gerber sie vorstellt. Die Pole Freiheit und Notwendigkeit stehen bei Marx in einer permanenten Spannung, insofern die Freiheit zwar als „naturgeschichtlich“ hervorgebracht dargestellt wird, sie aber als revolutionäres Potential zugleich über ihre eigenen Bedingungen hinausreicht. Die Revolution entspringt für Marx im doppelten Sinne der Naturgeschichte. Wie also können die Menschen am Ende der geschichtlichen Entwicklung das Reich der *wirklichen* Freiheit realisieren, wenn sie noch im Reich der *bloß formellen* Freiheit verharren und folglich noch durch ‚Notwendigkeit‘ bestimmt werden? Vor der Revolution müssen sich die Menschen in einer zwiespältigen Situation befinden, weiß Marx, weil sie einerseits unfrei, andererseits aber frei genug sein müssen, um die Freiheit zu verwirklichen. Marx bringt die Problematik in einem Satz aus dem *Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte* wie folgt zum Ausdruck: „Die Menschen machen ihre eigene *Geschichte*, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und *überlieferten Umständen*.“¹⁵ Durch die beschränkte Reichweite des menschlichen Machenkönnens ist nach Marx ihre Verfügung über die Geschichte beschränkt. Später wird er die „gegebenen Umstände“ als fetischistisch sich verhüllenden gesellschaftlichen Verhältnisse dechiffrieren. Da die Geschichte bzw. die Gesellschaft als blindes Fatum erscheinen, müssen sie praktisch aufgeklärt, d.h. revolutioniert werden. Geschichte bleibt nur solange ein Schicksalszusammenhang, wie die Menschen sich weigern, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Es lässt sich ganz allgemein durchaus sagen, was vernünftigerweise getan werden muss, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit von einer freien

Gesellschaft die Rede sein kann, es gibt aber keine Garantie, dass dies auch getan wird.

Für Gerber ist die Geschichtsphilosophie vor allem eine Erniedrigung des freien Willens und Marx letztlich ein geistiger Nachkomme von Luther. Dieser hatte nämlich als erster in einer ganzen Reihe den freien Willen als „Reich des Satans“ (Luther; Gerber, 181) verurteilt. „Ausgehend von der Kanzel fand diese Vorstellung Eingang in die geistigen Webmuster der protestantischen Reichsgebiete.“ (Gerber, 181) Auf diesem Wege habe sein Geist Hegel erreicht, in dem sich die Theologie Luthers zur Geschichtsphilosophie säkularisiert habe, sei dann weiter zu den Junghegelianern gezogen und habe schließlich auch Marx ereilt. Als Beleg dafür, dass auch Marx dieser Vorstellung anhing, dient Gerber unter anderem das obige Zitat aus dem *Achtzehnten Brumaire*: „Dort kracht es nur so von Notwendigkeit, vor Determinismus und Prädestination.“ (Gerber, 183) Die Beweiskette gegen Marx schließt sich unter der Hand zu einer historischen Entwicklungslinie zusammen. Die Ideengeschichte entspricht der von Gerber nachgezeichneten Entwicklungslinie der Arbeiterbewegung: Deren Integration in die „weltanschauliche Einheit“ (Gerber, 11) des Nationalsozialismus hat in dieser Version der Geschichtsphilosophie seinen Vorläufer in dem Wunsch der englischen Arbeiter, sich in das Parlament zu integrieren (Gerber, 164f); und dass das Proletariat lieber seine Ketten behält, als gegen sie zu revoltieren, hängt demzufolge mit der im Kapitalismus angelegten Tendenz zusammen, die Lage der Arbeiter zu verbessern (Gerber, 172f.). Indem Gerber Marx' Geschichtskonstruktion um die Entwicklungen korrigiert, die schon im 19. Jahrhundert angelegt gewesen seien und die in Auschwitz kulminierten, verdreht er einfach deren Vorzeichen. Die Geschichte lief demzufolge nie auf das Reich der Freiheit, sondern stets auf die Katastrophe zu. Was

man hätte wissen können, wenn man bei Zeiten die Zeichen richtig gedeutet hätte. Und da die Katastrophe mit dem Vernichtungskrieg der Deutschen und der Ermordung der europäischen Juden ja tatsächlich eintrat, hat Gerbers negative Geschichtsphilosophie, im Gegensatz zur optimistischen, die Wucht der realen Geschichte hinter sich. Doch wenn die Geschichte zwangsläufig in Auschwitz enden musste, ist auch der freie Wille hin, für den Gerber selbst Partei zu ergreifen meint. Auch in seiner Version der Geschichtsphilosophie gibt es keine Freiheit in der Geschichte. Der gegen die Geschichtsphilosophie erhobene Vorwurf, sie degradiere die Menschen zu „Zuschauer[n] und Statisten“ (Gerber, 179) bzw. zu „Menschenmaterial“ (Gerber, 201), trifft demnach auch seine eigene Konzeption.

Nach einer dialektischen Binse ist der Anfang der Geschichte durch das Ende vermittelt. Oder in Marx' Worten: „Die *Anatomie* des Menschen ist ein Schlüssel zur *Anatomie des Affen*.“ Die Eigentümlichkeit der Geschichte, die Gerber in seinem Buch „*Marx in Paris*“ erzählt, ergibt sich aus dem darin angenommenen zweifachen Ende der Geschichte. Gerbers Revision der Marxschen Theorie ging vom Ausgangspunkt Auschwitz aus und von hier aus zurück zu Marx in Paris. Das Buch endet aber in der Gegenwart und nicht mit Auschwitz. Gerbers Hoffnung war, dass wenn durch die Revision der Marxschen Theorie gezeigt werden könne, welcher Teil unbrauchbar geworden ist, dann könne somit auch derjenigen Teil geborgen werden, der seine Aktualität bewahrt hat. In Auschwitz endet demzufolge nur der Arbeiterbewegungsmarxismus, aber Marx als Kritiker der politischen Ökonomie sei heute immer noch aktuell (Gerber, 17 u. 202f.). Worin diese Aktualität besteht, vermag Gerber aber am Ende nicht zu sagen. Daraus ergeben sich weitreichende Probleme. So glaubt er, weil er das Proletariat als Subjekt der Geschichte mit der Marx-

schen Geschichtsphilosophie erledigt habe, sich nun, gänzlich vom geschichtsphilosophischen und deterministischen Ballast befreit, den „echten Proleten“ (Gerber, 200) und d.h. der sozialen Frage zuwenden zu können. Nach den fetten Jahren der Nachkriegszeit sei die soziale Frage wieder hoch aktuell: „Gerade in der Zeit, in der die Linke nach den Ölkrisen von 1973 und 1978 Umwelt, Naturschutz und alternative Lebensformen für sich entdeckte, spuckte der Weltmarkt wieder Überflüssiges in einer kaum noch gekannten Zahl aus. Das Ende des Traums vom dauerhaften Wachstum ging auch mit der Rückkehr von Armut und Arbeitslosigkeit auf die westlichen Wohlstandinseln einher.“ (Gerber, 200). Wenn das Kapital in der Krise die Arbeitskräfte aber als Überflüssige ausspuckt, dann spuckt es auch deren freien Willen ins Gesicht. Das Lob des reifen Marx, er habe im Gegensatz zum jungen Marx nicht mehr das Proletariat als revolutionäres Subjekt angenommen, sondern den „revolutionäre[n] Impetus in Richtung der durchweg kritisch betrachteten Kategorien von Ware und Wert verschoben“ (Gerber, 194) steht deshalb in Widerspruch zu Gerbers Kritik der Geschichtsphilosophie. Denn eigentlich müsste er hinter dieser Aussage den lutherischen Geist am Werke sehen. Ist nämlich das Kapital das „automatische Subjekt“, welches die Gesellschaft umwälzt, werden die Warensjekte zu Charaktermasken des Kapitals. Indem Gerber die Geschichtsphilosophie pauschal verwirft, nimmt er sich auch die Möglichkeit, deren Wahrheitsmoment festzuhalten, dass sich nämlich ein Unverfügbares blind hinter den Rücken der Menschen hinweg abrollt. Dass dieses Unverfügbare, ob in Gestalt der Naturabsicht (Kant), der unsichtbaren Hand (Smith) oder des Weltgeistes (Hegel), am Ende die Freiheit herbeiführt, war die Hoffnung und Überzeugung der bürgerlichen Geschichtsphilosophen.¹⁶ Der Hegelianer Marx setzte zu nächst, wie von Gerber richtig beschrieben,

¹⁶ Vgl. dazu Heinz-Dieter Kittsteiner, *Naturabsicht und unsichtbare Hand*, Frankfurt/M. 1980.

¹⁷ Türcke/Bolte 1994, 10.

¹⁸ Diese Unterscheidung zwischen dem frühen und dem späten Marx hat selbst eine lange Geschichte, in der jeweils der eine gegen den anderen ausgespielt wurde. Gerber scheint der Auffassung Althussers zu folgen, wenn er den reifen, wissenschaftlichen Marx gegen den frühen, idealistischen Marx wendet.

¹⁹ „Ihr [der deutschen Arbeiterbewegung; N.M.] haben wir die Durchsetzung der politischen Demokratie wie des Sozialstaates zu verdanken.“ Rainer Rotermundt, *Staat und Politik*, Münster 2008, 115. „Erinnern wir uns noch einmal der großen richtungsweisenden Programme der sozialistischen Arbeiterbewegung, dann zeigt sich, worin deren Sozialismus im wesentlichen bestand: in der Anerkennung des Proletariats als allen anderen gleichgestellter Staatsbürger, kombiniert mit einer Wirtschaft, der der Stachel reiner Profitorientierung genommen ist. Es handelt sich um das, was heute ‚soziale Marktwirtschaft‘ heißt.“ Ebd. 156.

an die Stelle des Weltgeistes das Proletariat, erkannte aber später, dass die sich mit naturgesetzlicher Notwendigkeit vollziehende Gewalt der des Kapitals entspricht. Doch diese bittere Erkenntnis war nicht ohne die (sich erst im Nachhinein als unbegründet erweisende) Hoffnung auf das Proletariat als Subjekt der Geschichte zu haben. „Marx' fieberhafte Arbeit an einer umfassenden Kritik der politischen Ökonomie widerlegt praktisch die von ihm selbst imaginierte ‚Notwendigkeit eines Naturgesetzes‘, mit der der Sozialismus kommen werde, und gleichwohl war die Überzeugung, er *werde* kommen, der Impuls, ein so gigantisches Werk wie das dreibändige ‚Kapital‘ in Angriff zu nehmen und darin auch die Hemmnisse des Sozialismus, die in der kapitalistischen Gesellschaftsform selbst stecken, unnachsichtig herauszuarbeiten.“¹⁷ Dieser Zusammenhang wird von Gerber ausgeblendet und so teilt er Marx in denjenigen, der „etwas zur Erkenntnis der Gegenwart beitragen kann“, – dies ist der reife oder späte Marx –, und den jungen Marx auf, dessen Werke „– im besten Falle – historisch“ (Gerber, 17) geworden seien.¹⁸

Aber noch ein anderer Zusammenhang bleibt durch diese schematische Teilung Gerbers unaufgeklärt: nämlich die Frage, welche Stellung der Klassenbegriff, bzw. der Begriff des Proletariats, in der Kritik der politischen Ökonomie heute einnimmt. Der Begriff des Kapitals kommt ohne den Begriff der Klasse nicht aus. Im *Kapital* von Marx soll dieser Begriff aber laut Gerber depotenziert worden sein: „Im ersten Band des *Kapitals* ist Klasse schließlich vor allem ein ‚formanalytischer‘ Begriff.“ (Gerber, 194) Doch wie hängt dieser Begriff der Klasse mit der sozialen Frage zusammen? Um dies für die Gegenwart sagen zu können, hätte Gerber bei seiner Entschlackung der Marxschen Theorie auf die dem Kapital immanenten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit (also den Kampf um die Aneignung des gesellschaft-

lichen Reichtums) eingehen müssen, der zwar nicht unbedingt systemtranszendierend, d.h. revolutionär ist, aber dennoch einen bislang nicht genannten „Dritten“ auf die Bühne ruft, der den Kampf befrieden soll. Genau das haben Horkheimer und Pollock – um auf den Ausgangspunkt und den Aufsatz *Autoritärer Staat* zurückzukommen – getan, indem sie die Rolle des Staates bzw. der Souveränität im krisenhaften Verlauf der kapitalistischen Reproduktion thematisierten. Bei Gerber dagegen gerät der Staat nur als von der Linken vertratener sozialer Volksstaat, als „Wohlfahrtsstaat“, in den Blick. Dadurch schließt sich der Kreis: Am Ende seines Buches gelangt Gerber zurück zu seinen Ausgangspunkt. Er beklagt den Niedergang des sozialstaatlichen Volksstaat, doch gerade dieser war das Ziel der marxistischen Arbeiterbewegung, deren Begrifflichkeit Gerbers Kritik galt¹⁹. Die Arbeiter integrierten sich in den von ihnen durchgesetzten Sozialstaat, der Niedergang des Sozialstaat scheint nun wiederum für Gerber einer der zentralen Faktoren für die Aktualität der sozialen Fragen zu sein: „Die Abkehr von der sozialen Frage war umfassend. Sie betraf nicht nur die frühen Sozialisten, Troztkisten, Salon- und Werktorbolschewisten. Auch Parteien und Intellektuelle, die nur in grauer Vorzeit von der historischen Mission der Arbeiterklasse gesprochen hatten, gingen bald auf Distanz zu einem Teil ihrer angestammten Klientel. Sie schrieben sich Sozialabbau, Deregulierung, Flexibilisierung des Arbeitsmarkts auf ihre Fahnen. Wenn die linken Parteien und ihre Vordenker den Wohlfahrtsstaat nicht selbst unter Beschuss nahmen, dann lieferten sie zumindest den ideologischen Soundtrack dazu.“ (Gerber, 201) Aber warum? „Der Grund: Sie hatten sich ohnehin nie besonders für die Situation derjenigen interessiert, in deren Namen sie zu sprechen vorgaben.“ (Gerber, 200) Für die Denunziation von Verrätern bedarf es allerdings keiner Marxschen Kategorien. Aus der negativen Geschichtsphilosophie,

die Auschwitz zum Ende der Geschichte macht, obwohl es noch viel schlimmer ist, weil die Geschichte *trotz* Auschwitz ohne großes Erschrecken weiterging und weitergeht, resultiert bei Gerber letztlich, dass auch der späte Marx veraltet ist;

denn „auch seine [Marxens; N.M.] Kategorien, die Begriffe Ware, Wert und Arbeit, dürften die Katastrophen des 20. Jahrhunderts zumindest nicht unversehrt überstanden haben.“ (Gerber, 203) Nichts Genaues weiß man nicht.

„Die einzige Passion meines Lebens war die Angst.“

Thomas Hobbes

Im Federmieder

Ein Märchen wird herumerzählt
Von einem, dem das Geld ausgeht

Er zog aus seinen Wänden stark
Auf eine Bank im nahen Park

Dort lebte er wohl rasch sich ein
Und ließ hier auch das Saufen sein

Er war fast völlig integriert,
Als ihm ein Missgeschick passiert

(er war arbeitslos geworden,
Anm. der Redaktion)

„Ich wollt ich wär in Lohn und Brot“,
So bat er Gott in seiner Not

Der sandte seinen Engel vom Arbeitsamt nieder
Und dieser sprach zu ihm im Federmieder:

„Gott segnet dich nicht, du armer Tropf,
Der Allmächtige wäscht dir stattdessen den Kopf,

Er wäscht ihn dir treulich, es ist seine Pflicht,
Denn Arbeit schändet auch dich Tölpel nicht!“

Ralf Frodermann